Heft 3 März 1995 8,– DM

C 12611 E

# konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Ebermann/ Trampert: Schlanker Staat und linke Theorie – Offenbarung der Propheten
- Jesus, Allah usw.: Fundamental rechtsradikal
- Bisky, Gysi usw.: Radikal stinknormal
- Seeßlen: Deutsche Romantik

# in konkret März 1995

**von konkret**

**an konkret**

**Saldo mortale** von Hermann L. Gremliza

**Herrschaftszeiten**

**Psycho** von Otto Köhler
Wie aus einem eingebildeten Verfolgten ein tatsächlicher Verfolger wurde – der Fall des sächsischen Innenministers Heinz Eggert

**»Katzenpost aus L. E.«** von Jürgen Elsässer
Nach dem PDS-Parteitag: Die Gysi-Karawane zieht weiter, die Hunde bellen. Ob darunter wenigstens ein paar bissige sind?

**»Das geht gegen die Uno«** von Jürgen Trittin, Jürgen Elsässer
Die Militarisierung der deutschen Außenpolitik macht rasante Fortschritte. Ein Gespräch mit Jürgen Trittin, dem Sprecher des Bundesvorstands von Bündnis 90 / Die Grünen

**»Gute Arbeit«** von Peter Hetzler
Der Ausgang des »Einblick«-Prozesses belegt das Desinteresse des Staatsschutzes an der Zerschlagung neonazistischer Strukturen

**Building an Enemy** von Jochen Hippler
Jahrzehntelang haben die Westmächte den islamischen Fundamentalismus gegen Kommunismus und linken arabischen Nationalismus stark gemacht. Nach der Niederlage des Realsozialismus entdecken sie nun in ihren ehemaligen Verbündeten den neuen Hauptfeind

**Gustave unter Schleiern** von Claudia Basrawi
Die westliche Kritik am islamischen Fundamentalismus, die sich besonders gerne über die Unterdrückung der arabischen Frau echauffiert, ist nicht frei von Denkmustern, die in der Tradition des Kolonialvoyeurismus stehen

**God's Country** von Michael Hahn
Im Land von Internet und MTV ist der christliche Fundamentalismus auf dem Vormarsch. Der nostalgisch-populistische Protest gegen den gottlosen Liberalismus gibt sich spontan, verdankt seine politische Wirkung aber einer ausgefeilten rechten Strategie

**Tomayers ehrliches Tagebuch** von Horst Tomayer

**Die Offenbarung der Propheten I** von Thomas Ebermann, Rainer Trampert
Kollabiert die Weltwirtschaft? Geht dem Kapitalismus die Arbeit aus? Wie realistisch sind die apokalyptischen Szenarien von Unternehmerverbänden und alternativen Krisenexperten? Erster Teil einer dreiteiligen Serie über die Sanierung des Kapitalismus und die Verwandlung linker Theorie in Esoterik. Der Text wurde gekürzt einem Buchmanuskript entnommen, an dem die Autoren zur Zeit arbeiten

**Kapital ohne Raum** von Georg Fülberth
Erinnerung an den Gesellschaftswissenschaftler Reinhard Opitz aus Anlaß der bevorstehenden Veröffentlichung seines Nachlasses

**Die Sache der Nation** von Heiner Möller

Von der Vaterlandslosigkeit zum Nationalkommunismus – die Geschichte einer deutschen Erweckungsbewegung

## Kunst & Gewerbe

**Romantik, ge(g/k)lotzt** von Georg Seeßlen
Revolte und Reaktion, Popkultur und faschistischer Blick – Anmerkungen zur Konjunktur des romantischen Impulses aus Anlaß einiger Horrorfilme und der Münchner Ausstellung »Ernste Spiele«

**Same Old Shit** von Darius James
Die Ausstellung »Black Male« des New Yorker Whitney Museums versucht sich an einer kritischen Bestandsaufnahme der Repräsentation männlicher Schwarzer in der amerikanischen Gegenwartskunst

**Positiver Wahn** von Klinkmann, Schneider
Während die Zeitgeistindustrie zur Freude notorischer Kulturpessimisten Techno auf Woodstock-Dimensionen aufbläst, loten das Frankfurter Label »Mille Plateaux« und die afrobritische Jungleszene Möglichkeiten aus, die Techno-Kultur vor einer Vereinnahmung durch den Mainstream zu retten

**»Selber Faschist!«** von Dietrich Kuhlbrodt
Hat der Faschismus via populäre Kultur längst gesiegt? Über das neue Buch des Filmkritikers Georg Seeßlen

**Wahl der Waffen** von Ingrid Strobl
Ist Alfred Hrdlicka ein Antisemit? Eine Entgegnung auf Klaus Bittermanns und Rudolf Burgers Beiträge zur Hrdlicka/Broder-Debatte in KONKRET 2/95

**Deutschland erwacht** von Franz Xaver Kroetz

**Eine Affäre** von Stefan Ripplinger
Zur neuesten Ausgabe von Petra und Uwe Nettelbecks »Die Republik«

**Gremlizas express** von Hermann L. Gremliza

Konkret 03/95, S. 4

# von konkret

**»Demnächst werden uns Helga** Hirsch oder John Sack oder der Piper Verlag berichten, wie diese Juden eine Wannsee-Konferenz abhielten, die deutsche Bevölkerung zusammentrieben, Fahrpläne aufstellten, Gaskammern und Krematorien bauen ließen«, schloß Eike Geisel in KONKRET 2/95 seinen Beitrag über das Buch des amerikanischen Sensationsjournalisten John Sack An Eye For An Eye. The Untold Story of Jewish Revenge Against Germans in 1945, das unter dem Titel Auge um Auge. Opfer des Holocaust als Täter auf deutsch herausbringen zu wollen, der Piper Verlag angekündigt hatte. Zumindest was den Verlag betrifft, werden unsere Vergangenheitsaufrechner da wohl noch ein Weilchen warten müssen. Dessen Presseabteilung nämlich verschickte am 9. Februar, eine Woche vor der geplanten Auslieferung des Buches, die folgende Erklärung:

*Der Piper Verlag hat sich entschlossen, das Buch »Auge um Auge – Opfer des Holocaust als Täter« von John Sack nicht auszuliefern. Offensichtlich ist es so, daß dieses Buch zu dem Mißverständnis Anlaß geben könnte, als ließe sich der Holocaust mit anderen Verbrechen aus dieser Zeit vergleichen oder gar aufrechnen. Dies war weder die Absicht des Autors noch die des Verlages. Dennoch bin ich der Meinung, daß in diesem sensiblen Bereich alles vermieden werden muß, was die Diskussion in eine falsche Richtung lenken könnte.*

Neben der verschwitzten Formulierung dieses Textes (obwohl wir nie die Absicht hatten, wollen wir sie nicht weiter verfolgen) ist an dem Vorgang zweierlei bemerkenswert: zum einen die Tatsache, daß es allein Geisels Verdienst ist, die deutsche Öffentlichkeit auf die bevorstehende Publikation dieser »rechtsradikalen Infamie« aufmerksam gemacht zu haben (eine Woche nach der Veröffentlichung in KONKRET erschien eine stark komprimierte Fassung seines Beitrags auch in der »Frankfurter Rundschau«); zum anderen die Reaktionen von Verlag und Medien auf die erfreuliche Entscheidung des seit dem 1. Januar amtierenden neuen Piper-Verlagschefs Viktor Niemann.

Während die Pressesprecherin des Verlags auf Nachfrage der »jungen Welt« Geisels Kritik an Sacks Buch als »absolute Polemik« zurückwies und dem ausgewiesenen Übersetzer aus dem Amerikanischen wahrheitswidrig vorwarf, zitierte Passagen »falsch übersetzt«, gar »erfunden« zu haben, konnte der Kommentator des Berliner »Tagesspiegel« (10.2.95) seine Wut über die (vorläufige?) Nichtveröffentlichung des »antijüdischen Standardwerks« (Geisel) kaum zügeln. Nachdem er all die Lügen über die Entstehungsgeschichte des Sackschen Buches wiedergekäut hat, die von Helga Hirsch in der »Zeit« (Nr. 49/94) kolportiert und von Geisel in KONKRET richtiggestellt worden waren, kommt sein eigentliches Anliegen zum Zuge: Er kündigt den deutschen »Verdrängungs-Konsens« auf, demzufolge Opfer nur Opfer sind, »sonst nichts«, holt die jüdischen »Märtyrer« vom »Sockel«, fordert die Beseitigung des Tabus, »sich Juden als Rächer, Miethaie, gewöhnliche Gauner vorzustellen«, und lädt auch sonst zum Nachdenken ein: »Den industriellen Völkermord haben Juden weder erfunden noch betrieben. Aber wären sie dazu in der Lage? Eine widerliche Frage; die hypothetische Antwort muß lauten: Ja.«

Aber was heißt da »hypothetisch«? Dpa hatte seine Meldung über Viktor Niemanns Entscheidung mit »Piper Verlag liefert Buch über Holocaust nicht aus« überschrieben (eine Formulierung, die tags drauf vom »Hamburger Abendblatt« bis zur »Frankfurter Allgemeinen« repetiert wurde) und damit nicht nur die Frage des »Tagesspiegel« vorab beantwortet, sondern auch gleich noch den Grund für dessen Empörung verraten: Welch ein Skandal, selbst 50 Jahre nach Auschwitz ein Buch, das den von Juden an Deutschen begangenen Holocaust schildert, in Deutschland nicht veröffentlichen zu können!

**Am 31. Januar erschien in der** »Süddeutschen Zeitung« ein Beitrag über die von Klaus Bittermann herausgegebene Aufsatzsammlung *Serbien muß sterbien. Wahrheit und Lüge im jugoslawischen Bürgerkrieg*. Darin wird Bittermanns Band, der auch einige zuvor in KONKRET veröffentlichte Texte enthält, als »Spiegel derjenigen Theorien und Erklärungsansätze zum Zerfall Jugoslawiens« bezeichnet, »die im Umfeld der _Radikalen Linken der alten Bundesländer derzeit en vogue sind«. Weiter heißt es:

*Trendbestimmend ist in diesem Zusammenhang KONKRET. ... Gremlizas Kolumne vom August 1991 hat den Charakter eines Manifestes. Während sich altkommunistische Generäle und neonationalistische Freischärler gerade in Kroatien über ihre zukünftige Arbeitsteilung einigten ..., zeigte der ehemalige »Spiegel«-Redakteur nicht nur Verständnis für diese unheilige Allianz. Er stellte auch fest, daß die sezessionswilligen Slowenen und Kroaten letztendlich für die Zerstörung ihrer Häuser, Kirchen und Fabriken selbst verantwortlich seien. Denn schließlich hätten sie sich mit den »ergrauten Hitlerjungen und NS-Leutnants« von »FAZ«, »Welt« und »Spiegel« eingelassen, die »stürmisch die Wiederherstellung Europas in den Grenzen von 1941« betrieben. Die Veröffentlichung einer Rede des serbischen Präsidenten Milosuevic als »KONKRET-Dokument« für den Friedenswillen des Belgrader Regimes rundete diese Position ab: Für wen sich die BRD-Regierung einsetzt, wir sind dagegen.*

Während Rüdiger Rossig doch eher dafür ist. Den Beitrag ihres ehemaligen Redakteurs mochte die »Taz« nicht drucken, obwohl doch Rossig seine Sache kaum schlechter als der Hilfsmuezzin Rathfelder gemacht hatte. Nun hat sich die »SZ« erbarmt.

**Im März beginnt KONKRET mit der** Veranstaltung eines monatlichen Jour Fixe für Leserinnen und Leser von KONKRET. Der Jour Fixe soll vor allem der aktuellen Heftkritik dienen und eine Woche nach dem offiziellen Erscheinungstermin des Heftes in den Redaktionsräumen stattfinden. Erste Termine: zu Heft 3/95 der 31.3.; zu Heft 4/95 der 5.5.; zu Heft 5/95 der 2.6. – jeweils um 15 Uhr.

Konkret 03/95, S. 6

# an konkret

**Konkrete Sabotage**

**KONKRET 2/95: Gremlizas »Express«**

Ungern sehe ich mich in der Gesellschaft, in die Sie mich durch mein »Kolberg«-Zitat rücken. Unschwer war dem Artikel zu entnehmen, daß ich mit diesen Sätzen die abstruse Perspektive des Propaganda-Versessenen Goebbels deutlich machen wollte, der in für ihn militärisch äußerst verzweifelter und bedrängter Lage noch Soldaten, Arbeiter und kriegswichtiges Gerät mitten im »totalen Krieg« für die Dreharbeiten eines Films abzog, weil er in seiner Demagogen-Idiotie die Filmschlacht für wichtiger hielt als die reale. (Natürlich kann man nachträglich sagen, daß damals eh schon alles wurscht war.)

Die amerikanischen Filmhistoriker Harry und Michael Medved haben daher dem Film »Kolberg« und seiner gigantomanischen Produktion sarkastisch ihren Respekt bezeugt, weil der Film »mit seiner atemberaubenden Verschwendung von German manpower an einem entscheidenden Punkt des Krieges einen wichtigen Beitrag zum Sieg der Alliierten geleistet« habe. »Unter diesem Gesichtspunkt«, so fahren die beiden fort, »hat kaum ein anderer Film der Geschichte so praktische und wohltuende Folgen gezeitigt« wie dieses hirnrissige Filmabenteuer. So gesehen waren Goebbels und sein Regisseur Veit Harlan mit »Kolberg« Widerstandskämpfer wider Willen, indem sie den eigenen totalen Krieg mittels eines Filmprojekts ganz konkret sabotierten.

*Hellmuth Karasek*

*Hamburg*

**Konkrete Adressen**

**KONKRET 2/95: »Die Dresden-Lügen« von Jürgen Elsässer**

Ich habe keine Schwierigkeiten mit Ihrer »Lüge 1«. Zu »Lüge 2«: Es waren in der Tat militärisch sinnlose Angriffe, wie es jeder Luftangriff gegen die Zivilbevölkerung, egal wo und gegen wen, ist, ob Guernica, Warschau, Rotterdam, Coventry, London, Leningrad, Hiroshima, Hanoi oder Grosny. In Dresden war ausschließlich das dichtbebaute Stadtzentrum zweimal nachts und einmal am Tage (13. u. 14.2.45) Zielgebiet. Militärische und industrielle Ziele sowie Transportwege blieben an diesen beiden Tagen weitestgehend verschont. Auch, daß bei dem Tagesangriff amerikanischer Bomber am 14.2. die fliehenden Bewohner Zielscheiben von Bordschützen waren, beweist m.E. den Charakter eines Terrorangriffs. Mir ist deshalb Ihre Argumentation sehr zweifelhaft, daß diese Angriffe der Unterstützung der herannahenden sowjetischen Truppen dienen sollten. Marshall Konjew erreichte mit seinen Einheiten erst am 8. Mai Dresden ohne wesentliche Kampfhandlungen, als er zur Unterstützung des Prager Aufstands unterwegs war. Ich kann mir kaum vorstellen, daß eine Trümmerwüste für einen schnellen Vormarsch militärischer Einheiten besonders gut geeignet ist.

Damit zu »Lüge 3«: Walter Weidauer, ehemaliger Oberbürgermeister Dresdens, beschrieb in seinem Buch *Inferno Dresden* sehr ausführlich die Hintergründe der als »Donnerschlag« bekannten Angriffe mit so manchen interessanten Details. Dresden zählte zu den bis Anfang 1945 noch relativ wenig zerstörten Städten im Osten Deutschlands, die künftig zur sowjetischen Besatzungszone gehören sollten. Die Konferenz von Jalta lag ja erst wenige Tage zurück. Der ursprüngliche Angriffstermin war deshalb auch Tage früher geplant, um diese Aktion als Trumpf gegenüber der UdSSR ausspielen zu können. Die ersten Schatten des heraufziehenden Kalten Krieges bereits zu diesem Zeitpunkt dürften auch einem so aufmerksamen Beobachter wie Ihnen nicht unbekannt sein.

Um nicht mißverstanden zu werden: Die Hauptverantwortlichen für die Zerstörung Dresdens saßen natürlich nicht in London, Washington oder gar in Moskau, schuldig waren und sind diejenigen in Deutschland, die einen 30. Januar 1933 erst ermöglichten. Aus diesem Grund muß auch deutlich zum Ausdruck kommen, welches Deutschland mit »Nie wieder Deutschland« gemeint sein soll, da gibt es doch konkrete Adressen, z.B. den IG Farben Konzern, der 50 Jahre nach der Zerschlagung des Faschismus immer noch, oder schon wieder, Ansprüche an zu Recht enteignetem Eigentum geltend machen kann, und eine Gesellschaft, die dies zuläßt.

*Reinhard Sandrock*

*Dresden*

**Deutsche Begriffe**

**KONKRET 2/95: »Grosny läßt grüßen« von Walter von Goldendach und Hans-Rüdiger Minow**

Die Verfasser beabsichtigen, die FUEV als »offenkundige Tarnorganisation der deutschen Außenpolitik« in der Tradition großdeutscher Aktivitäten der Weimarer Zeit und Nazi-Deutschlands darzustellen und unterstellen ihr subversive Großmachtpolitik im Sinne eines »Deutschland – third time lucky«. Bei dieser Argumentation werden geschichtliche Tatsachen mit einseitigen, ideologisch starren Interpretationen und Verdrehungen vermischt. –

Ziel der Europäischen Nationalitätenkongresse (1925-1938) war es nicht, wie dargestellt, ein Großdeutschland zu schaffen, sondern die als Folge des 1. Weltkriegs entstandene verschärfte Minderheitensituation in Europa durch Gewährung von grundlegenden Existenzrechten für Minderheiten zu entschärfen. So wollten es auch die Unterzeichnerstaaten der Pariser Vorortverträge! –

Völlig rätselhaft ist, wie die Verfasser »pangermanische Bestrebungen« aus der Tatsache ableiten können, daß die FUEV bemüht ist, den Minderheitenschutz – in völliger Übereinstimmung mit Organisationen wie z.B. KSZE und Europarat – als berechtigtes internationales Anliegen und nicht ausschließlich innere Angelegenheit eines Staates anerkannt zu wissen. –

Mit dem Begriff »Neuordnung Europas« wird der FUEV als angebliches Instrument der deutschen Außenpolitik die Absicht unterstellt, Europa im Sinne großdeutschen Gedankenguts neu ordnen zu wollen. Dabei haben die Verfasser willentlich oder aus Dilettantismus übersehen, daß die »Neuordnung Europas« vom KSZE-Gipfel von Paris 1990 initiiert wurde, im übrigen mit dem wegweisenden Titel »Charta für ein Neues Europa«. –

In diesem Europa soll nach der klaren Absicht der FUEV nicht eine »Gebrauchsanweisung für die Inszenierung schwerer Konflikte« verabreicht werden, sondern im Gegenteil völlig konform mit den Grundsätzen der KSZE und des Europa-rats die Zersplitterung von Staaten verhin-dert werden, eben durch die rechtzeitige Schaffung von effektiven und konsens-fähigen Standards des Minderheitenschut-zes von internationaler Geltung, z.B. auch durch Gewährung von *Territorialautonomie.* –

Der FUEV wird unterstellt, mit *Territorialautonomie* einen »Rechtsanspruch auf territoriale Sezession« erwirken zu wollen. Richtig ist dagegen, daß die FUEV gemäß geltendem Völkerrecht *Territorialautonomie* immer nur *unter Wahrung der territorialen Integrität der Vertragsstaaten* vertritt. Im übrigen könnte auch jeder fachkundige Völkerrechtler bestätigen, daß *Territorialautonomie* gerade keinen »Rechtsanspruch auf Sezession« beinhaltet! –

Die Inkriminierung des Begriffs *volkliche* (nicht zu verwechseln mit »völkische«) *Gemeinschaft* als Ausfluß nationalsozialistischen Gedankenguts läßt ebenfalls auf einen dürftigen Argumentationsrahmen schließen, denn immerhin ist *volklich* der deutsche Begriff für »ethnisch«, und *Gemeinschaft* ist in der Soziologie als wertneutraler Begriff hinreichend bekannt.

*Prof. Dr. Christoph Pan, FUEV-Präsident;*

*Armin Nickelsen, FUEV-Generalsekretär*

*Bozen/Flensburg*

Konkret 03/95, S. 9

**Hermann L. Gremliza**

# Saldo mortale

Die Väter, die Täter, die Wehrwirtschaftsführer, Blutrichter, Hitler-Generäle, Nazi-Beamten sind tot. Auf dem Stuhl des Bundespräsidenten sitzt keiner, der den Führer ermächtigt hätte (wie Theodor Heuss), kein Baumeister von Lagerbaracken (wie Heinrich Lübke), kein Mann der NSDAP (wie Walter Scheel), der SA (wie Karl Carstens) oder der Wehrmacht (wie Richard v. Weizsäcker), sondern ein zu spät Geborener, den nichts als seine juristischen und politischen Ziehväter, die Nazis Theodor Mauz und Hans Filbinger, mit der großen Zeit verbindet. Im Kanzleramt kein Konfident des Reichssicherheitshauptamtes mehr (wie Ludwig Erhard), kein Zuarbeiter des Josef Goebbels (wie Kurt Georg Kiesinger) und kein Wehrmachts-Leutnant (wie Helmut Schmidt), sondern der unbelastete Protégé eines Chemiefabrikanten, der einen Teil seines bei der Arisierung einer jüdischen Kondomfabrik erworbenen Reichtums in die Karriere des jungen Helmut Kohl investiert hat. Selbst dem Aufsichtsrat der Deutschen Bank präsidiert seit einem Jahr der Mann nicht mehr, der die Arbeit der IG Farben in Auschwitz-Birkenau beaufsichtigt hatte.

Der Wachwechsel hat den Stil verändert, in dem die deutsche Bourgeoisie über ihre Verbrechen zu reden gewillt ist. Bis gestern bestimmten die Täter, die noch am Leben und in Ämtern waren, daß ihre Ehre mit der Behauptung zu verteidigen sei, Hitler habe den deutschen Namen mißbraucht, sie selber seien Geiseln einer Clique Wahnsinniger gewesen, sie hätten sich in dieser Lage untadelig verhalten und überall Widerstand geleistet, vorzüglich im Oberkommando der Wehrmacht, in der Waffen-SS, beim Volksgerichtshof, in der Redaktion, an der Rampe und im industriellen Freundeskreis des Reichsführers SS.

Heute ist das Höchste, das zu verteidigen ist, nicht die Ehre der toten Väter, sondern das Ansehen der Nation auf dem Weltmarkt und in der Weltpolitik. Ja, die Alten haben Fehler gemacht, vielleicht sogar Verbrechen begangen. Wir räumen es ein, jetzt, da es nichts mehr kostet als ein Lächeln, weil den schuldlosen Kindern das materielle Erbe, der schuldigen Nazi-Väter Häuser und Fabriken, nicht mehr streitig gemacht werden kann. Das wars dann aber auch. Man muß an morgen denken. Konkurrenzfähigkeit ist auch eine Imagefrage. Wie stünden wir da in der Welt?

Auftritt Roman Herzog, reuiger Sünder und lossprechender Pastor in einer Person. Er redet nicht mehr, wie sein Kanzler zum 40. Jahrestag noch, von Verbrechen, die »in deutschem Namen« von wer weiß wem begangen wurden, er redet von »Verbrechen, die Deutsche an den Menschen anderer Völker – aber auch an ihren eigenen Mitbürgern – begangen haben«. Es ist eine neue, dem aktuellen Bedarf gemäße Lüge: Wenn es »Deutsche« waren, nicht aber »die Deutschen« oder »Deutschland«, und die Taten auch gegen das eigene Volk gerichtet, sind »die Deutschen«, trotz der Täter in ihren Reihen, auch Opfer gewesen wie die anderen.

Keiner, sagt Herzog, wolle »Leben gegen Leben, Schmerz gegen Schmerz, Todesangst gegen Todesangst, Vertreibung gegen Vertreibung, Grauen gegen Grauen, Entwürdigung gegen Entwürdigung aufrechnen«, und alle sind erleichtert. Wer den »Teufelskreis« von Unrecht und Gewalt durchbrechen wolle, »der kann nicht einfach zwischen den Toten, Verwundeten und ins Unglück Gestürzten der verschiedenen Völker einen buchhalterischen Saldo ziehen.« Die »Frankfurter Rundschau« meldet: »Von Dresden gehen Versöhnungsgesten aus, aber... kein Wunsch nach Aufrechnung«, und das »Deutschlandradio im Deutschlandfunk« fügt hinzu: »Bei den Gedenkfeiern waren auch Vertreter ausländischer Städte, die durch den Zweiten Weltkrieg kaum weniger gelitten haben als Dresden: Sankt Petersburg...« Sie wollen nicht aufrechnen und saldieren, weil sie wissen, daß das Ergebnis, daß allein die nackte Zahl der Opfer sie überführte. Vor dieser obszönen »Versöhnungsgeste« wird das Aufrechnen zur Anstandspflicht. Wir wollen nicht aufrechnen, sagte der Vorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu Ignatz Bubis? Nicht die Vernichtung von sechs Millionen Juden mit der Vertreibung auslandsdeutscher Nazis, nicht die 25.000 Toten von Dresden mit den 600.000 (»kaum weniger«) zu Tode Gehungerten von Leningrad? Wir wollen nicht aufrechnen heißt: Wir sind quitt.

Und waren's immer, denn wenn unser Bundespräsident zu Ehren der Toten von Dresden für uns »aus der Geschichte gelernt« hat, »daß sich Krieg und Totalitarismus, Gewaltherrschaft und Verlust von Heimat nie mehr wiederholen dürfen«, lehrt er, daß die Nazis eigentlich Bolschewisten waren und Deutschland den Deutschen gehört. Es sei der Krieg als solcher, »dem wir widerstehen müssen wie der Pest«, sagte der Bundespräsident an einem Tag und Ort, da der Folgen des mit dem größten Recht geführten Krieges der Geschichte gedacht wurde: des Krieges der Anti-Hitler-Koalition.

Und wie der Präsident, dem es, von der »Tageszeitung« angekündigt, wieder wie »in Polen, in Israel und zuletzt in Auschwitz« gelang, »einen gesellschaftlichen Konsens in Worte und in Schweigen zu fassen, der von Wolf Biermann bis Botho Strauß reicht, von Peter Gauweiler bis Gregor Gysi«, so die Dichter und Denker, die ja nicht dafür bezahlt werden, die Nation, wenns drauf ankommt, mit ihren Leichen im Keller alleinzulassen. Endlich beginnen sich Geduld und Großmut auszuzahlen, mit denen man seit 27 Jahren einen nörgelnden Nachwuchs ertragen und seine sogenannte Gegenkultur auch noch gefördert hat. Weil nach Auschwitz kein Gedicht mehr geschrieben werden könne, haben sie sich beigebracht, nach

Auschwitz zu singen, zu weben, zu töpfern, und dabei das geistige Leben des Landes in einen einzigen Kunstgewerbepark verwandelt.

Wie zum späten Beweis, daß ihr Vatermord anno 68 nur der Beginn einer wunderbaren Nekrophilie war, bringen die Söhne und Töchter zur Feier des Fünfzigsten allerhand Selbstgemachtes, Selbstgedachtes dar: *Abgesang auf vergangene Zeiten. Aufbruch zwischen Trümmern. Der Untergang des 3. Reichs – Eine Bunkerinstallation. Das Drahtseil der Groteske – Die Darstellbarkeit des Holocaust. Weiter leben – Weibliche Verarbeitungsformen des Holocaust. Der 8. Mai im Spiegel des Erlebens. Vom Zerfall der Erinnerung im Erlebnisraum Holocaust. Schuld und Versöhnung in politischer Perspektive. Lieder und Texte für eine bessere Welt. Vom Leiden und Hoffen der Städte. Nachdenken über Gestern – An Morgen erinnern. Städte-Netzwerk gegen das Vergessen. Es wär schöner, wenn es schöner wär – Mit Erich Kästner durch Dresden. Zerstörung. Aufbruch. Zukunft – Installation von Vera Löbe. Vom Leiden und Hoffen der Städte. Leiden und Lachen – eine Matinee.*

Es vergeht einem Hören und Sehen. Nichts anderes ist der Zweck der Übung. Das Zitierte bildet noch kein Promille des Gesamtprogramms, zu dem auch die Veranstaltungen der Dresdner Friedens- und Zukunftswerkstatt (»Die Geschichte unserer Zukunft – zur Zukunft meiner Geschichte«), das »Friedensgebet im Dom« von Magdeburg (»Die Toten mahnen. Doch der Schoß ist noch fruchtbar«), das »Dresdner Glocken-Requiem«, tausend Schlagzeilen (»Als Dresden weinen lernte« – »Woche«), die Spandauer Ausstellung zum Jahrestag der Kapitulation in Stalingrad, über die eine Sprecherin sagte, sie sei besonders »für die Erlebnisgeneration des Zweiten Weltkriegs« gedacht, und die Hamburger Ausstellung »200 Tage und 1 Jahrhundert« zählen, die von der sozialdemokratischen Kultursenatorin mit dem Ruf »Es ist soweit!« (Rufzeichen im Manuskript) und den Sätzen eröffnet wurde: »Mit den Gedenkfeiern zum Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz hat die lange Strecke des Erinnerns, Mahnens, Nachdenkens begonnen, die uns durch dieses Jahr 1995 begleiten wird.« Die lange Strecke wird uns begleiten. Sie hat ein Ziel. Am Ende dieses Jahres der Jahrestage soll die Vergangenheit eine Zeit geworden sein, in der alle allen und nicht zuletzt sich selber Schreckliches angetan haben, was allen nachträglich furchtbar leid tut, aber keiner keinem nachträgt und vor allem sich selber nicht.

Dann dürfen die Deutschen, die so vieles wiedergutgemacht haben, endlich Wiedergutmachung an Deutschland üben. Das Verbrennen der Toten von Dresden habe in der Stadt »den Geruch von Auschwitz entfacht«, schreibt die »Tageszeitung« und knüpft daran die Lehre: »Das eigene Leid – auch das selbstverschuldete – muß erzählt und betrauert werden.« Wer sich in der Tür der Gaskammer den Finger eingeklemmt hat, erzähle sein Leid und weine. Zum Trost erhält er eine Karte für das Konzert, das im Rahmen der Berliner Feierlichkeiten des Gedenkjahres zugunsten der Stiftung »Topographie des Terrors« veranstaltet wird. Auf dem Programm steht ein Werk des glühenden Nationalsozialisten Richard Strauß, dessen Titel über dem ganzen Rummel stehen könnte: »Metamorphosen«.

Konkret 03/95, S. 10

# Herrschaftszeiten

### Volkes Fronten

»Die in Deutschland rechts wie links verbreitete Begeisterung für Ethnien und Völker, für den Kampf um nationale Selbstbestimmung und kulturelle Identität scheint ... ein neues Objekt gefunden zu haben«, schrieb Jakob Bauer in KONKRET 11/94 mit Blick auf die Konjunktur, die die Kurdenfrage hierzulande gegenwärtig hat. Der Fall der türkischen, prokurdischen Tageszeitung »Özgür Ülke« (»Freies Land«) gibt abermals Anlaß, auf einige Implikationen dieser Konjunktur hinzuweisen.

Am 1. Dezember 94 veröffentlichte das autonome Infoblatt »Interim« Auszüge aus einem Beitrag, der am 28. und 29. August in »Özgür Ülke« erschienen war. Unter der Überschrift »Der Spezialkrieg und das Judentum« ist darin u.a. zu lesen: »Er (Mustafa Kemal Atatürk, Gründer der modernen Türkei) ist ein Jude aus Saloniki, der mit dem Türkentum nicht so sehr viel zu tun hat. Es ist ganz offensichtlich, daß er mit seinen vielen Eigenschaften kein Türke ist. Es ist auch nicht umsonst, daß sich die Juden, die Zionisten des Kemalismus so sehr annehmen. Im Grunde genommen tritt uns ein zionistischer Staat unter der Maske des Türkentums entgegen. Vielleicht ist die türkische Republik ein Staat, der mehr als Israel für den Zionismus tut, oder die Türkische Republik ist eine Art zionistischer Staat. ... Der Zionismus möchte nicht, daß der türkische Staat sein Ansehen verliert, daß er bloßgestellt oder isoliert wird. Denn er ist sein Hauptbündnispartner, und er hat Israel gegründet, indem er sich auf ihn gestützt hat, und erhält Israels Existenz aufrecht, indem es sich auf ihn stützt. So begegnet er uns als eine der Hauptmächte, die den Spezialkrieg bis heute am Laufen halten. Der Kemalismus, selbst die Türkische Republik drücken sich als Randerscheinung dieser Riesenmacht aus. Aus diesem Grund ist er (der Zionismus) eine Macht, die auf der Welt am meisten entlarvt und isoliert werden muß. In Wirklichkeit stehen das türkische spezielle Kriegssystem, heutzutage der Kemalismus, unter dem weltweiten zionistisch-imperialistischen Schutz. ... Es ist bekannt, daß die Freimaurer, Juden und der Zionismus weltweit sehr konspirativ arbeiten. Denn sie beuten die Welt aus, sie spielen mit der Welt. Das bedeutet Ausplünderungen, und Millionen Menschen werden ermordet. Alles dafür, daß eine kleine jüdische Minderheit die Welt regiert. ... Der weltweite Zionismus zwingt die Menschen, sich der Ausbeutung zu unterwerfen, indem er die Völker beschmutzt, sie zum Sittenverfall verführt ...« »Interim« kritisierte diese Aussagen als antisemitische und »original faschistische Hetze«.

In der Nacht zum 3. Dezember zerstört ein Bombenanschlag das Istanbuler Bürogebäude, in dem sich die Redaktionsräume von »Özgür Ülke« befinden. Der Pförtner ist sofort tot, 18 Menschen werden zum Teil schwer verletzt. Die Bombe, die mit großer Wahrscheinlichkeit vom türkischen Geheimdienst gezündet wurde, setzt auch hierzulande eine nahezu das gesamte linksliberale bis linksradikale Spektrum umfassende Solidaritätsbewegung mit »Özgür Ülke« in Gang. »M«, die Zeitschrift der IG Medien, macht den Anschlag zur Titelgeschichte ihrer Januar-Ausgabe und veröffentlicht unter der Überschrift »Zeitung machen gegen den Tod« gemeinsam mit »medico international« und der »Özgür Ülke«-Europavertretung einen »dringenden Appell« zur »solidarischen Sicherung der Arbeit von Özgür Ülke« im Zeichen »kollegialer Zusammenarbeit«: »Die freie und unabhängige Stimme in Kurdistan und der Türkei darf nicht zum Schweigen gebracht werden!«

Am 12. Dezember druckt die Tageszeitung »junge Welt« (»jW«) unter der Überschrift »Mit Antizionismus für die PKK?« Auszüge aus dem »Interim«-Beitrag, den noch im gleichen Monat die Zeitschrift »Bahamas« (Nr.16) komplett dokumentiert. Am 26. Januar veröffentlicht die »jW« sowohl ein Interview mit einem »Özgür Ülke«-Mitarbeiter, der die »antizionistische« Stoßrichtung seiner Zeitung verteidigt, als auch eine ausführliche redaktionelle Stellungnahme »zum Antisemitismus in _Özgür Ülke «. Darin zitiert sie weitere einschlägige Texte aus dem prokurdischen Blatt (»Der Zionismus ist eine der Methoden des internationalen Kapitals, mit der es unter dem Vorwand des Kampfes der Juden um ihre Heimat gegen die Völker der Region vorgeht ... Das kurdische Volk erlebt heute Schmerzlicheres als das jüdische Volk in der Vergangenheit, weil es so lange einem systematischen und geplanten Völkermord ausgesetzt ist und nicht die internationale Unterstützung genießt, wie sie das jüdische Volk während seiner Verfolgung hatte« usw.). Die »jW« konstatiert, daß es bis dato weder von »Özgür Ülke« selbst eine offizielle Stellungnahme zur Kritik an den antisemitischen Pamphleten gegeben habe noch von irgendeiner der deutschen Kurdistan-Solidaritätsgruppen irgendeine öffentliche Reaktion. Das ist bis heute (12.2.) so geblieben.

Anfang Februar ist »Özgür Ülke« vom Istanbuler »Friedensgericht« verboten worden. Aus falschen Gründen.

### Wo bleibt Behle?

Und die Stasi hatte doch recht: Was sich da in der DDR als Vorhut eines »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« getarnt hatte, war tatsächlich ein Verein reaktionärer Kleinbürger, die heute, nach einer im grün-alternativen Milieu ausgesessenen Schamfrist, Aufnahme bei der CDU begehren. Bis zum baldigen Schwarzwerden gewartet haben sollen nach Auskunft des

»Spiegel«: Günter Nooke, Konrad Weiß, Wolfgang Templin und Freya Klier. Wo bleibt Biermann?

**Prager Frühling II.**

Wo der Bürgerrechtler Vaclav Havel bleibt, dem einst der Sozialismus nicht wahrhaft sozialistisch genug gewesen ist, sagt er selber: »Uns verdrießt schon ein bißchen, daß wir ehemaligen Dissidenten in unseren handelspolitischen Auffassungen heute liberaler sind als unsere einstigen liberalen Lehrer im Westen.«

Ein Unruhiger. Kaum hat man dem einstigen Schüler den Gefallen getan, ist ihm der Kapitalismus seiner westlichen Lehrer nicht wahrhaft kapitalistisch genug.

**Un-FAZ-Bahr**

*Als führender SPD-Ostpolitiker unterhielt Bahr selbstverständlich Kontakt zu Moskauer Politikern. Moskauer Politiker mußten ebenso selbstverständlich nicht vom KGB sein. Wie man jedoch mit Moskau Politik treiben wollte, ohne mit dem KGB in Berührung zu kommen, würde man gern erfahren.*

Die »Frankfurter Allgemeine« über Egon Bahr? Knapp daneben: Es stand zwar in der »FAZ«, aber statt Moskau hieß es Sizilien, der KGB hieß Mafia und der Bahr Andreotti.

**Deutschland normal**

1994 sind nach Angaben des Bundeskriminalamts in der Bundesrepublik 1.147 Straftaten gegen Juden oder jüdische Einrichtungen verzeichnet worden. 1993 waren es 656 und 1991 noch 367. Der Wiedervereinigung der Deutschen macht die erwarteten Fortschritte.

**Elite 1**

»1. eine Auslese darstellende Gruppe von Menschen mit besonderen Qualitäten«, nennt der Duden die Elite. Die Elite kann, was alle Angehörigen eines Kollektivs sollen, aber viel, viel besser. Was ist also eine militärische Elite-Einheit? Eine Einheit, die kann, was alle Soldaten können, aber viel, viel besser. Wenn aber Soldaten schon Mord können, was können dann Elite-Soldaten? Die kanadische Armee beispielsweise, zum militärischen Friedenschaffen in Somalia, hatte für besonders ausgelesenes Friedenschaffen das Eliteregiment »Airborne« dabei. Das hat in seinem Camp einen 16jähriger Somalier zu Tode gefoltert. Kein einziger der 60 Elitesoldaten, die sich die Todesschreie anhörten, wurde schwach. Ein Elitesoldat wurde seinem Elitestatus ganz besonders gerecht: Er fotografierte die Folter-Szene. Andere hielten auf Videofilmen fest, wie die Elite ihren Elite-Einsatz als »Operation Niggerfang« besang, wie sie Neuzugänge zwang, Scheiße zu fressen, sich gegenseitig in den Mund zu pissen und einen schwarzen Elitesoldaten auf allen Vieren wie einen Hund am Halsband herumzuführen.

**Elite 2**

»Wenn man die militärische Durchsetzung der von der UNO befürworteten Ziele will, wird man um die Frage der deutschen Beteiligung nicht herumkommen« (Cohn-Bendit). Und keine Frage auch, daß man dann das Beste vom Besten schicken muß.

**Komm lieber Mai**

Wie sich einer aus der Propagandakompanie der »Tageszeitung« auf den Frühling freut:

*Vieles spricht dafür, daß die bosnische Regierung nicht bereit ist, den Verrat jener Prinzipien hinzunehmen, auf denen der zwischen- und innerstaatliche Frieden auch anderswo letztlich beruht. Spätestens wenn der Winter vorbei ist, wenn die Waffenarsenale weiter aufgefüllt sind, wird sie wohl wieder auf eine militärische Lösung setzen... Der Waffenstillstand könnte sich im Rückblick so als kurzes Intermezzo erweisen, das den Menschen in Sarajevo, Bihac, Gorazde und anderswo wenigstens erlaubt hat, auszuruhen, durchzuatmen und Energie zu tanken für die nächste Runde.*

**Der Retter ist nah**

Die Lösung für das Problem der Arbeitslosigkeit ist endlich gefunden. Wie der »Tagesspiegel« mitteilt, hat der Berliner Politologe Elmar Altvater in einem Beitrag zur Serie »Ist der Sozialstaat noch zu bezahlen?« das zweiteilige Rezept dazu verraten. Erstens: Stärkung der Politik auf europäischer Ebene; zweitens: Unternehmen, Gewerkschaften und öffentliche

Hand sollten dabei zusammenwirken. Wieder einmal zeigt sich: Alles Geniale ist im Grunde ganz einfach.

Konkret 03/95, S. 12

**Otto Köhler**

# Psycho

**Wie aus einem eingebildeten Verfolgten ein tatsächlicher Verfolger wurde – der Fall des sächsischen Innenministers Heinz Eggert**

Es war ein ARD-»Brennpunkt«, den so schnell keiner vergaß: Am 8. Januar 1992 trat Heinz Eggert, einst Pfarrer, also Bürgerrechtler, jetzt Sachsens Innenminister, vor die Kamera und enthüllte, wie die Stasi ihn 1984 bei einem Krankenhausaufenthalt in der Psychiatrischen Klinik Großschweidnitz in die Zwangsjacke verpacken ließ und versuchte, seine Persönlichkeit zu vernichten. »Was ich fühle, ist eine unwahrscheinliche Wut«, bekannte er am Tag nach seinem Fernsehauftritt der »Welt«. Und die wußte: »Möglicherweise erhielt er künstlich gezüchtete Bakterien in seiner Medizin. Bei einer Untersuchung seiner Tochter Friderike wurde jüngst ein sehr seltener Virus entdeckt.«

»Bild« meldete: »Stasi-Klinik: Nackt mit 30 Irren eingesperrt« und fragte: »20 Jahre Stasi-Terror und dennoch ungebrochen. Wie hat er das geschafft?« Eggert wußte es: »Ich habe durchgehalten, weil ich überzeugt war, daß man den Roten nicht das Feld überlassen darf.« Die »Neue Zürcher« berichtete: »Der in Eggerts Dossier entdeckte Anschlag des MfS auf die Gesundheit eines Regimegegners ist mit Sicherheit kein einmaliges Vorkommnis.« Und auch der Hartmannbund, der freie Stellen für seinen Nachwuchs witterte, wußte, daß das »kein Einzelfall« sein konnte. Vorsitzender Hans Jürgen Thomas: »Ich befürchte, daß das eine Methode der Stasi war.« Die »Hamburger Morgenpost« fragte Eggert: »Der Hartmannbund fordert, allen Stasi-Ärzten die Zulassung zu entziehen. Sie auch?« – »Ja«, antwortete der und versprach noch mehr: »Ich werde auch alle Namen von Pfarrern, Rechtsanwälten und Ärzten nennen, die mich im Auftrag der Stasi bespitzelt haben.« »Super«, der unvergessene Burdadreck für die Zone, präsentierte über die ganze erste Seite (»Das ist der Satan in Weiß – Gefeuert! Der Stasi-Arzt, der einen Pfarrer krank machte«) ein Foto des einweisenden Arztes Dr. Reinhard Wolf.

Das war am Jahresanfang, am 10. Januar. Zum Jahresende, am 22. Dezember 1992, stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen des Vorwurfs »gemeinschaftlicher Freiheitsberaubung in Tateinheit mit Nötigung, Körperverletzung und Giftbeibringung zum Nachteil des geschädigten Zeugen Heinz Eggert« ein. Der Einstellungsverfügung war zu entnehmen, daß Eggert sich 1983/84 selbst »zunehmend als körperlich geschwächt und seinen beruflichen und privaten Aufgaben nicht mehr gewachsen« gesehen hatte, »woraus eine depressive Grundeinstellung erwuchs«. Der Arzt Wolf sei zwar tatsächlich IM gewesen und habe Eggerts Namen vierzehn Tage nach dessen Einweisung an die Stasi weitergeben, eine Anweisungder Stasi, Eggert einzuweisen, habe es eben deshalb aber nicht gegeben. Ein ärztlicher Kollege, der selbst wegen »staatsfeindlicher Verbindungen« verurteilt worden war, habe zuvor den heutigen Innenminister ebenfalls als »verstört und verängstigt, undurchsichtig und unberechenbar« beurteilt. Wegen Selbstmordgefahr, so erkannte die Staatsanwaltschaft, sei auch das Anlegen einer Zwangsjacke »aus ärztlicher Sicht geboten« gewesen. Eggert selbst habe während des Verfahrens nur ein »selektives Erinnerungsvermögen« an die Situation seiner Einweisung gezeigt.

Die Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft wäre weithin unbeachtet geblieben. Doch Eggert machte einen Fehler. Daß er sich entgegen der Parteitagsregie im September 1992 auf dem CDU-Parteitag zu einem der vier Stellvertreter Kohls wählen ließ – Rühe fiel durch – , das hätte man ihm noch nachgesehen. Doch im Januar 1993 forderte er im »Focus« die Trennung von CDU-Vorsitz und Kanzlerschaft sowie eine baldige Klärung der Nachfolge Kohls. Und so geriet die Einstellungsverfügung dann doch noch ganz schnell in die großen Medien.

Eine »Schmutzschlacht« sei gegen ihn im Gange, wütete Eggert daraufhin. »An Zufälle glaube ich schon lange nicht mehr«, sagte er, es sei eine Tatsache, daß sich »viele in der Politik« durch ihn »gestört« fühlten. Er meinte damit vor allem einen ARD-»Tagesthemen«-Beitrag, der über die Einstellung des Verfahrens gegen seine Ärzte berichtet hatte. Mordete da die ARD im Auftrag Kohls Eggerts Ruf? War eine neue öffentlich-rechtliche Virenart im teuflischen Spiel?

Das wohl nicht. Aber das Frankfurter Staatsorgan verwarnte den »Mann des offenen Wortes«, der »von Fettnapf zu Fettnapf« gestapft war. Die »FAZ«: »Ob Eggerts Verdacht nun der Wahrheit nahekommt oder ob der sächsische Innenminister Gespenster sieht: die Schonzeit ist vorüber, Narrenfreiheit, was seine Äußerungen anbetrifft, wird ihm nicht mehr zugebilligt.« Und das »Hamburger Abendblatt« meinte: »In Eggerts Glauben, hier strafe ihn das Kanzleramt wegen mangelnden Wohlverhaltens ab, ist durchaus eine gewisse Verfolgungspsychose zu erkennen.«

Eggert hat diese Pychose längst überwunden, indem er kraftvoll und überzeugend die Rolle des Verfolgers übernahm. Und er weiß, was er dazu braucht. Zwar wurden in Sachsen alle Schulräte aus DDR-Zeiten entlassen, nicht aber alle Leiter der Volkspolizeikreisämter. Sogar schwerstbelastete Polizeioffiziere machte Eggert zu bundesdeutschen Beamten. Zum Stichtag 1. Januar 1993 waren noch 161 hauptamtliche und 362 inoffizielle Stasi-Mitarbeiter im sächsischen Sicherheitsapparat tätig. Der Major der Volkspolizei Peter Jelinek, der im Oktober 1989 für einen – mit westdeutschen Gepflogenheiten vergleichbaren – brutalen Polizeieinsatz im sächsischen Freiberg verantwortlich war, wurde nach der Wende als Stellvertretender Polizeipräsident von Chemnitz ausgerechnet Chef der Sondereinsatzkommandos. 1990, noch

als Landrat in Zittau, hatte der »Pfarrer Gnadenlos« alle SED-Mitglieder rigoros vor die Tür gesetzt, doch deren Ordnungskräfte behielt er bis heute. Als sächsischer Innenminister ist der Bundesverdienstkreuzträger schließlich auf solche Leute angewiesen.

In Bonn macht man sich längst über die psychische Struktur des sächsischen Parteifreunds keine Illusionen mehr. »Die Welt« im Juli 1994: »Die meisten Bonner CDU-Strategen sind sich inzwischen einig: ›Eggert ist völlig unbeherrscht. Er ist ein Unsicherheitsfaktor inmitten der Parteiführung.‹ Ein CDU-Bundesminister: ›Was der macht, ist Wahnsinn.‹« Doch kurz zuvor hatte die Union dem Wahnsinnigen das schärfste Polizeigesetz in die Hand gegeben, daß je in einem Bundesland gegolten hat. Namentlich und einstimmig hatte es die CDU am 27. April 1994 im sächsischen Landtag gegen den Widerstand der gesamten Opposition und bei Enthaltung sogar der FDP durchgesetzt: ein Modellgesetz, ein Bündel all der Maßnahmen, die im Handumdrehen aus jedem Land einen perfekten Polizei- und Überwachungsstaat machen: Vorbeugehaft bis zu vierzehn Tagen, Rasterfahndung, Erfassung aller Kontaktpersonen aller »Verdächtigen«, Lauschangriff auch auf Wohnungen und den als »finaler Rettungsschuß« verkleideten Hinrichtungsschuß.

Die politischen Wegbegleiter des ehemaligen Bürgerrechtlers waren entsetzt über den Weg, den der Freund von einst genommen hatte. Nachdem schon jeder Einzelantrag der Opposition im Landtag niedergestimmt worden war, appellierte vor der Schlußabstimmung über das Polizeigesetz der Bündnis 90-Abgeordnete Donner an den Minister und seine Kollegen: »Was ist aus Ihnen in den wenigen Jahren seit der DDR-Zeit geworden, Herr Studentenpfarrer Eggert, Herr Oberkirchenrat Heitmann, Herr Vaatz – tatsächliche und vermeintliche Verfolgte des DDR-Regimes – , aus Ihnen, die sich liberal nennen?! Was ist aus Ihnen geworden? Ich selbst habe mir die Frage vorgelegt und komme unter anderem zu dem Schluß, daß sich auch mal ehemalige Kameraden der Kampftruppen als stärkere Demokraten erweisen als gnadenlose Studentenpfarrer oder Spitzelminister. Was ist aus Ihnen geworden!?«

Antwort: »Herr Dr. Donner, bitte verlassen Sie das Rednerpult.« Der Vizepräsident des Landtags, der FDP-Abgeordnete Sandig, der zwei Minuten zuvor beklagt hatte, zu müde zu sein, um den Ausführungen der Abgeordneten noch folgen zu können, war hellwach geworden: »Ich muß gestehen, daß ich ein wenig überrascht war. Ich hätte wahrscheinlich mit einem Ordnungsruf dazwischengehen müssen. Es tut mir leid, daß ich es nicht getan habe: Ich entschuldige mich dafür bei den Herren Ministern.« Der Herr Minister Eggert hatte ihn mit einem wütendem Zwischenruf geweckt.

Die Fragen des Bündnis 90-Mannes änderten nichts. Das schärfste Polizeigesetz, das je im freiheitlichsten Staat auf deutschem Boden galt, wurde beschlossen. Eggert bedankte sich.

Aber auch seinen Freunden von Rechtsaußen blieb nicht verborgen, daß der Mann seine Persönlichkeit grandios zu verbiegen imstande ist. Am Schluß eines liebevollen Porträts über den »feinen, weichen Mann mit den groben Zügen« vermerkte Peter Meier-Bergfeld – ein Rechtsextremist, der kürzlich in der *Selbstbewußten Nation* gegen »eine solche Monstrosität wie der Asylartikel 16 (alt)« Sturm lief – im »Rheinischen Merkur«, wie flexibel der sächsische Innenminister geworden ist: »Abends – in der ZDF-›Live‹-Talkshow – spricht der Politiker Eggert von der ›sogenannten deutschen Frage‹ und der ›sogenannten kriminellen Energie der Ausländer‹. Im Gespräch zuvor hat er das ›sogenannt‹ noch weggelassen.«

Doch das ist nur der Dekor, den Kohl braucht, um der Welt sein Bild vom ausländerfreundlichen Deutschland zu suggerieren. Ansonsten handelt Eggert wie der Abschiebefanatiker Kanther: Für den unternahm er im Januar dieses Jahres eine Reise in ein Land mit allgegenwärtiger Staatssicherheit und fühlte sich pudelwohl dabei.

Eggert flog in die Türkei, um sich auf Einladung des jetzigen türkischen Innenministers Nahit Mentese an Ort und Stelle zu überzeugen, daß das Auswärtige Amt mit seinen Bedenken gegen die zügige Kurdenrückführung Unrecht hat. Er traf pünktlich nach einer erneuten Aburteilung kurdischer Parlamentarier ein und machte sich sein Bild.

Gewiß, aus »Sicherheitsgründen« konnte er kurdisches Gebiet nicht betreten, doch in Ankara vermochten ihn seine von der türkischen Regierung handverlesenen Gesprächspartner mühelos davon zu überzeugen, daß es den aus Deutschland zugeführten Kurden in einem Staat, in dessen Gefängnissen allein im letzten Jahr 29 Menschen unter der Folter starben und weitere 400 mutmaßlich von Staatssicherheitskräften ermordet wurden, gar nicht so schlecht geht, jedenfalls nicht schlechter als den Türken selbst.

Nach seiner Rückkehr aus Ankara wußte Eggert vor der Presse hervorzuheben, der gegenwärtige türkische Innenminister habe ihm eindeutig versichert, daß es bei zwei Millionen Verhaftungen nur 300 Untersuchungen über Mißhandlungen durch Polizei und Militär gegeben habe. Er habe aber auch, so erklärte Eggert, mit Vertretern türkischer Menschenrechtsorganisationen gesprochen. Und alle Gesprächsteilnehmer hätten ihm »übereinstimmend« versichert, ein genereller Abschiebestopp für Kurden sei – trotz eines lediglich »verfassungsgemäß bedingten Demokratiedefizits« – »nicht erforderlich«.

Übereinstimmend erklärten sich darauf Akin Birdal und Hüsnü Öndül von der türkischen Menschenrechtsorganisation IHD »geschockt« über Eggerts Darstellung des Gesprächs: »Das hatten wir nie so gesagt.« Sie seien strikt gegen eine Abschiebung von Kurden aus der Bundesrepublik, weil die Gefahr einer Verfolgung durch türkische Behörden

weiterbestehe. Eggert wiederum zeigte sich aufgeschlossen für flankierende humanitäre Maßnahmen bei der Kurdenzuführung. Der sich einst von Ärzten verfolgt Wähnende will den Ausgewiesenen, verheißt er, neben einem Vertrauensanwalt auch »einen zivilen unabhängigen Arzt« zur Seite stellen. Wozu, da es doch keine Folter gibt (oder nur in 2 Millionen von 300 Fällen)? Ganz einfach: Der unabhängige Arzt muß die Folteropfer bis zum nächsten Verhör wieder auf die Beine stellen.

Die Zwangsjacke, die dem künftigen Innenminister der Türkei schon 1984 in der Psychiatrie von Großschweidnitz angelegt wurde, ist zweifelsfrei auch medizinisch indiziert.

**Otto Köhler schrieb in KONKRET 1/95 über die Bundeszentrale für politische Bildung**

Konkret 03/95, S. 14

**Jürgen Elsässer**

# »Katzenpost aus L. E.«

**Nach dem PDS-Parteitag: Die Gysi-Karawane zieht weiter, die Hunde bellen. Ob darunter wenigstens ein paar bissige sind?**

Vielleicht erinnern Sie sich an eine Zeitungsmeldung von Anfang Januar, als die Nazis mal Pech hatten, so richtig Pech. Es passierte im sächsischen Riesa: Zehn Glatzen überfielen den schmächtigen Nieno, der aber letztlich doch nicht ganz so schmächtig war, ein Messer zog und die Meute in die Flucht jagte. Pardon: Einer blieb liegen, tot. Klarer Fall von Notwehr.

Was das mit der PDS zu tun hat? Nieno gehört zur Antifa-Gruppe in Riesa, und die gehört irgendwie zur PDS und ihrem Umfeld. Chef der »Hans-Beimler-Brigade«, wie sich die Antifas nennen, ist Patrick, der für die PDS im Stadtrat sitzt. Das weitere entnehme ich dem Bericht eines »junge Welt«-Reporters, der der Truppe ansonsten nicht besonders wohlgesonnen ist: »Auch ein Programm hat sich die Brigade gegeben, das unter anderem die Pflicht zur Aneignung marxistisch-leninistischer Weltanschauung festschreibt. Viele dieser Jugendlichen hätten, wäre die Wende nicht dazwischengekommen, in der DDR vermutlich Karriere gemacht: Zum Teil wollten sie als Offiziere zur NVA, zum Teil zur Staatssicherheit, oder ihre Eltern waren örtliche Parteifunktionäre. Im Dezember hat die Gruppe, die etwa seit einem Jahr existiert, die erste Ausgabe der eigenen Zeitung herausgegeben: ›Nanu?!‹ heißt sie, untertitelt mit ›antifaschistisch, sozialistisch, unabhängig‹. Mit der autonomen Antifa wollen die Riesaer nicht in einen Topf geworfen werden, da diese oft ›Aktionen um der Aktionen willen‹ plane.« Summa summarum: Jungs und Mädels aus anständigem Elternhaus, theoretisch beschlagen und praktisch veranlagt, geschult an Karl Marx und Bruce Lee – wem das nicht zu Herzen geht, ist reif fürs Aquarium.

Lichtjahre von Riesa entfernt fand Ende Januar der PDS-Parteitag statt. Der sächsische Landesverband, sozusagen die Mutterorganisation der Riesaer Kids, warb im Foyer für die Ziele seiner Politik: Vor einer großen Sachsenfahne ein Fähnlein gutsituierter Familienväter, ausstaffiert mit bunten Kappen, im Angebot allerhand Kleinkunst und landsmannschaftlicher Nippes, Mieterinfos und Traktätchen aus Dresden und anderswo. Attraktion des Standes waren Bockwürste und ein Endlosvideo in schrillen Farben über irgendeinen PDS-Einsatz, vor allem aber – düdldü – ein Volksliedermacher mit seiner Elektroorgel. Irgendein Humtata im Dreivierteltakt über »Rote Socken«, gesungen zur Melodie von »Rosamunde«, gab mir schließlich den Rest, ich flüchtete in den Versammlungssaal.

Prima Stimmung auch dort: Gerade verteidigt Sahra Wagenknecht die DDR und wird heftig beklatscht. Ach ja, wir haben ihn sooo geliebt, den Sozialismus. Flash-back: Wir haben sie so geliebt, die Revolution, schnulzten Daniel Cohn-Bendit und die Fischer-Chöre, bevor sie mit Holger Börner profan wurden. Aber der Vergleich hinkt: Fisherman`s Friends gingen durch die innerparteiliche Hölle, bevor ihnen die Parteimehrheit den Weg zum Koalieren frei machte. Nach dem Kotau vor der Hessen-SPD mußten sie Mitte der 80er Jahre zurück ins zweite Glied, in der Bundestagsfraktion dominierte Ebermann, im Bundesvorstand dämonierte Ditfurth. Wäre die PDS nur halb so rebellisch, hätte sie ihre Koalos gebürstet und die Linksopposition gestärkt. Statt dessen konnte sich die Parteirechte in allen Punkten durchsetzen: Als Teil der vermeintlichen Oppositionsaufgabe wurde das Mitregieren definiert; Antikommunismus ist im Unterschied zu Stalinismus kein Ausschlußgrund; Kommunisten sind nur zugelassen, solange sie »demokratisch« sind, d.h. dem revolutionären Umsturz und der herrschaftslosen Gesellschaft – »Demokratie ist Herrschaft« (Lenin)! – entsagen; der Parteivorstand ist gleichgeschaltet, Wagenknecht draußen. »Es wurde niemand in den Bundesvorstand gewählt, der die ›Fünf Standpunkte‹ (das Realo-Programm, J.E.) nicht mittragen würde«, triumphierte Gysi. Lothar Bisky, der etwa so links ist, wie's Bernhard Grzimek war, wurde ohne Gegenstimme zum Vorsitzenden gewählt. Es gilt eben doch: PDS = SED minus Sozialismus = 99,9 Prozent.

Die Deutschen hat man entweder auf den Knien oder an der Kehle (Churchill), und diese Mischung aus Rebellion und Devotion zeichnet eben auch PDS-Deutsche aus. Bemerkenswert, wie die Delegierten immer kräftig gegen den Vorstand klafften – und dann doch zurückzuckten. So beschlossen sie zunächst ein Verdikt gegen den Antikommunismus, zogen es aber nach Interventionen von Einsiedel (Deutschnational), Zwerenz (SPD) und Lederer (KB) gleich wieder zurück. Dann beklatschten sie Wagenknecht, um sie nach einem Ultimatum Gysis doch fallenzulassen. Schließlich düpierten sie André Brie bei seiner Kandidatur zum Bundesgeschäftsführer, um ihn dann mit der höchsten Stimmenzahl – höher als Gysi! – in den Vorstand zu wählen.

Gibt es eine Opposition gegen die Realos? Sicherlich nicht Hans Modrow, dessen Widerstand zwar die ursprünglichen »10 Thesen« des Parteivorstands zum Scheitern gebracht hatte, der aber in die folgende »Fünf-Punkte«-Version nur eine kosmetische Verbesserung einbringen konnte: Zwar wird dort der von Gysi und Gehrcke anvisierte Dritte Weg (»Gesellschaftsvertrag«) nicht mehr propagiert und statt dessen wieder von Sozialismus gesprochen – allerdings lediglich in der Dönhoffschen Version als »Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel«. Warum nicht gleich als »Analyse, Theorie, Urschrei und Abführmittel«?

Auch Winfried Wolf, der gerne mit seiner vom Verfassungsschutz bestätigten Linksradikalität hausieren geht, hat sich schnell einbinden lassen. Hatte er vor seiner Wahl – frei nach Lenin – das Parlament noch als »Resonanzboden« für außerparlamentarischen Kampf ausgelobt, so reduziert sich das mittlerweile auf die Zusammenarbeit mit Ökofuzzis beim Ausspinnen alternativer Verkehrskonzepte und auf das Verfassen von Unterschriftenlisten an den Parteivorstand. Gefordert wird darin etwa, »den Bruch mit der SED, den die PDS 1989/90 vollzog, als unumkehrbar zu verdeutlichen« und die globale »Sonnenfinsternis« des Kapitalismus zu erforschen. Heiliger Bimbam!

Bleiben die vier Gruppen, die der Berliner Staatsschutz jetzt überwachen will: erstens der kollektiv bei der PDS untergekrochene Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK), der sich seit Menschengedenken für rot-grüne Koalitionen stark macht und ansonsten nicht nur vor der Revolution, sondern auch vor jeder Demonstration eine Bahnsteigkarte lösen würde; zweitens die Autonomen in und bei der PDS, von denen weder auf dem Parteitag noch irgendwo sonst eine Stellungnahme zu hören oder zu lesen war; drittens die Kommunistische Plattform, deren Name das eigentlich Sympathische an ihr ist, die aber in der Frage einer Regierungsbeteiligung ebenfalls im Realo-Fahrwasser dümpelt; viertens die AG Junge GenossInnen, ein Grüppchen raffinierter Pöstchenjäger, an deren Spitze die bunt-toupierte Angela Marquardt steht. Kennzeichnend für diese Truppe ist, daß sie im Frühjahr 1994 noch zum Boykott des Wahlkampfes aufrufen wollte, falls die Verbürgerlichung der PDS weitergeht, und jetzt, wo der Trend voll durchgeschlagen hat, nur noch juso-mäßig brav ihre abweichende Meinung zu Protokoll gibt. Marquardt selbst hat gehörig Stimmung gegen Wagenknecht gemacht, vermutlich weil diese immerhin logische Sätze formuliert, während sie selbst nur die gesammelten Szene-Weisheiten aus den Kreuz- und Prenzlberger Stammtischen zum besten geben kann. »Ich habe grüne Haare und werfe trotzdem keine Molotow-Cocktails«, kokettierte das Bisky-Ziehkind gegenüber der »Süddeutschen«. Eine Woche vor dem Parteitag hatte sie im »ND« ihr Programm so formuliert: »Grundlage meines Handelns ist die ehrliche Absage an den DDR-Sozialismus in all seinen negativen Erscheinungsformen. Wir haben nichts verloren, außer unseren Ketten.«

Immerhin, einige PDS-Youngsters haben die faule Schau der neuen Partei-Vize begriffen und halten dagegen. Den intellektuellen Dünnpfiff von Marquardt und Co. fassen sie so zusammen: »Wir wollen nicht mehr radikal sozialistisch sein, statt dessen die Scheiße lieber in unserer Vergangenheit als in diesem System suchen. Heute wollen wir uns in Jugendringen, Parlamenten, PDS-Vorständen verarschen lassen, heute wollen wir den Segen des Bundesvorstandes haben, heute wollen wir als anerkannte Bundes-AG Kohle abzocken und trotzdem unabhängig von der Partei sein, heute wollen wir auch Parteivize werden, heute wollen wir nur noch reden und nur noch so unbequem sein, daß wir als Alibi taugen und doch nicht richtig wehtun. Auf jeden Fall werden wir uns überall dort einmischen, wo wir keine Ahnung haben und uns vom kommunistischen Ungeist, der soviel Leid über die Menschheit gebracht hat, verabschieden. Da wir aber nicht gleich sozialdemokratisch sein wollen – etwas linker als die Partei wollen wir schon bleiben – , werden wir erstmal dagegen sein, etwas pseudoanarchistisch, peacemäßig, ökomäßig, etwas antinazimäßig, aber das ganz friedlich, wir werden in die Gesellschaft eintauchen, um uns dann von ihr verändern zu lassen.«

So schreibt die Jugendpolitische Offensive der PDS Leipzig. »Katzenpost aus L.E.« ist das Flugblatt überschrieben, und es ist so saumäßig schwer zu lesen, weil es vermutlich im Kartoffeldruck hergestellt und garantiert nicht von der Mutterpartei finanziert worden ist. Als eigene Ziele formuliert diese Samisdat-Gruppe u.a.: »Wir wollen Sebstbestimmung und haben unsere eigene Meinung. Wir wollen das Fahrrad nicht neu erfinden, wir versuchen mit Respekt unsere Schlüsse aus den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Trotzki und anderen Philosophen und Ökonomen zu ziehen. Grundlage jedes Systems ist seit Menschengedenken die Ökonomie. Alles richtet sich nach den Produktionsverhältnissen. Und dort muß man ansetzen.«

Was wäre, liebe Sahra W., wenn sich die Offensive aus Leipzig mit der Brigade aus Riesa verbündete und Du auch mittun würdest? Ich könnte mir vorstellen, daß der Tomayer und der Gremliza da auch mal vorbeischauen würden. Und mein Kommen sag ich heut schon zu.

**Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 2/95 über die »Dresden-Lügen«**

Konkret 03/95, S. 16

**Jürgen Trittin, Jürgen Elsässer**

# »Das geht gegen die Uno«

**Die Militarisierung der deutschen Außenpolitik macht rasante Fortschritte. Ein Gespräch mit Jürgen Trittin, dem Sprecher des Bundesvorstands von Bündnis 90 / Die Grünen**

*KONKRET: Eine historische Zäsur: Die Bundeswehr steht vor dem ersten Kampfeinsatz, wieder ist es der Balkan, wieder Sarajevo. Befindet sich die BRD in einer Situation vergleichbar der des Deutschen Reiches vor 1914?*

Trittin: Ich warne vor falschem Historisieren. Wahr ist allerdings: Die Geschwindigkeit, mit der der in der BRD jahrzehntelang geltende Konsens über die Außen- und Sicherheitspolitik aufgekündigt wird, nimmt im neuen großen Deutschland atemberaubende Formen an. Zug um Zug werden die Tabus gebrochen. Die Entwicklung vollzog sich in drei Schritten. Als erstes wurde die Abschreckungsdoktrin von vor 1989 ausgehebelt, das heißt, die Überlegung, daß Westeuropa, ob konventionell oder atomar, militärisch nur um den Preis der Selbstvernichtung zu verteidigen ist, wurde aufgegeben. Man sprach wieder vom führbaren Krieg. Zum zweiten wurde die Bundeswehrdoktrin von der reinen Verteidigungsarmee aufgegeben. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom letzten Juni erlaubt weltweite Kriegseinsätze. Zum dritten wurde in den vergangenen Monaten Helmut Kohls Placebo einkassiert, die Bundeswehr nie mehr dort einzusetzen, wo die deutsche Soldateska in zwei Weltkriegen blutig gewütet hatte. Die im Doppelspiel zwischen Generalität und Bundesregierung inszenierte Anforderung deutscher Tornados zum Kampf gegen die Serben hat diesen Rest schamhafter Konsequenz aus der Geschichte einkassiert.

Das neue große Deutschland ist weder faschistisch, noch droht ein Rückfall in den wilhelminischen Imperialismus. Die heutige Großmachtpolitik hat aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Demnach war der größte Fehler nicht, zwei Weltkriege angefangen zu haben, sondern, dies im Alleingang gegen den Rest der Welt getan zu haben.

*In der deutschen Außenpolitik gibt es offensichtlich zwei Fraktionen. Während das Auswärtige Amt und Kinkel weltweite Bundeswehreinsätze unter Federführung der Uno schmackhaft machen, lehnt das Verteidigungsministerium mit Rühe diese Hilfsdienste für die Uno ab.*

Von zwei Fraktionen würde ich so nicht sprechen. Es handelt sich eher um ein Spiel mit verteilten Rollen. Auf keinen Fall kann man von Falken und Tauben sprechen. Jede dieser beiden Argumentationen trägt dazu bei, die Barrieren, die der deutschen Außenpolitik bisher gesetzt waren, abzubauen. Vor allem ist das neue große Deutschland auf Effektivität bedacht. Glaubwürdig versichern der Kanzler und der Verteidigungsminister, es sei nicht ihr Interesse, möglichst viele Soldaten der Bundeswehr an möglichst zahlreichen Krisenherden der Welt einzusetzen. Man will sich nicht verzetteln, sondern sich auf das Wesentliche konzentrieren, das nationale Interesse.

CDU/CSU beginnt es zu stören, daß man es mit tatkräftiger Hilfe sogenannter linker Bellizisten geschafft hat, durch den Verweis auf weltweite Menschenrechtsverletzungen, bei deren Sicherung Deutschland nicht länger abseits stehen könne, alle Schranken für eine militärisch gestützte Außenpolitik einzureißen. Die so geweckten Versprechungen müssen nun – siehe Tschetschenien – schleunigst zurückgeholt werden. Deshalb will die CDU/CSU die im Urteil des Bundesverfassungsgerichts absichtsvoll offengelassene Lücke nutzen, um zu definieren, in welchen Bündnissen die Nachfolgerin von Wehrmacht und NVA künftig von Fall zu Fall den Frieden erzwingt. Das geht gegen die Uno. Auf der 32. Sicherheitspolitischen Konferenz im Februar in München forderte Rühe zusammen mit Nato-Generalsekretär Claes, Nato-Militäreinsätze wie in Ex-Jugoslawien der Aufsicht der Uno zu entziehen und ihre Strategie und Taktik künftig dem ideellen Gesamtinteresse von Deutschland, den USA, Großbritannien und Frankreich zu unterwerfen. Das ist die Hauptlinie der deutschen Außenpolitik, während die Argumentation von Kinkel, die eher auf deutsche Hilfsdienste für die Uno Bezug nimmt, im Augenblick nur noch eine flankierende Rolle spielt.

*In einem Beitrag für die »junge Welt« haben Sie erneut die Auflösung der Nato befürwortet. Ist das nicht ein naiver Vorschlag? Ist es nicht so, daß die bundesdeutsche Außen- und Kriegspolitik längst über verschiedene Optionen verfügt und eine Auflösung der Nato nur dazu führen würde, daß die BRD völlig ungebremst über die WEU und über bilaterale Militärkooperationen ihre Ziele verfolgen würde?*

Mein Plädoyer für die Nato-Auflösung war eine polemische Zuspitzung. Die Konservativen und die Bürgerlichen behaupten ja immer, daß der diesbezügliche Beschluß des Mannheimer Grünen-Parteitags weltfremd sei. Tatsächlich, das zeigt ebenfalls die sicherheitspolitische Tagung in München, ist die radikale Gegnerschaft zur Nato angesichts der dort befürworteten Abstellung der Uno-Kontrolle nicht weltfremd, sondern ausgesprochen zeitgemäß. Andererseits haben Sie recht: Die Ellenbogenfreiheit der Bundesrepublik ist in der Nato eingeschränkt, vor allem durch Frankreich und Großbritannien, wie deren relativ – im Vergleich zur BRD – ausgewogene Balkanpolitik zeigt. Jedoch verhindert die Einbindung in die Nato keineswegs nationale Alleingänge. Ich erinnere an den Falklandkrieg, den das Nato-Mitglied Großbritannien Anfang der 80er Jahre auf eigene Rechnung durchgezogen hat, und ich erinnere an Frankreichs Missionen im Tschad, in Ruanda und, und, und.

*Angesichts der Vielfalt der bundesdeutschen außenpolitischen Optionen wäre doch die Forderung nach Auflösung der Bundeswehr angemessener als die Forderung nach Auflösung der Nato ...*

Mit einer Auflösung der Bundeswehr habe ich keine Probleme. Angesichts der Rühe-Planung für eine weltweite Interventionsarmee ist diese Forderung aktuell und angemessen. Natürlich wird sie sich nicht von heute auf morgen durchsetzen lassen, aber das trifft ja auf Forderungen, die gegen die Nato gerichtet sind, ebenfalls zu.

*Wie fühlt man sich in einer Partei, bei der wichtige Repräsentanten keine Einwände mehr haben gegen internationale Einsätze der Bundeswehr?*

Das würde ich anders formulieren. Wir haben einzelne Partei-Prominente, die mit dem Verweis auf die Sicherung der Menschenrechte ein Eingreifen der Bundeswehr im Rahmen der Uno befürworten. Diese Position lehne ich ab. Ich würde sie aber nicht gleichsetzen mit der von Kinkel und Rühe. Außerdem verläuft der Haupttrend der deutschen Außenpolitik in eine entgegengesetzte Richtung: Interventionen werden gerade nicht mehr mit dem Verweis auf die Menschenrechte, sondern mit Verweis auf das nationale Interesse gerechtfertigt.

*Im allgemeinen stimmt diese Trendbeschreibung, aber der erste Einsatz von Bundeswehrtruppen im Ausland, nämlich die geplante Entsendung von etwa 1.000 Soldaten nach Bosnien-Herzegowina, wird wohl doch noch mit dieser menschenrechtlichen Argumentation gerechtfertigt werden. Insofern haben die Grünen gerade in dieser entscheidenden Frage eine ganz schwache Stelle.*

Wir sind uns in Fraktion und Bundesvorstand einig, daß wir die geplante Entsendung von Kampfflugzeugen und Marine- und Bodenpersonal auf den Balkan ablehnen und daß wir im Bundestag entsprechend abstimmen werden.

*Aber Sie haben doch ein erhebliches Potential von Schwarz-Grün-Fans in der Bundestagsfraktion ...*

Das ist so, aber ich würde Parteifreunde, die bedauerlicherweise auf kommunaler Ebene für schwarz-grüne Bündnisse votieren, nicht unbedingt auch verdächtigen, für die schwarze Außenpolitik einzutreten. Das ist ja gerade Teil ihres Dilemmas, daß sie in den großen politischen Fragen durchaus die Differenzen zur Union sehen und dennoch eine Zusammenarbeit in Sachfragen versuchen. Ich sehe nicht, wie das geht.

*Was machen Sie, wenn bei der Bundestagsabstimmung über die Tornado-Entsendung Abgeordnete Ihrer Fraktion mit der Regierung stimmen?*

Davon gehe ich nicht aus. Wer in einer so gravierenden Frage gegen die eindeutige Beschlußlage von Partei und Fraktion verstößt, müßte sich im voraus melden. Bisher hat sich aber noch keiner zu erkennen gegeben.

*Und wenn doch?*

Darüber werden wir reden, wenn die Abstimmung im Bundestag gelaufen ist und es einen Anlaß gibt, darüber zu diskutieren.

*Mit Jürgen Trittin sprach Jürgen Elsässer*

**Jürgen Trittin schrieb in KONKRET 9/94 über Wolfgang Schäuble**

Konkret 03/95, S. 18

**Peter Hetzler**

# »Gute Arbeit«

**Der Ausgang des »Einblick«-Prozesses belegt das Desinteresse des Staatsschutzes an der Zerschlagung neonazistischer Strukturen**

Im November 1993 erschien die Anti-Antifa-Zeitung »Einblick«. 250 Namen von »linken Verbrechern« und Mitgliedern des »Rotfront- und Anarchomobs« waren darin mit Adresse und Telefonnummer veröffentlicht worden. Das Spektrum reichte von Autonomen bis zu SPD-Landtagsabgeordneten. »Laßt uns alle gemeinsam die kriminellen Gegner entlarven und sie mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln bestrafen«, schrieben die Herausgeber im Vorwort. Die Folge waren Morddrohungen gegen im »Einblick« aufgeführte Personen. Die Presse schrieb von »Todeslisten«. Die Bundesanwaltschaft (BAW) ermittelte.

Zunächst wurden Michael Petri und Sacha Chaves-Ramos festgenommen. Petri war Landesvorsitzender der inzwischen verbotenen Deutschen Alternative (DA) und ist heute Bundesvorsitzender der DA-Nachfolgeorganisation Deutsche Nationalisten. Er hatte zusammen mit Chaves-Ramos (ebenfalls Ex-DA-Mitglied) in Mainz das Nationale Infotelefon (NIT) betrieben, über das aufgefordert worden war, Adressen für den »Einblick« zu sammeln. Wenige Stunden nach ihrer Festnahme wurden die beiden wieder entlassen. Dann passierte erst mal gar nichts mehr.

Erst als das alternative Bildungswerk Anna Seghers Stephan Cumic als »Einblick«-Herausgeber outete – eine einfache Ermittlungsarbeit, die auch das BKA hätte leisten können – , kam wieder Bewegung in die Sache. Cumic wurde verhaftet und packte aus. Die BAW ermittelte aufgrund seiner Aussagen gegen acht Neonazis wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Neben Petri, Chaves-Ramos und Cumic waren das Norman Wolfgang Kempken, Hans Eberhard Hefendehl, das Ehepaar Thomas und Karin Mayer und Kai Dalek. Gegen vier von ihnen wurden die Ermittlungen wieder eingestellt. Zwei weitere wurden von Tätern zu Beihelfern runtergestuft. Blieben zwei Täter, die formaljuristisch nicht ausreichten, um eine kriminelle Vereinigung zu bilden. Das Verfahren, jetzt auf Nötigung, Beleidigung und Aufforderung zu Straftaten reduziert, wurde an die Staatsanwaltschaft Darmstadt abgegeben und vor dem Jugendschöffengericht Groß-Gerau verhandelt.

Stephan Cumic (23 Jahre) hatte angegeben, die Idee zur Herausgabe des »Einblick« selbst gehabt zu haben. Er, einer der geistigen Köpfe der »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« (GdNF) und Ex-Betreiber des NIT-Wiesbaden mit Verbindungen zur Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene (HNG), zur DA, zur FAP und anderen faschistischen Organisationen im In- und Ausland, bekam ein Jahr auf Bewährung. Er hat sich von der Szene getrennt.

Kempken (26), Ex-Mitglied der Hooligan-Truppe »Presswerk«, Gefangenenbetreuer der HNG und Führer der »Taunusfront« mit Kontakten zur »Nationalistischen Front« und zur NDP, hat laut Cumic den »Einblick« auf seinem PC hergestellt, das Vorwort geschrieben, die Adressen aufgelistet und das Blatt layoutet. Er wurde zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt.

Hefendehl (64) hat, durch Vermittlung von Kempken, den »Einblick« in seinem Odal-Verlag gedruckt. Er ist Herausgeber der Neonazi-Zeitung »Der Scheinwerfer« und druckt unter anderem auch die HNG-Nachrichten. Er wurde wegen Beihilfe zu einer Geldstrafe von 3.600 Mark verurteilt.

Karin Mayer (18), Mitglied der Skinheadszene, hat geholfen, den »Einblick« in ihrer Wohnung zusammenzulegen und zu falzen. Sie kam mit einer Verwarnung und 100 Arbeitsstunden davon. Damit hatte man vier Einzeltäter verurteilt. Von der Anti-Antifa als Organisation war keine Rede – was allerdings nicht am Gericht, sondern an der Ermittlungsarbeit der BAW und der Darmstädter Staatsanwaltschaft lag.

Eingestellt worden waren die Verfahren gegen Petri und Chaves-Ramos. Beide hatten geholfen, linke Adressen für den »Einblick« zu sammeln. Eingestellt worden war auch das Verfahren gegen Thomas Mayer, einen Skin mit Verbindungen zur HNG. In seiner Wohnung war der »Einblick« versandfertig gemacht worden.

Eingestellt worden war ebenfalls das Verfahren gegen Kai Dalek. Dalek ist der Manager und Koordinator der GdNF und hat das Layout für den von Cumic herausgegebenen »Einblick«-Vorläufer »Nationale Aktion« gemacht. Es gibt eine gerichtsbekannte Korrespondenz zwischen Cumic und Dalek, in der Dalek Layout- und Finanzierungsvorschläge für den »Einblick« gemacht hat. Trotzdem: »Kein hinreichender Tatverdacht«, obwohl bereits Anfang 1993 die Ex-GdNF-Aktivistin Silke Wunderlich beim BKA ausgesagt hatte, daß sie im Auftrag von Dalek Daten – z.B. von »Taz«-Journalisten – gesammelt hat.

Gar nicht erst ermittelt wurde gegen Christian Worch, den Führer der GdNF, der die Anti-Antifa-Kampagne in der Zeitschrift »Index« eröffnet und mit Cumic lange darüber diskutiert hatte, mit wem und wie eine Zeitung wie der »Einblick« gemacht werden müsse. Nämlich »streng konspirativ« (Cumic), über eine von der NSDAP/AO vermittelte

Postanschrift in Dänemark, an die die Szene die ermittelten Adressen der Linken schicken sollte – wie es dann auch gemacht wurde.

Nicht ermittelt wurde gegen Heinrich Berger, von dem Cumic sagt, daß er die Grafiken im »Einblick« gezeichnet habe. Bilder, auf denen saubere deutsche Muskelmänner mit bombenwerfenden Kommunisten und messerstechenden Negern aufräumen.

Ebenfalls nicht ermittelt wurde gegen Andreas Gängel, der laut Cumic den frisch gedruckten »Einblick« zusammen mit Kempken aus Hefendehls bayrischer Druckerei ins Rhein-Main-Gebiet gefahren hat und dessen »Endsieg-Verlag« bereits im »Einblick«-Vorgänger »Nationale Aktion« als Kontaktadresse angegeben war. Das BKA hatte Gängel im Rahmen der Ermittlungen eine Zeugenvorladung geschickt. Gängel hatte zurückgeschrieben, er komme nicht, man möge sich an seinen Anwalt wenden. Das tat niemand mehr. Ermittlungen gegen ihn fanden keine statt.

Verglichen mit Strafverfahren gegen Linke, wo es zur Bildung einer kriminellen Vereinigung oft schon ausgereicht hat, mit einem Beschuldigten zusammen gewohnt, für ihn einen Wecker gekauft oder mit ihm im gleichen politischen Diskussionszusammenhang gearbeitet zu haben, ist diese Ermittlungsarbeit nicht mehr nachvollziehbar. Hier purzeln den Ermittlern die Namen von führenden Leuten der Neonazi-Szene reihenweise auf den Schreibtisch, aber der Staatsschutz kann weder politische noch organisatorische Zusammenhänge entdecken. Das prinzipielle Desinteresse der Staatsschützer an der Aufarbeitung rechter Strukturen wird noch deutlicher, wenn man sich die Spurenauswertung ansieht.

Bei Petri wurden 56 Computer-Disketten beschlagnahmt. Sie wurden ohne Inhaltsüberprüfung zurückgegeben. Bei Hefendehl wurden 136 Disketten beschlagnahmt. Sie wurden ohne Inhaltsüberprüfung zurückgegeben. Auf der Festplatte von Daleks PC waren alle Mailboxen, die in das Thule-Netzwerk integriert sind (über das Neonazis beispielsweise Adressen von Linken abrufen können), gespeichert. Weil es dem BKA zu mühselig war, die Verschlüsselung zu knacken, wurde sie größtenteils unausgewertet zurückgegeben. Angeblich »nicht verfahrensrelevant« – obwohl im Rahmen eines anderen Neonazi-Verfahrens Teile der »Einblick«-Adressen in einer Thule-Mailbox gefunden worden waren. Vergleiche mit Daleks Mailboxen unterblieben. Bis heute sind die »Einblick«-Adressendateien nicht gefunden worden. Dafür sind bereits »Einblick«-Nachfolger auf dem Markt.

Es gibt mehr Unterlassungen im Rahmen der Ermittlungsarbeit, als hier aufgezählt werden können. Nachdem die BAW die Anklage bereits durch Einstellung des Organisationsdelikts auf Kleinigkeiten reduziert und nach Darmstadt abgegeben hatte, erledigte der dortige Staatsanwalt Dr. Köbler den Rest. Im Mai 1994 ließ er sämtliche beim BKA noch in Arbeit befindlichen Untersuchungen stoppen, schickte die restlichen ihm noch vorliegenden Disketten unausgewertet zurück und erklärte, nachdem er auf diese Weise auch die letzten Spuren verwischt hatte, in seinem Prozeßplädoyer: »Wer jetzt noch eine kriminelle Vereinigung sieht, hat entweder keine Ahnung von Strafrecht, oder betreibt eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit. Eine rechtsextreme Verschwörung ist schlicht nicht beweisbar.« Die Verteidiger der Angeklagten dankten ihm für »die gute Arbeit«.

**Peter Hetzler schrieb in KONKRET 2/95 über den Prozeß gegen Birgit Hogefeld**

Konkret 03/95, S. 19

**Jochen Hippler**

# Building an Enemy

**Jahrzehntelang haben die Westmächte den islamischen Fundamentalismus gegen Kommunismus und linken arabischen Nationalismus stark gemacht. Nach der Niederlage des Realsozialismus entdecken sie nun in ihren ehemaligen Verbündeten den neuen Hauptfeind**

Der islamistische Terror ist so ekelhaft wie säkularer Terror, so abscheulich wie der Terror der Neonazis oder der des Stalinismus. Er ist nicht harmloser als die Verbrechen in Bosnien, die der russischen Truppen im Kaukasus, der französischen im Algerien- und der US-amerikanischen im Vietnamkrieg. So wenig wie ökonomische Habgier oder imperiale Ausdehnungsgelüste, so wenig wie ethnische oder nationalistische Ideologien Folter und Massaker rechtfertigen, so wenig können dies religiöse Begründungen.

Der islamistische Terror muß vor allem als Terrorismus und weniger als religiöse Betätigung verstanden werden. Wer den islamischen Fanatismus primär als religiösen begreift, hat seinen säkularen Standpunkt schon aufgegeben und ist auf die Rechtfertigungen der Islamisten hereingefallen. Zur Analyse politisch motivierter Gewalt taugt eine theologische Fragestellung nur selten. So wie für die Untersuchung neonazistischer Gewalt eine nähere Kenntnis frühgermanischer Mythologie nebensächlich ist, so lassen sich die zeitgenössischen Verbrechen mancher islamistischer Gruppen nicht durch Rekurs auf das Leben Mohammeds oder durch Hinweis auf den Koran erklären. Eine derart »religiöse« Deutung tendiert dazu, aktuelle Konflikte aus ihrem Entstehungskontext zu lösen, zu enthistorisieren, um sie in die ideologischen und politischen Realitäten der islamischen Frühzeit zunächst hinein- und anschließend wieder herauszuinterpretieren. Die Tatsache, daß den Islamisten oft gerade daran gelegen ist, macht dieses Verfahren nicht besser. Wer sich darauf einläßt, kann den politischen Islamismus weder verstehen noch wirksam bekämpfen.

Tatsächlich ist der »islamische Fundamentalismus« kein »mittelalterliches« Phänomen, sondern ein modernes. Er ist nicht nur eine Reaktion auf die Moderne, sondern selbst modern. Genau das macht seine Gefährlichkeit aus. Als Relikt einer vergangenen Epoche wäre er bloß ein historisches Kuriosum ohne soziale Basis und politische Sprengkraft.

Der palästinensische Wissenschaftler Azmi Bishara hat darauf hingewiesen, daß die Begriffe »Fundamentalisten« und »Fundamentalismus« nur unscharfe Sammelbezeichnungen für sehr verschiedene soziale Erscheinungen sind. Im allgemeinen westlichen Sprachgebrauch werden irreführenderweise zumindest die folgenden sozialen und politischen Phänomene damit zusammengefaßt: –

die traditionelle Theologie und ihre Gelehrten; diese sind allerdings eher konservativ und als Gruppe kaum jemals »fundamentalistisch«, selbst wenn sie aus politischen Gründen gelegentlich eine radikale Rhetorik verwenden. In der Regel arrangieren sie sich mit der jeweiligen Regierung. –

die »Volksreligion« oder Alltagsreligiosität, die nicht unbedingt viel mit der offiziellen Theologie zu tun haben muß. Lokale Bräuche und Traditionen sind hierbei besonders wichtig, werden aber oft als »islamisch« ausgegeben und so legitimiert. –

die politische Religiosität der Islamisten. Diese befindet sich in der Regel im Konflikt mit den traditionellen Theologen und mit der Alltagsreligiosität. Sie bindet die eigentlichen »Fundamentalisten«, die zwar von einer Rückbeziehung auf die islamische Frühzeit sprechen, sich diese aber selbst so erfinden, wie sie sie haben möchten.

Die beiden erstgenannten Gruppen werden hierzulande unter »Fundamentalismus« lediglich subsumiert, weil sie dem westlichen Betrachter ebenfalls fremd und seltsam vorkommen, nicht etwa, weil sie mit jenem besonders viel zu tun hätten. Alle drei Tendenzen widersprechen einander und bekämpfen oder ignorieren sich in der Regel. Die traditionellen Theologen und die islamistischen politischen Bewegungen sind der Alltagsreligiosität gegenüber skeptisch, da diese unsystematisch und theologisch unreflektiert ist und nicht selten Lokalkolorit mit den Grundsätzen des Korans verwechselt. Die beiden ideologischen Lager sind direkte Gegner, die sich um die »Verbesserung« und Kooptierung der Volksreligiosität streiten und sich vor allem durch gegensätzliche politische Auffassungen unterscheiden.

Wie ihre islamistischen Konkurrenten bilden auch die traditionellen Theologen keine homogene Gruppe. Sie als insgesamt konservativ zu bezeichnen bedeutet nicht, daß sich unter ihnen nicht auch modern-liberale Strömungen finden ließen. Sie laufen der Modernisierung (und Verwestlichung) ihrer Länder nur widerwillig hinterher, kommen also als Träger einer gesellschaftlichen Modernisierung nicht in Frage, stellen andererseits für sie aber auch nur selten ein ernsthaftes Hindernis dar. Wann immer möglich, binden sie sich an die politischen und ökonomischen Machteliten, und trotz ihrer skeptischen Grundhaltung unterstützen sie deren Politiken auch dann, wenn sie auf »Verwestlichung« und Modernisierung zielen. Typischerweise stellt diese soziale Klasse *fatwas* (islamische Rechtsgutachten) für ihre Regierungen bereit, wenn diese sich ideologisch gegen mögliche Kritik religiöser Eiferer absichern wollen. »Fundamentalismus« kann man dies kaum nennen.

Die Islamisten sind der Gegenspieler der traditionellen Theologen und – im Gegensatz zu dem, was auch hierzulande über sie verbreitet wird – meist gerade nicht die Vertreter der marginalisierten Bevölkerung in den städtischen Slums oder auf dem Land, sondern die der deklassierten Mittelschichten. Genauer gesagt handelt es sich bei den islamistischen Kadern häufig um Söhne ländlicher Familien, die in den Städten (oder sogar im westlichen Ausland) Universitäten absolviert haben – und dann mit ihrer »modernen« Bildung aufgrund der sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Bedingungen ihres Heimatlandes kaum etwas anfangen können. Oft handelt es sich um Leute, die zur Integration in die westliche Variante der »Moderne« bereit waren, aber von dieser (kulturell, über den Arbeitsmarkt oder auf andere Weise) zurückgewiesen wurden. Der Anteil von Ärzten, Rechtsanwälten, Ingenieuren, Lehrern in der ersten Generation der islamistischen Kader ist beträchtlich. Ihre Radikalisierung ist keineswegs durch prinzipielle Ablehnung einer westlich geprägten Moderne motiviert worden, sondern durch die Frustration über deren Scheitern in der eigenen Gesellschaft. Nicht die Modernität als solche wird von ihnen bekämpft, sondern ihre Monopolisierung durch den Westen und ihr Fehlschlag im eigenen Land. In vielen Fällen erweist sich der Islamismus als ausgesprochen technik- und wissenschaftsfixiert und wütend gerade darüber, daß ihm diese Instrumente des Fortschritts durch die imperiale Politik des Westens vorenthalten werden. Da also, so schlußfolgern die Islamisten, der Liberalismus weder Fortschritt noch Entwicklung gebracht habe, der arabische Nationalismus mitsamt dem arabischen Sozialismus eben an diesem Defizit gescheitert sei, gelte es nun, sich auf die eigenen »Wurzeln« rückzubesinnen und durch eigene Anstrengung zu erreichen, was durch ideologische Importe nicht zu schaffen war. »Der Islam« gewinnt seine ideologische Attraktivität vor allem durch das offensichtliche Scheitern seiner säkularen Alternativen.

Die Basis des islamischen Fundamentalismus ist politisch und nicht »religiös«. Ohne das Scheitern westlicher Entwicklungskonzepte und ehemaliger osteuropäisch-staatssozialistischer Vorstellungen gäbe es ihn nur als historische und politische Marginalie. In der Regel sind die Gesellschaften des Nahen und Mittleren Ostens durch das Zusammentreffen dreier grundlegender Faktoren geprägt: durch das Scheitern der wirtschaftlichen Entwicklung mit entsprechenden sozialen Folgen (z.B. einer Jugendarbeitslosigkeit von bis zu 50 Prozent); durch einen zugleich diktatorischen und bürokratisch-inkompetenten Staatsapparat, der für die wirtschaftliche Misere (mit)verantwortlich gemacht wird; durch die Existenz imperialer, äußerer Mächte, die nur an den Ressourcen der Region interessiert zu sein scheinen und die lokalen Diktaturen stützen. Der Westen (oder im Afghanistan der 80er Jahre die Sowjetunion) wird mit den lokalen Diktaturen und der Wirtschaftskatastrophe identifiziert und letztlich für beides verantwortlich gemacht.

Das ist nicht selten übertrieben, weil dabei die Bedeutung sowohl örtlicher als auch globaler Faktoren unterschätzt und auf Verschwörungstheorien zurückgegriffen wird, dennoch ist diese Position nicht völlig falsch. Sie führt zur »antiwestlichen« (in früheren Jahren auch antisowjetischen) Tendenz islamistischer Bewegungen, deren Anliegen also alles andere als religiös oder theologisch ist, gleichwohl aber nach einer Ideologie verlangt, die ihre antiimperiale Ausrichtung reflektiert. Vor ihrem Scheitern konnten der arabische Nationalismus oder lokale Spielformen des Marxismus-Leninismus als antiwestlich durchgehen. Mittlerweile hat sich jedoch gezeigt, daß der arabische Nationalismus an der Macht zu ebenden repressivinkompetenten Staatsapparaten geführt hat, die heute das Problem sind, wobei er sich oft als prowestlich (seltener als prosowjetisch) entpuppte. Mit dem Ende des Kalten Krieges ist nun der Vorrat an glaubwürdigen ideologischen Alternativen zum längst nicht mehr attraktiven Westen ausgegangen. Was bleibt, ist ein romantisierender Rückgriff auf die eigene Kultur, Geschichte und Tradition, auf den »Islam«.

Dieser Islam aber will weder zurück ins Mittelalter noch in die Zeit des Propheten, das 7. Jahrhundert. Derartige Bestrebungen würden die Überlegenheit des verhaßten Westens nur zementieren. Der Islam der Islamisten ist im Gegensatz zu dem der konservativen Theologen und der Alltagsreligiosität eine *Utopie*, allerdings eine rückwärtsgewandte. Durch »kreative«, an Fakten nicht sonderlich interessierte Geschichtsinterpretation und Theologie versuchen viele Islamisten, ihre Vorstellungen zukünftiger gesellschaftlicher Modernisierung durch historische Ableitungen zu legitimieren. Natürlich können diese Bemühungen die Widersprüchlichkeit und Heterogenität der islamistischen Strömungen nicht verdecken. Einzelne positive Versatzstücke, etwa ein tendenzieller Antinationalismus und Antitribalismus oder ein starker antidiktatorischer Impuls verbinden sich mit Ideologieelementen, die durchaus an den europäischen Faschismus erinnern, zumindest strikt antidemokratisch sein können.

Die Beziehung vieler Islamisten zum Westen ist die einer Art Haßliebe. Unerreichtes Vorbild für technischen Fortschritt und gesellschaftlichen Reichtum, ist er zugleich der Hauptfeind, der dem eigenen Kulturkreis diese historischen Errungenschaften verweigert. Der Westen aber hat den islamischen Fundamentalismus in der Vergangenheit keineswegs prinzipiell abgelehnt. Trotz der gegenwärtigen Tendenz, ihn als neuen Hauptfeind zu begreifen (»Islamisten auf dem Weg nach Europa – Zittern vor Allahs Kriegern«, titelte der »Focus« Anfang Februar), hat es Fälle enger Zusammenarbeit gegeben. Drei Beispiele:

1. In den siebziger und achtziger Jahren förderte die israelische Regierung in den besetzten Gebieten die Moslembruderschaft (und deren Ableger *Hamas*, vgl. dazu »The Middle East« 2/93). Die US-Zeitschrift »Newsweek« – antiwestlicher oder antiisraelischer Tendenzen vollkommen unverdächtig – erklärt das unter der Überschrift »Building an Enemy« so: »Jahrelang schienen die arabischen Fundamentalisten zuverlässige Bauern in Stellvertreterkonflikten mit

hohem Einsatz zu sein. Sie widersetzten sich massiv den wichtigsten Feinden des Westens, dem Kommunismus und seinen regionalen Verbündeten, dem linken arabischen Nationalismus. Da sie der PLO feindlich gegenüberstanden, schienen sie für die israelische ›Teile und Herrsche‹-Strategie genau zu passen. Und sie waren ideologisch mit dem wichtigen Verbündeten und Öllieferanten des Westens, Saudi Arabien, auf einer Wellenlänge. ... In den siebziger Jahren begann Israel, die Moslembruderschaft als Gegengewicht zur PLO aufzubauen – und setzte das sogar noch fort, als israelische Truppen im Libanon mit schiitischen Radikalen zu kämpfen begannen« (»Newsweek«, 15.2.93).

2. Während der gesamten achtziger Jahre und obwohl der Konflikt mit dem schiitischen Iran trotz dessen antisowjetischer Ausrichtung bereits scharfe Formen angenommen hatte, unterstützte der Westen massiv und systematisch islamistische Gruppen gegen die Sowjetunion: in Afghanistan. Die Unterstützung der Mudschahedin mit Waffen und Material wurde zur größten und vielleicht erfolgreichsten Operation des US-Auslandsgeheimdienstes, der CIA – zumindest sah sie selbst das so. Die »Freiheitskämpfer« erhielten Waffen und logistische Unterstützung im Wert von schätzungsweise 3,5 Milliarden Dollar von der CIA, und zwar ohne Rücksicht auf ihre politischenVorstellungen. Auf diese Weise erhielt ausgerechnet die radikalste islamistische Gruppe – die Partei des Gulbuddin Hekmatyar – über Jahre zwei Drittel der amerikanischen Hilfe. Dabei schien es die USA nicht zu stören, daß Hekmatyars Banden sich nicht nur antisowjetisch, sondern auch antiamerikanisch gerierten, daß sie für zahlreiche Massaker und Folterungen verantwortlich waren und nebenbei in großem Stil Heroinhandel betrieben. Wenn es je einen Fundamentalistenführer aus dem Horror-Bilderbuch westlicher Ängste gegeben hat – dann ist dies schon damals Hekmatyar gewesen. Trotzdem gab es keinerlei Berührungsängste, sondern jede Menge Waffen und Geld aus Washington: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Schließlich war Hekmatyars Killertruppe von allen afghanischen Mudschahedingruppen am besten organisiert und militärisch am schlagkräftigsten – der geborene Partner also für den antisowjetischen Feldzug. Erst nachdem sich die UdSSR aus Afghanistan zurückgezogen hatte, ja, eigentlich erst während der engen Kooperation zwischen USA und Sowjetunion im Vorfeld des zweiten Golfkrieges rückten die USA von Hekmatyar ab. Es war sicher kein Zufall, daß dies zu einer Zeit geschah, als der Fundamentalistenführer im Golfkonflikt offen Partei für Saddam Hussein bezogen hatte. Erst jetzt beliebte man seine lange bekannten Verbrechen zur Kenntnis zu nehmen, die Unterstützung zu reduzieren und schließlich einzustellen.

3. Auch Saudi Arabien ist ein Beispiel für den flexiblen Umgang des Westens mit islamistischen Regimen. Das Herrschaftssystem dieses Landes ist – stärker noch als das des Iran – von religiöser Intoleranz geprägt. Im Iran haben Christen und Juden eigene Sitze im Parlament – in Saudi Arabien ist es nicht einmal erlaubt, eine Kirche zu bauen. Wenn es so etwas wie einen verknöcherten Fundamentalistenstaat gibt, dann ist das Saudi Arabien. Die Elite des Landes befleißigt sich Praktiken, die unter anderen Umständen vom Westen sehr übelgenommen werden: Ihre religiösen Führer haben schon in den siebziger Jahren einen ausländischen Dissidenten zum Tode verurteilt. Allerdings handelte es sich bei ihm nicht um einen Mann mit westlichem Paß, wie etwa Salman Rushdie, sondern um eine im Westen eher unbeliebte Persönlichkeit: um Muammar El Gaddafi. Dennoch bleibt die westliche Toleranz gegenüber der saudischen Führung bemerkenswert, bemüht die sich doch traditionell um den Export ihres Fundamentalismusmodells und hat beispielsweise die radikalen Islamisten im Sudan finanziell gepäppelt. Selbst antisemitische Tendenzen saudischer Politik wurden und werden in Washington, London oder Bonn nicht weiter übelgenommen: Das Land steht schließlich fest im westlichen Lager. Religiöse Flausen sind da nur Privatsache seiner Herrscher. So konnte es kaum überraschen, daß der säkulare Westen das fundamentalistische Saudi Arabien militärisch gegen den säkularen Irak verteidigte. Es geht am Golf eben nicht so sehr um Religion, sondern um Macht und strategische Interessen. Und prowestliche Fundamentalisten kommen da nun mal sehr viel gelegener als ein nationalistisches und durch den Westen nicht kontrollierbares Technokratenregime. Auch »Newsweek« ist dieser Punkt nicht entgangen: »Die USA, Großbritannien, Frankreich, Saudi Arabien, Kuwait – und selbst Israel – haben alle eine lange Geschichte komplexer Verbindungen mit islamischen Gruppen, die sie jetzt als ›terroristisch‹ verurteilen. ... Die westlichen Nationen hatten nichts gegen den Extremismus, solange er in die richtige Richtung kanalisiert werden konnte.«

Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus veränderte sich die Wahrnehmung des Islam bzw. des Islamismus. Sie wird nun nicht länger mehr dadurch gemildert, daß es einen noch schlimmeren ideologischen Gegner gibt. Weder Kommunismus noch arabischer Nationalismus stellen heute eine ernsthafte Bedrohung westlicher Interessen dar. Damit geraten Islam und Islamismus stärker in die Schußlinie, werden oft sogar an die Stelle des alten Feindbildes gesetzt. Ein deutscher Oberstleutnant formulierte das in einem Gespräch mit dem Verfasser eher beiläufig so: »Der Islam ist der neue Kommunismus.« Und das »New York Times Magazine« vom 31.5.92 stellte zutreffend fest: »Der Westen tendiert dazu, die wachsende politische Beliebtheit des Islams als gefährlich, monolithisch und neu zu betrachten. ... Der Aufstieg des militanten Islam hat eine heftige Debatte darüber ausgelöst, ob und was der Westen dagegen unternehmen sollte. Einige amerikanische Beamte und Kommentatoren haben den militanten Islam schon dazu ausersehen, zum neuen Feind des Westens zu werden, der genauso ›eingedämmt‹ werden muß wie der Kommunismus während des Kalten Krieges.«

Nicht nur auf der Straße, im Wiederaufleben von Nationalismus und rassistischer Politik, haben somit neue Freund-Feind-Zurechnungen Hochkonjunktur und treffen neue Identitätsdefinitionen auf große Nachfrage, sondern auch im politischen und politikwissenschaftlichen Diskurs. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington beispielsweise

hat seinen auch hierzulande viel beredeten Aufsatz über den »Kampf der Zivilisationen« genau in diese Marktlücke hineingeschrieben. Er preist die »westlichen Ideen« als Substanz westlicher Politik: »Individualismus, Liberalismus, Verfassungsmäßigkeit, Menschenrechte, Gleichheit, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, der Freie Markt, die Trennung von Kirche und Staat« (»Foreign Affairs«, Sommer 1993). Weil dieses Begriffssammelsurium Gegenkonzepte zur »islamischen Zivilisation« enthalten soll, spricht Huntington damit dem islamischen Kulturkreis generell eine Orientierung an Demokratie, Freiheit usw. ab. An dieser Stelle trifft er sich zwar keineswegs mit der Mehrheit der Muslime, immerhin aber mit den Scholl-Latours und Konzelmännern der westlichen Welt – und mit den Fundamentalisten. Auch die nämlich halten Demokratie bloß für ein westliches und ihnen daher feindliches Exportprodukt.

Huntingtons Bild vom Islam ist wenig originell. Es folgt den Klischees der Populärliteratur und Boulevardpresse und nimmt »den Fundamentalismus« für »den« Islam. Aber er versteht es meisterlich, die dadurch aufgewärmten Ängste pseudowissenschaftlich zu verbrämen und ideologisch zu überhöhen. Immerhin hat er die alten Stereotypen in der außenpolitischen Debatte wieder hoffähig gemacht und dem westlichen Weltherrschaftsanspruch argumentativ wirkungsvoll unter die Arme gegriffen: Weil der Islam gefährlich und unversöhnlich ist, darf der Westen nach dem Ende des Kalten Krieges nicht über Gebühr abrüsten. Er muß sich gegen die Bedrohung wappnen. Das ist der Kern der Thesen Huntingtons, alles andere, auch die Gesetze der aristotelischen Logik, wird dem konsequent untergeordnet. Das Besondere ist aber, daß er zwecks Begründung seiner Bedrohungsangst sich nicht an einer Analyse der Interessen politischer Kräfte im Mittleren Osten versucht, sondern sich mit der Proklamation »zivilisatorischer« Standards begnügt. Nicht mehr Interessenunterschiede führen zu Konflikten, sondern die bloße Tatsache der Andersartigkeit von Kulturen beinhaltet nun die Kriegsgefahr. Man könnte Huntingtons Argumentation auch »kulturrassistisch« nennen.

Wo Werte und Denkweisen als unvereinbar beschrieben werden, erscheint eine Verständigung nicht vorstellbar. Nur militärische Lösungen versprechen Erfolg. Damit ist Huntington ein klassischer Vertreter des westlichen »Fundamentalismus«, distanzlos und apologetisch der eigenen Gesellschaft gegenüber und in ängstlich-aggressiver Abwehrhaltung gegenüber der fremden. Die Fundamentalisten des Abend- und des Morgenlandes mögen sich zugleich hassen und bewundern. Vielleicht ahnen sie, wie sehr sie einander brauchen.

**Jochen Hippler hat zusammen mit Andrea Lueg das Buch »Feindbild Islam«herausgegeben (Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1994)**

Konkret 03/95, S. 22

**Claudia Basrawi**

# Gustave unter Schleiern

**Die westliche Kritik am islamischen Fundamentalismus, die sich besonders gerne über die Unterdrückung der arabischen Frau echauffiert, ist nicht frei von Denkmustern, die in der Tradition des Kolonialvoyeurismus stehen**

Als Gustave Flaubert einmal mit seinem Grundsatz brach, daß »Gehen schädlich« sei, zog es ihn nicht in seinen nahegelegenen Garten, sondern weit weg zu den Ländern der aufgehenden Sonne. 1848 verließ er seine »passive Gegenwelt des visionären Erlebens« gemeinsam mit seinem Körper und seinem Freund Maxime Du Camp. Nachdem Flauberts Mutter sich einer Verwirklichung der Reisepläne ihres Sohnes nicht mehr widersetzte, brach man endlich auf zu den Weiten der Wüste und den Ufern biblischer Flüsse. In Ägypten schließlich trat Gustaves Faible für Prostituierte und nackte Tänzerinnen deutlich zutage. Dies bezeugen die Reisenotizen des jungen Dichters.

Eine der wenigen Tänzerinnen, deren Name in den Notizen Erwähnung fand, war Ruchiouk-Hanem. Die bekannte ägyptische Kurtisane soll einigen Frauengestalten Flauberts, darunter auch der Priesterin Salambo, ihre Züge verliehen haben. Die Faszination, mit der er das Erscheinen Ruchiouks wiedergab, findet eine Erklärung, wenn man bedenkt, daß Prostitution die Kehrseite der Flaubert verhaßten bürgerlichen Prüderie bedeutete und zugleich als Ersatzbefriedigung in die Doppelmoral des Bürgertums eingebunden war.

Ausgelöst durch den Ägypten-Feldzug Napoleons (1798) kam es in Europa zu einer orientalischen Renaissance. Für das europäische Bürgertum, französische und englische Dichter und Schriftsteller des 19. Jahrhunderts wurde die Orientreise zu einer klassischen Bildungsreise. William Kinglake, Francois-René de Chateaubriand, Gerard de Nerval, William Makepeace Thackeray und andere waren auf der Suche nach der eigenen Identität oder nach schöpferischer Verwirklichung, oft auch aus erotischer Neugier in den Orient gereist. Der Orient selbst und die Menschen, die dort lebten, waren weniger wichtig. Er war und ist für Europa der Ort der Wahrnehmung und Projektion des »Anderen«, ob in religiöser oder sozio-kultureller Hinsicht. Viele der Bilder und Vorstellungen, die dabei entstanden, hatten die orientalische Frau zum Inhalt, sie verbanden diese mit dem Orient selbst, als dessen essentielles, charakteristisches Merkmal. Die Frau war und ist Symbol für das Geheimnisvolle, Mystische, Verschleierte des imaginären Orients. Ebenso verkörpert sie das Gegenbild, das Andere und Fremde des christlichen Europa im Bezug auf die islamischen Länder. Im 19. Jahrhundert ging es um ungleiche Machtbeziehungen zwischen Kolonisierenden und Kolonisierten, zwischen Schöpfern orientalischer Phantasien und ihren Objekten. Die Häufigkeit der Darstellung der orientalischen Frau und der Kontext, in dem sie stand, geben Aufschluß über das europäische Orientbild und damit über Europa selbst.

Anfang des 18. Jahrhunderts assoziierte man Weiblichkeit noch mit Fleisch, Lust, Impuls und Leidenschaft. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts wurde Sexualität erstmals bewußt als Problem betrachtet. Man ging von der Annahme aus, daß die viktorianische Ehefrau keine sexuellen Wünsche hätte. Sexuelle Begierde galt als unmoralisch. Prostituierte, Frauen der Unterschicht und »exotische« Frauen allgemein hielt man hingegen für »sexuell extrem begehrlich«. In allen Bereichen wurden die Unterschiede der verschiedenen Klassen, Geschlechter, Völker hervorgehoben. In den internationalen Beziehungen kam es zu einer immer größer werdenden wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Vormachtstellung Europas. Dadurch nahmen die Kontakte mit außereuropäischen Völkern zu und forderten dem männlichen Europäer, damit er seine Stellung in der Welt behaupten konnte, ein starkes Überlegenheitsgefühl und Selbstbewußtsein ab. Die Differenzierung zwischen dem »Fremden« und dem »Eigenen«, die ständigen Vergleiche zwischen kulturellen und sozialen Charakteristika waren der Versuch, sich dieser Überlegenheit zu versichern. Humanwissenschaften wie vergleichende Anatomie und Ethnologie halfen, die Trennung zwischen dem »Eigenen« und dem »Fremden« wissenschaftlich zu stützen.

Auch Geschlechtsunterschiede wurden auf wissenschaftlicher Ebene diskutiert. Man berief sich auf die moderne Medizin, um weibliche Eigenarten biologisch zu erklären. Ein Raster von Diskursen wurde entworfen und die weibliche Veranlagung zum Gegenstand der Wissenschaft gemacht und mit Untersuchungen der Gehirnkapazität und der Anatomie untermauert. Dieses Schema ließ sich auch auf Begriffe wie »wild« und »zivilisiert« sowie »Orient« und »Okzident« über tragen. Es verdeutlicht die Divergenz der Sphären und beinhaltet die wechselseitige Abhängigkeit der gegensätzlichen Paare, was allerdings nicht über die ungleichen Machtbeziehungen der verschiedenen »Rassen«, Geschlechter und Klassen hinwegtäuschen kann.

Die »sexuell neutralisierte« Ehefrau des bürgerlichen 19. Jahrhunderts rief im europäischen Mann ein Wunschbild hervor, das drei widersprüchliche Frauenrollen miteinander vereinte: die Frau sollte Hure, Amazone und Mutter zugleich sein. Im alltäglichen Leben mußte diese Rollenverteilung, zumindest äußerlich, gewahrt werden, um die Ordnung der damaligen Gesellschaft nicht zu gefährden. Die prüden Viktorianer verschoben die Sexualität auf eine künstlerische und wissenschaftliche Ebene. Auch hierfür stand der Orient. Orientalische Motive lieferten einen Vorwand, Nacktheit darzustellen. So konnte Auguste Dominique Ingres' Gemälde »Le bain turc«, auf dem sich 26 splitternackte Odalisken im

Bade tummeln, nur toleriert werden, weil es »Nacktheit« in einem orientalischen Kontext zeigte. Das erklärt den Erfolg des Bildes, bedenkt man, daß Baden zur damaligen Zeit keine alltägliche Reinigungsaktion war, sondern ein Vorgang, dem Ärzte und Moralisten große Bedeutung beimaßen. Noch 1833 hatte eine gewisse Madame Celnart in ihrem in Paris erschienenen Ratgeber für junge »Frauenzimmer« ihren Leserinnen empfohlen, beim Abtrocknen der Geschlechtsorgane die Augen zu schließen.

Die pornographische Literatur, die in jener Zeit eine Blüte erlebte, bot ein weiteres Feld, sich auf ganz andere Weise mit Themen auseinanderzusetzen, als es in der sterilen Sprache der Wissenschaft erlaubt war. Warnten die Mediziner des Maschinenzeitalters vor den schädlichen Folgen einer nutzlosen Verschwendung von Spermien, so lieferte die Pornographie sexuelle Exzesse aus der mysteriösen Welt des Harems. Ein Beispiel für dieses Genre ist »The Lustful Turk«, ein Briefroman, der 1828 unter diesem Titel in England erschien. Erzählt wird die Geschichte zweier Engländerinnen, die auf einer Seereise nach Indien von »Mohrenpiraten« gefangengenommen und dem Bey von Algier als Geschenk übergeben werden. In den verschwenderisch ausgestatteten Räumen seines Harems lernen die Europäerinnen die »übersteigerte« orientalische Sexualität kennen, die, den bekannten Stereotypen folgend, aus Willkür, Gewalt und unkontrollierter Leidenschaft besteht. Die Engländerinnen, die von dem »wilden« Bey aufs unsensibelste defloriert werden, reagieren zunächst mit Bestürzung. Doch schließlich wird auch in ihnen die »animalische«, »übermächtige« Natur geweckt.

In der Vorstellung des europäischen Mannes schien der Orient eine Traumwelt des Überflusses, der Sinnesgenüsse und der unbeschränkten Verfügbarkeit der orientalischen Frau zu sein. Obwohl es zur damaligen Zeit in der europäischen wie auch in der orientalischen Gesellschaft männliche und weibliche Sphären gab, stand dort die Unsichtbarkeit der Frau, umgeben von Barrieren aus Schleier und häuslicher Abgeschiedenheit, in starkem Kontrast zu ihrer Enthüllung in anderer Hinsicht: dem Bild des Orients als einem Ort der sexuellen Freiheit und des Experiments. Hinter den Barrieren, meinte man, agiert der Mann in einem sexuellen Paradies, in dem vier Frauen und eine unbegrenzte Zahl von Konkubinen erlaubt sind. Die Wunschvorstellung des europäischen Mannes bestand darin, Zugang zu dieser Welt zu finden, die als Antithese zur christlichen Monogamie und der bürgerlichen Moral mit all ihren Tabus gesehen wurde.

Auch in Gustave Flauberts Werk spielte dieser Orient als Ort der sexuellen Erfahrungen und Phantasien eine große Rolle. In *Madame Bovary* waren die Tagträume des von seinem Leben enttäuschten Kleinbürgertums in einem imaginären Orient angesiedelt, der, ausgestattet mit den stereotypen Klischees (Harem, Schleier, Tänzerinnen und Sklaven), mit sexueller Ausschweifung assoziiert wurde.

Das Bild der orientalischen Frau in Europa war nicht ausschließlich das Produkt männlicher Phantasien und Erfahrungen. Ende des 19. Jahrhunderts besuchten viele europäische Frauen den Orient oder lebten dort als Gattinnen der wachsenden Zahl europäischer Beamter, Ärzte, Ingenieure und Geschäftsleute. Viele dieser Frauen übten einen philanthropischen Beruf aus, eine der wenigen Möglichkeiten, auf gesellschaftlich anerkannte Art Geld zu verdienen und eine gewisse Unabhängigkeit zu erlangen. Die weiblichen Reisenden, die sich auf organisierte Touren begaben, führte man oft auch in einen Harem. Verständlicherweise waren diese Besuche nur sehr kurz und konnten kaum den Alltag der orientalischen Frauen veranschaulichen. Die mit Hilfe eines Dolmetschers geführten Gespräche waren von gegenseitigem Mißverstehen geprägt. Die Sichtweise der Europäerinnen wich nur wenig von der der Männer ab. Genau wie die männlichen Reisenden benutzten sie in den meisten Fällen ihre eigene Kultur als Maßstab für die Beurteilung ihrer Erfahrungen und fühlten sich schließlich der fremden Kultur überlegen.

Seit den kriegerischen Auseinandersetzungen des Mittelalters haben die Europäer die Andersartigkeit des Orients immer wieder hervorgehoben. Dabei waren der orientalische Despot, irrationale Grausamkeit, übersteigerte Sexualität und die Unterdrückung der Frau die markantesten Bilder, die bis in die Gegenwart hinein in unterschiedlicher Gewichtung auftauchen. Die Europäer verurteilten Polygamie und Schleier, die sie als rückständig und frauenfeindlich ansahen, und dies, obwohl die westliche Gesellschaft zu jener Zeit von der Richtigkeit weiblicher Unterwürfigkeit und Minderwertigkeit überzeugt war.

Diese Auseinandersetzung mit der orientalischen Frau setzt sich bis in die Gegenwart fort. In der umfangreichen wissenschaftlichen Literatur zum Thema Islam gilt der kritische Blick erneut der Rolle der Frau, diesmal häufiger aus einer westlichen feministischen Sicht. Auch in den Medien wird die Situation der orientalischen Frau zum Maßstab für Politik, Religion und Kultur des Nahen Ostens. Nach dem Ende des sogenannten Ost-West-Konflikts teilt man die Welt erneut in zwei feindliche Lager. Wieder wird der Islam als Antithese zur neuen Ordnung wahrgenommen. Fanatismus, Fatalismus und Frauenfeindlichkeit werden als »typisch orientalisch« begriffen, so als hätte der Westen sich für immer von diesen Eigenschaften verabschiedet. Wieder wird europäische Gewalt zu Recht und orientalische zu irrationaler Herrschaft. Andererseits werden alte Mythen eines märchenhaft reichen, erotischen, exotischen Orients neu belebt. In Presse, Fernsehen und auf Bestsellerlisten finden sich immer wieder Berichte, die die orientalische Frau als passives, verschleiertes Wesen zeigen, das dem männlichen islamischen Fanatismus zum Opfer fällt.

Nicht nur die Damen des 19. Jahrhunderts mit Kleidern von den Ohren bis zum Erdboden, künstlich schwellendem Busen und üppigem Gesäß meinten über die orientalischen Geschlechtsgenossinnen mehr zu wissen als diese selbst. Westliche

Frauen betrachten auch heute noch Orientalinnen mehr als unmündige Kinder denn als gleichwertige Gesprächspartnerinnen. Dieses »Wissen« bedarf keiner Überprüfung, es wird ungeniert reproduziert und damit als »Wahrheit« sanktioniert.

Ein weiteres zentrales Merkmal der Vorstellungen über den Orient ist die Annahme, daß alle Aspekte des Lebens, wie Kultur, Politik, Wirtschaft und persönliche Beziehungen, mit ihrer Verankerung in der Religion des Islam erklärt werden können. Dieses Konzept findet sich in allen Bereichen. Es wird sogar häufig angenommen, daß die dominante Rolle der religiösen Vorschriften eine zeitlose oder zeitübergreifende soziale Reglementierung darstelle, die sich nicht an sozialen oder ökonomischen Veränderungen orientiere. Diese Annahme führt auch zu der Ansicht, daß die orientalische Welt eine Welt ohne Wandlung sei und seit dem Mittelalter in ihrem Status verharre, während Europa im Zuge der Industrialisierung und der damit einhergehenden Säkularisierung einem ständigen Wandel unterliege.

Erdmute Heller, Co-Autorin eines Buches mit dem vielsagenden Titel *Hinter den Schleiern des Islam* will in ihrem Artikel »teuflische Verführung« (»Emma«, Nov./Dez. 94) die Rolle der Sexualität bei der Unterwerfung der Frauen analysieren. Dabei hat sie vorgeblich die aktuelle Situation der orientalischen Frau im Auge. Aber ihre Argumente basieren auf den religiösen Vorschriften des Koran. Des weiteren führt sie Gewährsmänner wie as-Suyuti (gest. 1505) und al-Ghazali (gest.1111) an, versäumt jedoch der Leserinnenschaft mitzuteilen, wann diese Herren gelebt haben. Heller behauptet, daß die unzähligen Beschreibungen des Paradieses sowohl im Koran als auch in der arabischen Literatur als eine Stätte vollkommener Liebe und ewiger Lust etwas über die sexuellen Obsessionen einer Männergesellschaft aussagten, in der die Frau vor allem als Geschlechtswesen wahrgenommen werde.

Schließlich ist der Artikel mit Gemälden der sogenannten orientalisierenden Malerei des 19. Jahrhunderts illustriert, die offensichtlich die Thesen der Autorin unterstreichen sollen. (Hier stellt sich doch die Frage, bei wem die Zeit stehengeblieben ist.) Eines dieser Gemälde stammt aus dem Jahr 1866 und trägt den Titel »Marché aux Esclaves«. Der Maler, Jean Leon Gerome, thematisiert hier in einer Sklavenmarktszene die brutale Dominanz orientalischer Männer, läßt jedoch keine Abscheu vor der demütigenden Behandlung der Sklavin erkennen.Es scheint, als ob der Maler die wehrlose Nackte absichtlich dem Blick des voyeuristischen Betrachters ausgesetzt hätte. Die lllusion der Authentizität solcher Bilder, auf die offensichtlich auch Erdmute Heller reingefallen ist, zeigt in erster Linie die männliche, europäische Dominanz als Kolonialmacht, den kontrollierenden, voyeuristischen Blick, der diese Bilder letztlich geschaffen hat.

Die westliche feministische Sicht ist oft nur eine Fortführung des männlichen europäischen Überlegenheitsgefühls des letzten Jahrhunderts. Eurozentristische Besserwisserei ist an die Stelle von Solidarität getreten. Wieder müssen Texte des arabischen Mittelalters als Erklärungsmuster für aktuelle Konflikte herhalten. Damit verhält man sich keinen Deut besser als die so verhaßten islamischen Fundamentalisten.

**Literaturtip:** Steven Marcus: *Umkehrung der Moral. Sexualität und Pornographie im viktorianischen England.* Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1979

**Claudia Basrawi schrieb in Literatur KONKRET 94/95 über den englischen Schriftsteller Stewart Home**

Konkret 03/95, S. 24

**Michael Hahn**

# God's Country

**Im Land von Internet und MTV ist der christliche Fundamentalismus auf dem Vormarsch. Der nostalgisch-populistische Protest gegen den gottlosen Liberalismus gibt sich spontan, verdankt seine politische Wirkung aber einer ausgefeilten rechten Strategie**

»Wenn Christen zusammenarbeiten, können sie noch in diesem Jahrzehnt die Kontrolle über die Institutionen wiedergewinnen, die ihnen in den vergangenen siebzig Jahren entrissen wurde. Rechnen Sie mit Konfrontationen, die nicht nur unangenehm, sondern manchmal auch blutig sein werden... Ich bin überzeugt, wenn es vorüber ist, werden Gottes Leute siegreich daraus hervorgehen.«
Pat Robertson, 1992

Frage: »Wo wird das Glücksrad anhalten?« Die Auswahl ist üppig: Von »ruinierter Reputation« über »Syphilis« oder »Aids« bis zu »Sozialhilfe«. Wer bringt das Rad zum Rotieren? Hier ist die Antwort vorgegeben: »Vorehelicher Sex«.

»Sex Respect« nennt sich die Unterrichtseinheit für siebte Klassen, in der solche Fragen gestellt werden. Sie wird mittlerweile in etwa einem Viertel aller Schulamtsbezirke in den USA verwendet. »Respect« steht dabei für »Enthaltsamkeit«. Während die große Mehrheit aller Jugendlichen längst eigene sexuelle Erfahrungen macht, setzen christliche Fundamentalisten durch, daß immer mehr Schulen »self-control« als »einzig zuverlässige Form der Empfängnisverhütung« predigen – und jede Auskunft über wenigerlustfeindliche Methoden verweigern. Aufgeklärte Sexualerziehungs-Lehrpläne, wie sie allerorts in öffentlichen Schulen zu finden waren, werden zurückgezogen. Selbstvor der Einführung von »creation science« schrecken manche Schulbehörden inzwischen nicht mehr zurück. Statt der Evolution steht dann wieder die biblische Schöpfungsgeschichte auf dem Biologie-Lehrplan, zumindest bis entsetzte Eltern bei der nächsten Schulamts-Wahl für säkulare Mehrheiten sorgen.

Knapp vierzig Jahre nachdem – forciert von der antirassistischen Bürgerrechtsbewegung – die Aufhebung der gesetzlichen Rassentrennung im staatlichen Erziehungswesen die politischen Reformen der 60er Jahre eingeläutet hatte, tobt derzeit in den USA eine neue Auseinandersetzung um die Public schools – mit ähnlicher Tragweite. Anders als in den 50er und 60er Jahren kommt die Revolte diesmal allerdings von rechts. Den treibenden Kräften, Organisationen mit Namen wie »Christian Coalition« oder »Focus on the Family«, geht es dabei nicht nur um Lehrpläne. Das Erziehungswesen gilt als Mikrokosmos für die ganze Gesellschaft. Wer auf diesem Territorium gewinnt, dem gehört die Zukunft.

Nachdem der frühere Bösewicht Realsozialismus verschwunden ist, haben die fundamentalistischen Kulturkämpfer den neuen Hauptfeind im Innern gesichtet: Feminismus, Liberalismus, »säkularer Humanismus«. Der moderne Kreuzzug zur Verteidigung der »traditionellen Werte« macht sich am menschlichen Körper fest: Abtreibung, nichtehelicher Geschlechtsverkehr, Homosexualität, nicht-patriarchale Geschlechterrollen – der angebliche Angriff der »Woodstock-Generation« droht überall.

Nicht immer kommt der Backlash so panisch daher wie bei dem Fernsehprediger Pat Robertson: Der Feminismus »ermuntert Frauen, ihre Männer zu verlassen, ihre Kinder (gemeint sind Föten, M.H.) umzubringen, Hexenkunst zu betreiben, den Kapitalismus zu zerstören und lesbisch zu werden«. Auch in liberaleren Kreisen ist es üblich geworden, den »Verfall der traditionellen Moral« für die sozialen Krisen verantwortlich zu machen. An oberster Stelle stehen dabei immer wieder Promiskuität und uneheliche Kinder, die auch Präsident Clinton in seiner Rede »Zur Lage der Nation« kürzlich als »unser größtes soziales Problem« bezeichnete. »Die wichtigste Ursache für unsere nationale Krise ist die Feminisierung der Männer«, heißt es im Programm der »Promise Keepers«, einer neuen Organisation christlicher Männer, zu deren Massen-Revivals sich im vergangenen Sommer Hunderttausende versammelten. Ihr Versprechen: den Vorrang des Mannes in der Familie wiederherzustellen.

Der Kulturkampf wird nicht nur mit ideologischen Mitteln geführt. In den vergangenen zwei Jahren haben sogenannte »Lebensschützer« in den USA fünf Beschäftigte von Abtreibungskliniken ermordet. Laut Polizeiangaben gab es in den letzten zwölf Jahren 37 Bombenanschläge und 123 Brandstiftungen gegen Familienplanungs-Einrichtungen. Kaum eine Klinik wird mehr von regelmäßigen Blockaden christlicher Abtreibungsgegner verschont. Solcher Terror hat dazu geführt, daß sich in den meisten ländlichen Regionen und in zahlreichen Bundesstaaten keine Ärzte mehr finden, die bereit sind, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen; in anderen Bundesstaaten verwandeln sich die Kliniken notgedrungen in bewaffnete, fensterlose Festungen. Auf diese Weise gelingt es den »Lebensschützern«, das Recht auf Abtreibung, das der Oberste Gerichtshof 1973 eingeräumt hatte, wieder auszuhebeln.

Die fundamentalistische Offensive ist längst nicht mehr auf den ländlichen Bible belt in den Südstaaten beschränkt. Als »Hauptstadt« der religiösen Rechten gilt mittlerweile nicht mehr das hinterwäldlerische Lynchburg (Virginia) des Fernsehpredigers Jerry Falwell, sondern die moderne 300.000-Einwohner-Stadt Colorado Springs am Fuße der Rocky

Mountains, wo die größten Arbeitgeber Apple (Computer) und MCI (Telekommunikation) heißen. Dort befindet sich – neben unzähligen kleinen Organisationen wie den »Christian Cowboys« – auch die Zentrale von »Focus on the Family« (FoF), deren rund tausend Beschäftigte mehrere Millionen Kunden regelmäßig mit religiösen Videos und Kassetten, erbaulichen Zeitschriften und Büchern versorgen, Eltern in Sachen Bettnässen und Wechseljahre beraten – und zum Kampf gegen Homosexuelle aufrufen. James Dobson, der Gründer von FoF, ist täglich eine halbe Stunde lang auf landesweit 1.600 Radiostationen zu hören.

Dobson ist nicht allein. In Virginia leitet Pat Robertson einen Medienkonzern: Das Christian Broadcasting Network CBN produziert unzählige Fernsehsendungen, der Family Channel ist mittlerweile der zehntgrößte Kabelsender der USA, ein Radio-Netzwerk bedient sämtliche Einzelstaaten und weitere 75 Länder. Robertsons »Operation Blessing« verteilte in den 80er Jahren dreistellige Millionenbeträge an »humanitärer Hilfe« in der Dritten Welt (u.a. an die nicaraguanischen Contras). Jede zehnte Radio- und jede siebte Fernsehstation in den USA sendet rund um die Uhr religiöse Propaganda, andere Sender bringen das Wort Gottes stundenweise in die Wohnzimmer. Dobson, Robertson und andere Prediger arbeiten eng zusammen. Man tritt als Gastredner bei den Konferenzen und religiösen Talkshows der Kollegen auf, publiziert in den Zeitschriften der befreundeten Organisationen, tauscht Mitgliederlisten aus. So hat die christliche Rechte in den vergangenen zwanzig Jahren eine beeindruckende, hoch-moderne Infrastruktur entwickelt.

An Publikum mangelt es den Predigern nicht. Obwohl (oder weil?) die US-Verfassung die Trennung von Kirche und Staat festschreibt, sind die USA seit jeher mit Abstand das frömmste Land der westlichen Welt: 40 Prozent aller Amerikaner gehen sonntags in die Kirche (nicht-christliche Religionen sind da noch gar nicht mitgezählt), 90 Prozent geben in Umfragen an, daß sie regelmäßig beten. Dabei verschieben sich die Gewichte: Die liberalen protestantischen Traditionskirchen verlieren Mitglieder, während fundamentalistische Gemeinden (Baptisten, Pfingstler, Charismatiker etc.) Zulauf verzeichnen. Etwa 50 Millionen US-Amerikaner bezeichnen sich selbst als »born again«, sind also nicht nur getauft (wie »normale« Protestanten), sondern hatten eine »persönliche Begegnung mit Gott«, die zu ihrer »spirituellen Wiedergeburt« führte. Diese 50 Millionen sind zwar nicht alle politisch reaktionär, bilden aber das »Reservoir« für die religiöse Rechte (Katholiken gibt es bei den Fundamentalisten nur wenige).

Solch massenhafte Frömmigkeit ist kein Überbleibsel aus vormodernen Zeiten, sondern brandaktuell: Den größten Zulauf registrieren die Fundamentalisten in den Suburbs, den modernen Speckgürtel-Vorstädten. Deren Bewohner (überwiegend Weiße) waren in den vergangenen dreißig Jahren aus den von multi-ethnischer Massenarmut und einer verfallenden Infrastruktur geplagten Innenstädten geflohen. Mittlerweile haben die negativen Folgen der ökonomischen Umstrukturierung aber auch die white-collar-Beschäftigten in den Suburbs erreicht: Gegen Arbeitslosigkeit und sozialen Abstieg ist heute niemand mehr gefeit. Zum ersten Mal in der US-Geschichte hat die derzeit nachwachsende Generation schlechtere Zukunftsaussichten als ihre Eltern – und sehnt sich nach einem mythischen, längst vergangenen »Goldenen Zeitalter«. Solange dieses Golden Age noch nicht zurückgekehrt ist, müssen die Kirchen als Ersatz herhalten, um ein Gefühl von Sicherheit und klaren Verhältnissen zu bieten.

Der fundamentalistische Vormarsch inszeniert sich gern als spontaner Protest der Gottesfürchtigen und Gesetzestreuen, der Hausbesitzer und kinderlieben Eltern, die nichts als saubere Schulen, sichere Nachbarschaften und Schutz vor den unzähligen Versuchungen der hedonistischen Massenkultur wollen. Aber erst durch die Strategien, die in den rechten Think tanks (allen voran die – säkulare – Heritage Foundation) entworfen und mithilfe der fundamentalistischen Infrastruktur umgesetzt werden, erhält der populistische Impuls der wiedergeborenen Millionen politisches Gewicht.

Das war nicht immer so. Bis in die 70er Jahre hinein gab sich der protestantische Fundamentalismus betont unpolitisch. Politik galt als vergebliche Liebesmüh, das Heil suchte man statt dessen in einer »persönlichen Beziehung zu Gott«. Als politisch organisierte Kraft traten die Fundamentalisten erstmals 1978 in Erscheinung. Auch damals handelte es sich bereits um einen Konflikt um das Erziehungswesen. Noch zwei Jahre zuvor hatte die Mehrheit der Evangelikalen bei den Präsidentschaftswahlen den »wiedergeborenen« Demokraten Jimmy Carter unterstützt. Dies änderte sich schlagartig, als dessen Administration christlichen Privatschulen, die Rassentrennung praktizierten, Steuervorteile entziehen wollte. Ein Sturm evangelikaler Entrüstung brach los, Carter mußte den Vorschlag zurückziehen, und der reaktionäre Fernsehprediger Jerry Falwell sammelte die Protestierenden in einer neuen Organisation (»Moral Majority«). »Televangelisten« wie Falwell oder Robertson, die ihr Millionenpublikum jahrelang vor dem korrumpierenden Einfluß weltlicher Macht gewarnt hatten,riefen ihre Schäfchen jetzt dazu auf, sich in die Wählerlisten einzutragen und für Kandidaten zu stimmen, die gegen Schwangerschaftsabbrüche und für die Wiedereinführung des Schulgebets in staatlichen Schulen eintraten.

Nachdem die Republikaner – auf Druck Falwells und seiner Kollegen – 1980 die Forderung nach einem Abtreibungsverbot in ihre Wahlplattform aufgenommen hatten, griffen die Televangelisten erstmals offen in einen Präsidentschaftswahlkampf ein: gegen den »wiedergeborenen« Carter, für den geschiedenen Ex-Schauspieler Ronald Reagan. Jedoch machten sich die frommen Wählerstimmen für Reagan nur teilweise bezahlt. Die Tatkraft, die die neue Administration bei der Bekämpfung des »Weltkommunismus« in Moskau oder Managua und der US-Gewerkschaften in Detroit oder Pittsburgh an den Tag legte, ließ der Präsident in Sachen Abtreibungsverbot und Schulgebet vermissen.

Als dann noch diverse Sex- und Finanzskandale einzelner Fernsehprediger enthüllt wurden, ging die Spendenfreudigkeit des evangelikalen Publikums rapide zurück. Falwell, einst der unangefochtene Führer des protestantischen Fundamentalismus, mußte seine »Moral Majority« auflösen und spielt heute fast keine Rolle mehr. Robertson kandidierte bei den republikanischen Präsidentschaftsvorwahlen 1988 gegen George Bush – und scheiterte kläglich, selbst im frommen Bible belt. Die religiöse Rechte schien am Ende.

Hinter den Kulissen sah es freilich anders aus. Robertsons Kandidatur war von vornherein nur als Probelauf gedacht – am Ende stand ein großes Reservoir an erfahrenen republikanischen Parteiaktivisten und eine landesweite Adressenliste von einigen hunderttausend Sympathisanten aus den verschiedenen fundamentalistischen Strömungen. 1989 gründete der Fernsehprediger die »Christian Coalition«, die (nach eigenen Angaben) heute über 1,5 Millionen Mitglieder und einJahresbudget von 20 Millionen Dollar verfügt und damit die wichtigste Organisation der christlichen Rechten geworden ist. Ihre Monatszeitschrift »Christian American« hat eine Auflage von 700.000. Chefstratege ist der 34jährige Ralph Reed, ein früherer Mitarbeiter von Newt Gingrich und Jesse Helms.

Anders als Falwell, der in den 80er Jahren vor allem auf medienwirksame Auftritte setzte, konzentrieren sich Robertson und Reed heute auf die geduldige Schulung von Grass-roots-Aktivisten. Gerade der Bildungssektor bietet dafür ein ideales Terrain. Das Schulwesen ist in den USA im wesentlichen eine kommunale Angelegenheit. Die Mitglieder der School boards, der Entscheidungsgremien in den landesweit etwa 16.000 Schulbezirken, werden bei Kommunalwahlen bestimmt, zusammen mit Bürgermeistern, Gemeinderäten, Richtern, Sheriffs und Hundefängern. Außer einigen engagierten Eltern interessiert sich normalerweise kaum jemand für die School board-Wahlen, nur wenige Prozent der Wahlberechtigten bestimmen dann über die Zusammensetzung der Schulbehörde. Damit bekommen die organisierten christlichen Fundamentalisten die Chance, mit wenigen engagierten Aktivisten eine maximale Wirkung zu erreichen – und nebenbei Wahlkampferfahrungen für höhere Ämter zu sammeln.

Neben der schrittweisen Eroberung öffentlicher Ämter hat es die »Coalition« auch auf die Republikanische Partei abgesehen. Das erklärte Ziel: die Unterwanderung der Partei, möglichst ohne öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen (Reed: »Wir fliegen unter dem Radar«). In etwa einem Dutzend Bundesstaaten kontrolliert die »Christian Coalition« mittlerweile die Parteiapparate, in einem weiteren Dutzend übt sie großen Einfluß aus. Darunter befinden sich auch die »Großen Vier«: Kalifornien, Texas, New York und Florida. Unter Berufung auf die Bibel fordert der republikanische Kreisvorsitzende im texanischen Heimat-County des (von den Fundamentalisten ungeliebten) George Bush die Todesstrafe für Homosexuelle. Die Republikaner in Iowa fordern in ihrem Programm die Einführung von »Schöpfungswissenschaft« im Schulunterricht.

Der Konflikt zwischen der alteingesessenen Parteielite und der fundamentalistischen Basis spiegelt eine soziale Auseinandersetzung. Das Einkommen von Robertsons Fußvolk liegt unter dem nationalen Durchschnitt. Massenhafter populistischer Protest gegen »die Eliten« äußert sich eben nicht zwangsläufig »links«, sondern kann ebenso wahrscheinlich nach rechts ausschlagen.

Gemäßigte Republikaner beklagen die Unterwanderung durch die Fundamentalisten, weil sie befürchten, mit allzu bigotten Parteiprogrammen die Wähler der »Mitte« zu verprellen. Das Problem: Die Rechts-Christen allein sind zwar nicht mehrheitsfähig, aber ohne die göttlichen Heerscharen können die Republikaner auch keine Wahlen gewinnen, denn allein für die Senkung der Kapitalertragssteuer und den Abbau von Umweltschutzvorschriften lassen sich keine Wählermehrheiten mobilisieren. Eine Reihe der im vergangenen November neu gewählten Abgeordneten und Senatoren verdankt ihren Erfolg der »Christian Coalition«. Fundamentalistische Wahlhelfer verteilten am Sonntag vor der Wahl landesweit 32 Millionen Handzettel in über 60.000 konservativen Kirchen und erinnerten ihre Klientel mit zwei Millionen Telefonanrufen an eine gottgefällige Stimmabgabe am folgenden Dienstag. Die Basisarbeit der »Coalition« zahlte sich auch im Zeitalter der Fernsehwahlkämpfe noch aus: Im neuen Kongreß stellen die »Lebensschützer« erstmals die Mehrheit.

Auch der neue Star der republikanischen Rechten, Newt Gingrich, der bislang eigentlich als säkularer Politiker galt, ist zu den Predigern gewechselt. Für Gingrich ist »der Glaube an den Schöpfer der Kern dessen, was es heißt, ein Amerikaner zu sein«. Die wichtigsten gesellschaftlichen Probleme ließen sich mit »säkularer Politik« nicht mehr bewältigen. Solche Glaubensbekenntnisse legte der (nach Clinton) zweitmächtigste Mann der USA nicht etwa im Eifer einer Wahlkampfrede ab, sondern im nüchternen Ambiente der Heritage Foundation.

An Robertson geht heute bei den Republikanern kein Weg mehr vorbei: Auf den alljährlichen »Road-to-Victory«-Konferenzen der »Christian Coalition« drängelt inzwischen auch die säkulare Parteiprominenz ans Redepult. Als die jüdische Bürgerrechtsorganisation »Anti-Defamation-League« im vergangenen Sommer eine kritische 193-Sei-ten-Studie über die Religiöse Rechte vorlegte (»Der Angriff gegen Toleranz und Pluralismus in Amerika«), nahmen viele weltliche Konservative, die bisher wenig mit den Fernsehpredigern zu tun hatten, die Fundamentalisten in Schutz. Dieser Schulterschluß zwischen dem republikanischen Mainstream und der religiösen Rechten läßt für die Zukunft Schlimmes befürchten.

Auch außerhalb der Partei ist der politische Einfluß der christlichen Fundamentalisten in den vergangenen zwei Jahren spürbar gewachsen. Während noch 1992 Robertsons Leute als weltfremde Fanatiker galten, scheint es nun in der US-Öffentlichkeit kein Handicap mehr zu sein, sich eng mit der religiösen Rechten zu verbinden. Den Schlüssel zum Verständnis der wachsenden Akzeptanz der »Christian Coalition« lieferte Chefdenker Reed im Sommer 1993 mit einem wegweisenden Artikel in der Zeitschrift »Policy Review« (herausgegeben von der Heritage Foundation). Unter dem Titel »Ein weiterreichendes Netz auswerfen« empfahl Reed neue pragmatische Methoden für den rechten Fischfang. »Themen wie Abtreibung und Homosexualität waren wichtig, um Aktivisten zu werben und eine Organisation aufzubauen. Aber wenn die Taktik (!) zum Ziel selbst wird, dann geht eine Bewegung zugrunde.« Um Mehrheiten zu gewinnen, dürfe man nicht länger vom »Kampf gegen die Gottlosen« reden, sondern müsse sich um die Anliegen des Durchschnittsbürgers kümmern: Steuern, Kriminalität, Bürokratie, Gesundheitswesen, finanzielle Sicherheit.

Statt »Religious Right«, eine Bezeichnung, die man früher mit Stolz getragen hatte, nennen sich Robertson, Reed und Co. nun »pro-family movement« und fordern Steuersenkungen für Familien und schärfere Gesetze zur Verbrechensbekämpfung. Man verdammt nicht länger die staatliche Förderung von »obszöner Kunst« und ruft nach Zensur, sondern protestiert nur noch gegen die »Verschwendung von Steuergeldern«. Statt wie bisher Homosexualität als Sünde zu brandmarken, wendet man sich heute in der Öffentlichkeit nur noch gegen »Sonderrechte« für Schwule und Lesben (gemeint sind Anti-Diskriminierungs-Gesetze in zahlreichen Städten und Bundesstaaten).

Gegen dieses Vorgehen haben Liberale und Linke noch kein Rezept gefunden. Bisher hat man sich meist damit begnügt, die religiöse Rechte als »bigott« und »extremistisch« zu brandmarken. Die größte liberale Organisation, die sich vorrangig um ein Zurückdrängen des fundamentalistischen Einflusses im Bildungswesen kümmert (und dabei vor Ort oft gute konkrete Arbeit leistet), beruft sich auf die verfassungsrechtlich verankerte Trennung von Kirche und Staat und nennt sich »People for the American Way«. Die Strategie, Robertson und Co. als »un-amerikanisch« zu denunzieren, führt jedoch langfristig in die Sackgasse, denn der christliche Fundamentalismus *ist* typisch US-amerikanisch.

Der Kulturkampf wird längst nicht mehr nur am rechten Rand ausgetragen, sondern tobt in der »Mitte« der Gesellschaft: In den Suburbs der Mittelschichten, in den Parteizentralen und in den Think tanks des Kapitals. Dem politischen System der USA stehen tiefgreifende Veränderungen bevor. Die Demokratische Partei zerfällt unter der konservativen Hegemonie, aber auch den Republikanern drohen durch den fundamentalistischen Vormarsch Spaltung und Niedergang. Zum ersten Mal gilt ein Parteiloser als haushoher Favorit für die nächsten Präsidentschaftswahlen, obwohl er sich noch nicht einmal zu einer Kandidatur bereit erklärt hat: Der frühere Generalstabschef Colin Powell könnte zum amerikanischen Berlusconi werden.

**Michael Hahn schrieb in KONKRET 12/94 über die Ethnisierung des Sozialen**

Konkret 03/95, S. 28

**Horst Tomayer**

# Tomayers ehrliches Tagebuch

**Du, Domina, die du den** Oberstaatsanwalt pamperst (oder striemst du zur Stunde den sich im Schutz für das ungeborene Leben verzehrenden MdB?), laß die Windel fallen

Und du, Frau an der Wursttheke des Supermarkts mit von tausenden Stunden Stehn vom Stützstrumpf nur halbwegs gebändigtem Wasser in den Beinen, lege den Ring Fleischwurst aus der Hand

Du, Miß Germany, unterbrich dein Lächeln

Du, IG Metaller, unterbrich deinen Streik

Du, Frau in der Bank, schließe den Schalter

Zeuge Jehovas, hörma kurz auf mit deim Scheiß

Und du, Kontrolleur der EG-Milchquote, dito

Unterbrich, Kuttenprunzer, die heilige Wandlung

Halt inne, Witwe, beim Betüteln der Immortellen auf dem Grab deines Verblichnen

Und du, Braut, halt inne beim Auswurf des Ja-Worts

Schauspieler – von der Bühne!

Pförtner – aus der Loge!

Bergführer – aus der Wand!

Streckengeher – vom Gleis!

Lebensmüde – zurück vom Sims!

Du, Fixerin, setze die aufgezogene Spritze ab

Und du, Zeitschriftendrücker, nimm den Finger von der Klingel

Laß die Sau Sau sein für einen Augenblick, Metzger

Und du, Philosoph, mach mal Pause bei deiner wenn auch nagelneuen Interpretation der Welt

Hau den Stachel rein, Frau am Steuer des Busses der Hamburger Linie 102 (Niendorf/Grindel/Hauptbahnhof), halt an

Und du, Ammerseerenkenfischerin, laß löchriges Netz und Nadel und Faden und Stopfei sinken

Weg mit dem Joystick, Junge ohne Mundharmonika!

Und du, Mädchen mit der Zahnspange, runter mit dem Walkman!

Unterbrich deinen Rundgang, nächtlicher Wächter im Hangar der Maschinen für Mahd und Drusch

Und ihr, tapfer in Fasenachtskapellen Dienst Schiebende – setzt aus den Tusch!

Aggressionsbegrübler und Batikerin, Collagist und Dechant, Ehestifterin und Frittenschnitzelmaschinist, Granulatabpacker und Hüttenkäserin, Imbißbudiker und Jagdgehilfe, Küsterin, Landfrau und Manndecker, Notar und Organist, Pedikeu-se und Quallenschützer, Rezensent und Schmelzwasserschadenregulierer, Tenor und Urologe, Vivisekteur und Walzwerker, Xantener Stadtkämmerer, Yuppie und Zoologe

Laßt, zum Wohl aller rackernde Söhne und Töchter des Universums deutscher Nation, die ihr noch nicht tot seid, alles liegen und stehen und tretet vor und empfangt die furchtbare Nachricht:

Sie wollen die ARD ermorden!

Die informierende, die belehrende, die unterhaltende, die die Herzensbildung fördernde: *Eure* ARD!

Schon haben sie die Axt angelegt, die Mordwütigen, an den Bericht aus Bonn, der ihr Desinteresse an einem Mehr an lebenswertem Leben bei steigenden Löhnen, Stütze und SozHi, stagnierenden Mieten und sinkenden Preisen in waffenwenigerem Frieden und fröhlicherer Freiheit oh so oft doch und so rücksichtslos gründlich kritisierte

Schon haben sie die Falle aufgestellt für die dem virtuellen Plunder abgewandte Sendung mit der Maus

Schon haben sie das Gift gemischt für den Becher, den Michael Schanze dem Traumpaar am Flitterabend reicht

Zu vernichten trachten sie Monitor, das mutige Magazin, das euch im Kabeljau den Spulwurm wies

Versenken wollen sie Käpt'n Blaubär und seine Besatzung

Und klatschen wollen sie Fliege, den Nachmittagspfaffen, den hoch eloquenten

Ermorden wollen sie die ARD, *die* Große Grundversorgerin des menschlichen Anlitzes

Und wo sie verscharrt sein soll, da soll aufgehen eine Saat, also wissense, also wissense nee, also wissense, also wissense nee...

Deshalb, Vorerwähnte: Stoppt die Mörder an der ARD!

Schlagt ihnen Axt und Gift und Falle aus der Hand!

Gleich!

Jetzt!

Rettet Eure ARD!

Konkret 03/95, S. 29

**Thomas Ebermann, Rainer Trampert**

# Die Offenbarung der Propheten I

**Kollabiert die Weltwirtschaft? Geht dem Kapitalismus die Arbeit aus? Wie realistisch sind die apokalyptischen Szenarien von Unternehmerverbänden und alternativen Krisenexperten? Erster Teil einer dreiteiligen Serie über die Sanierung des Kapitalismus und die Verwandlung linker Theorie in Esoterik. Der Text wurde gekürzt einem Buchmanuskript entnommen, an dem die Autoren zur Zeit arbeiten**

Die Stimmung ist mysteriös. Unternehmer und Regierungen wollen die Lohnquote auf das Niveau der 50er Jahre drücken und Krankheit zum unkalkulierbaren Risiko machen, sie beschimpfen und bepöbeln die unteren Schichten, die ihnen zum Dank dafür ewigen sozialen Frieden schwören. In Frankreich genügten Sparpläne für das Bildungswesen, um Paris tagelang ins Chaos zu stürzen, in Italien brachte eine Rentenkürzung zwei Millionen Menschen auf die Straßen, in Hamburg hält ein Arbeitsloser mit jämmerlichem Blick den Passanten ein einsames Pappschild entgegen: »Nehme jede Arbeit an«, und in den Betrieben des Landes sind »die Gewerkschaften und Betriebsräte an vielen Orten dazu übergegangen, die Arbeitsorganisation im Dienste einer höheren Effizienz umzugestalten, und sie legten dabei gelegentlich mehr Kreativität an den Tag als das Management« (»Zeit«). Nur einmal kam es in diesem Jahr zu einer machtvollen Arbeitermanifestation – zugunsten einer Fusion der Firmen Kässbohrer und Mercedes Benz; sie war bestellt von den Vorständen, wurde unterstützt von der Landesregierung und kämpferisch organisiert von Betriebsräten.

In diesem Klima gelang noch schneller, was zu ahnen war: Die Arbeitsproduktivität der Deutschen verbesserte sich im vergangenen Jahr um 5,4 Prozent (1993 plus 2,2 Prozent) und übertraf die bis dahin höheren Zuwächse ihrer Hauptkonkurrenten. Die Gewinne werden in diesem Jahr nach einer Prognose des Ifo-Instituts um 150 Prozent wachsen. Doch anstatt sich dankbar zu freuen, wüten die Oberen wie strenge Eltern, die ihren Kindern den eigenen Willen austreiben wollen. Selbst die Rede der Repräsentanten löst sich von der gepflegten Lüge und bedient sich in der Gosse: »Wir sind alle zu faul und gefräßig«, sagt Lothar Späth, wir sollen »alle wieder mehr schwitzen« und unsere Kraft mit Freude geben, denn »wir brauchen eine Gesellschaft, die wieder fröhlicher bei ihrer Leistung ist«. Täglich werden neue Schmarotzer an den Pranger gestellt, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, die schon lange als Betrüger des Gemeinwesens entlarvt sind, bekommen Konkurrenz von den Beamten, die den Staat »strangulieren«, und von Produzenten, denen man zur Strafe für ihre Unpäßlichkeit den Urlaub streichen will.

Auch Sozialdemokraten wollen den »Sozialbetrügern« an den Kragen, schließlich sei ihre Partei kein nationaler Betriebsrat. Ministerpräsidentin Heide Simonis schlägt vor, kranke Lehrer nicht länger in Frühpension zu schicken, sondern in Gemeinden oder Bibliotheken strafzuversetzen. Bei der Beamtenentsorgung müsse die SPD, sagt Frau Simonis, den Helmut Kohl »auf Trab bringen«. Dessen gescheiterter Herausforderer Scharping betont, er sei schon immer für eine Zwangsverpflichtung von Arbeitslosen gewesen, und der neue DGB-Chef Schulte will die Einführung von Wochenendarbeit gerne »ernsthaft prüfen«. Grüne Politiker loben Familiensinn, Nachbarschaftshilfe und den ganzen kostengünstigen Aufbruchsgeist der 50er Jahre, die PDS lehnt das »vereinfachte und reduzierte Denken in den Kategorien des Klassenkampfes« ab und will all das schöne neue Denken über ein modernes Deutschland in einen Gesellschaftsvertrag schreiben. Auch der Untertan findet, daß es ihm zu gut geht: 80 Prozent der Befragten antworteten, die Deutschen hätten schon viel zu lange über ihre Verhältnisse gelebt.

Das Zauberwort heißt Risikogemeinschaft. Es meint eine Marktwirtschaft, die nicht von sozialen Errungenschaften oder präventiven Zahlungen für die Befriedung domestiziert ist, sondern unverfälscht wirken kann – als das in die zivile Gesellschaft übernommene darwinistische Naturgesetz. Wer im Konkurrenzkampf brutal und geschickt genug ist, gewinnt zu Recht. Wer auf der Strecke bleibt, darf als Looser potentiell oder real entsorgt (»ausgemerzt«) werden.

»Unsere Probleme resultieren nicht in erster Linie aus mangelnder Wirtschaftskraft«, sagt Alois Glück von der CSU, sondern aus einer »Raffgesellschaft«, die in »jenen Einstellungen und Verhaltensweisen« ihre Ursache habe, »wie sie sich im Anschluß an die 68er Revolution ausgeprägt haben«. Seitdem mangele es »an Gemeinsinn und Selbstdisziplin, an Fleiß und Zuverlässigkeit«, und »staunend müssen wir feststellen, daß Japan und die wirtschaftlichen Boom-Zonen Südostasiens ihren Aufstieg und ihren Vorsprung genau diesen Tugenden verdanken, die früher als typisch deutsch bezeichnet und ausgerechnet hierzulande der Lächerlichkeit preisgegeben werden«. Einmal abgesehen davon, daß es einst Ludwig Erhard war, der »Wohlstand für alle« gepredigt hatte, während die 68er eher durch Kritik am »Konsumterror« ihrer Eltern aufgefallen waren, ist die Zielvorgabe recht präzise: zurück zu den »typisch deutschen«, von den Preußen bis zu den Nazis hochgehaltenen Tugenden, zurück in die 50er Jahre oder vorwärts nach Südkorea.

In der Rezession hatte der Kapitalismus funktioniert, wie er es muß. Die Zerschlagung und Entwertung von Kapital kam gut voran. Dabei war es sehr hilfreich, daß ein großer Teil der osteuropäischen Industrieproduktion bereinigt werden konnte. Großbritannien und die USA waren bei der Sanierung der Profitrate Kontinentaleuropa vorangegangen. Als in Deutschland noch über die darbende Weltmacht USA und über das überalterte britische System gewitzelt wurde, hatte man

dort schon Städte zu Ruinen »saniert« und ganze Regionen mit alter Industrie (Stahl und Kohle) oder zu teurer Automobilproduktion »stillgelegt«.

Auf die Entwertung des überschüssigen Kapitals folgte die Neuorganisation. Durch die sogenannte Vertikalisierung der Produktion wurde die Kapitalkonzentration teilweise entzerrt. Fertigungsstufen, Zulieferungen, Transporte und Dienstleistungen werden ausgegliedert und billiger bei mittelständischen Betrieben eingekauft, von denen etliche über die Grenzen wandern – den niedrigen Löhnen hinterher. Nach dem Vorbild USA-Mexiko wird auch die deutsche Produktion – die Okkupation Osteuropas macht sich allmählich bezahlt – durch die Verlegung einiger arbeitsintensiver Sektoren in osteuropäische Länder eine neue Kombination von High-Tech-Agglomeration und Manchester-Kapitalismus werden. »In der tschechischen Republik«, berichtet das »Manager-Magazin«, »schuften tschechische Arbeiter dreischichtig rund um die Uhr (in finster-dreckigen Hallen). Nagelneue deutsche Firmenschilder prangen an abgewrackten Gebäuden. Arbeitslose gibt es kaum...« Ein Teil der Maschinenarbeit, die verhältnismäßig mobil ist, wurde aus dem asiatischen Raum zurückgeholt (u.a. Textil), weil dort die Löhne steigen und die Automation inzwischen eine Arbeit in der Nähe der Zentren kostengünstiger werden ließ.

Sowohl die ausgelagerte Produktion als auch die entwickelten Eigenproduktionen im fernen Osten beleben nicht nur die Marktwirtschaft, sondern entfalten obendrein eine die Profitrate sanierende Wirkung. »Vermehrt sich das Kapital ohne ein entsprechendes Anwachsen seiner organischen Zusammensetzung, d.h. fließt ständig neues Kapital niedriger organischer Zusammensetzung durch die Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise in die Marktwirtschaft ein und senkt dadurch die durchschnittliche organische Zusammensetzung, so werden Mehrwertmasse und Profitrate steigen. Kapitalsparende Innovationen, die die organische Zusammensetzung des Kapitals vermindern, müßten dieselbe Wirkung haben« (Paul Mattick).

Die Restauration in den Betrieben, an der Gewerkschaften und Betriebsräte kräftig mitwirken, erstreckt sich nicht nur auf den allgegenwärtigen Bildschirm, sondern erfaßt in unterschiedlichem Grad die bisherige Hierarchisierung. »Entschlackung« heißt Dezimierung des Vorgesetztenapparats und freier Informationsfluß unter allen Mitarbeitern, die aus ihm freiwillig das Beste machen. Die »Arbeit in der Gruppe ohne Vorgesetzte« macht die bisher sich sicher wähnende Mittelschicht überflüssig und steigert die Arbeitsproduktivität, weil die Beteiligten die Illusion gewinnen, nicht mehr für den Chef, sondern für sich selber zu arbeiten. Ziel ist die Produktionsfamilie, die sich außerhalb des Betriebes in der Konsumfamilie fortsetzt. Die Arbeitsorganisation »ohne Vorgesetzte« ist aber nicht, wie Karl Heinz Roth vermutet, eine Angriffsstrategie des Kapitals auf ein vorhandenes Verweigerungsbewußtsein (Roth: ein »alles in allem paradigmatischer Bruch mit dem Produktivismus der sozialistisch-kommunistischen Arbeiterkultur« habe »sich im Verlauf der 80er Jahre unterschwellig auf die gesamte metropolische Arbeiterklasse ausgeweitet«), sondern setzt voraus, daß die Arbeiterklasse bereits jedes Klassenbewußtsein verloren und sich in einem Ausmaß dem Gesamtzweck unterworfen hat, daß sie, der Produktion vergleichbar, vollautomatisch den Betriebs- und Konsumzweck erfüllt.

Eine weitere Veränderung strebt die totale Flexibilisierung der Arbeitskraft an. Laut »US-Weltzukunftsbericht« wird der »übertragbaren Arbeitskraft« die Zukunft gehören. Gemeint sind Arbeitskräfte, die in einem vertragslosen, ganz und gar unversicherten Zustand und nur in der zur Erledigung eines Auftrags nötigen Zeit beschäftigt werden. Sie müssen, je nach Bedarf des Einzelkapitals, ständig Arbeit und Arbeitgeber wechseln, also vollkommen auf den wechselnden Kapitalzweck abgerichtet sein. Die unversicherten Honorarkräfte, die mal hier, mal dort ihr Geld verdienen, sind die Vorboten dieses Beschäftigungstyps.

Die hohe Verwissenschaftlichung der Arbeit in den komplexen Kapitalkolossen wird jedoch nicht ausschließlich auf Wanderarbeiter setzen können. Für diesen Kernbereich der Produktion bleibt das japanische Modell interessant, in dem etwa ein Drittel zur rechtlich abgesicherten und im Alter versorgten Stammbelegschaft zählt, während zwei Drittel relativ rechtlose Anwärter auf diesen Status bleiben. Auf diesem Gebiet wird zur Zeit noch viel experimentiert. Auch das Fiat-Modell »Cassa integratione« könnte Zukunft haben: Arbeiter, die entlassen werden, bleiben in einem »Arbeitskräftepark« des Unternehmens, um »disponibel für den entlassenden Betrieb« zu sein. Sie können so »bei Bedarf wieder eingestellt werden« (Werner Raith). Zur Zeit wird bei Fiat ein Rotationsverfahren erprobt. Arbeiter werden abwechselnd jeweils für einen Monat »ausgestellt«. Wer draußen ist, erhält zur Zeit noch vom Staat etwa den halben Lohn.

Nach mannigfachen Korrekturen boomt der Weltmarkt wieder. Alle Konjunkturindikatoren zeigen nach oben. Das Ifo-Institut errechnete den Beginn einer langen Aufschwungphase. Alle Behauptungen, die dem kapitalistischen Weltbetrieb unterstellten, ihm gingen Mehrwertarbeit und Märkte aus, haben sich als falsch erwiesen. In Ostasien, in Süd- und Mittelamerika steigt die industrielle Beschäftigung außergewöhnlich stark, und die hohen Wachstumsraten dieser Länder helfen, den gesamten Weltmarkt zu stabilisieren. Die USA und Großbritannien haben sich so weit saniert, daß auch sie die Nachfrage beleben und selber wieder eine steigende Beschäftigung in der Mehrwertproduktion ausweisen. Selbst die Hauptmächte Kontinentaleuropas konnten die Rezession inzwischen überwinden, stehen aber noch inmitten einer

Produktions- und Verwaltungsrestauration, die die Arbeitslosenzahl steigen läßt, so weit sie von der guten Konjunktur nicht kompensiert werden kann.

Während die Propaganda dem deutschen Kapital Schwerfälligkeit unterstellt, hat es in Wahrheit ausgesprochen schnell und flexibel reagiert. Diverse Strukturveränderungen in der Arbeitsorganisation, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich bei gleichzeitiger Arbeitsverdichtung, Auslagerung von Arbeitsstufen in mittelständische und dienstleistende Sektoren, Arbeitsübertragungen auf unversicherte Honorararbeitskräfte, Verlegung arbeitsintensiver Produktion in den neu erschlossenen europäischen Osten und verlängerte Maschinenlaufzeiten haben große Einsparungen gebracht. Schon jetzt zeichnet die deutsche Wirtschaft – allen Lohnnebenkosten, DM-Aufwertungen und Standortproblemen zum Trotz – eine hervorragende Wettbewerbsfähigkeit aus. Niemand bestreitet, daß die deutsche Konjunktur von der Auslandsnachfrage angekurbelt wurde. Mit anderen Worten: Die am Standort Deutschland produzierten Waren zählen bei gleichbleibend hoher Qualität zu den preisgünstigsten auf dem Weltmarkt.

Soweit die Tatsachen. Ob die gute Konjunktur lange anhalten wird oder nicht, wissen wir so wenig wie jene Theoretiker, die es zu wissen behaupten. Insbesondere lassen wir uns die Konjunkturprognosen in KONKRET vom April 1994 (»Neues vom Juglar«) eine ewige Warnung sein. Robert Kurz hatte für 1994 eine Wachstumsrate von unter 1 Prozent, die Ablösung der konservativ-liberalen Koalition, »die Wahrscheinlichkeit unvorhergesehener Einbrüche im Laufe des Jahres« angekündigt und »die Hoffnung auf das Anspringen einer starken Exportkonjunktur... als Illusion« bezeichnet. Es gibt riskantere Prognosen – und dennoch traf nichts davon oder das Gegenteil ein. Der vielen Mystifikationen wegen, die den linken Markt dominieren, lohnt sich der Hinweis, daß jede Krise des Kapitalismus – sollte sie nicht seine allerletzte sein, d.h. von einer klösterlichen Subsistenzwirtschaft abgelöst werden, denn auf Sozialismus weist rein gar nichts hin – zugleich seine Sanierung vorantreibt. Gar keinen Sinn macht es, kalkulierte Horrorbilder der Kapitalistenverbände durch eigene Phantastereien noch zu überbieten, als gäbe es dafür einen Orden.

Gleichgültig, wie gut die Sanierung der Profitrate läuft, die Politik in Richtung Notverordnungen hält an und wird von allen wirtschaftlichen, politischen und meinungsbildenden Institutionen unterstützt. »Ich habe den Verdacht, daß sich bei uns mehr und mehr Leute angezogen fühlen von diesem asiatischen Beispiel. Daß mehr und mehr gedacht wird: Es gibt nur einen Oppositionsabgeordneten in Singapur, der gelegentlich eingelocht wird, warum eigentlich nicht?« (Ralf Dahrendorf). Bis hin zur Einführung eines Arbeitsdienstes – derzeit wird der Zwangseinsatz Arbeitsloser zur Beseitigung von Hochwasserschäden diskutiert – gibt es keine Tabus mehr. In der »Wirtschaftswoche« werden die ökonomischen Vorteile des Nationalsozialismus scheinbar objektiv geschildert, weil man sich den durchaus interessanten ökonomischen Daten aus jener Zeit doch nicht verschließen dürfe, nur weil es einen Hitler gegeben habe.

Ein dauerhaft niedrigeres Versorgungsniveau soll das von der FDP ins Gespräch gebrachte »Bürgergeld« bescheren, das die Grundversorgung bei monatlich 1.000 Mark pro Person festlegt. Arbeitslose und Rentner, die sich eine private Versicherung nicht leisten können, sollen auf dieses »Minimum fürs Überleben« gesetzt werden, ohne Ansprüche auf besondere Leistungen für Miete oder lebenswichtige Anschaffungen, die heute noch von der Sozialhilfe bezahlt werden. Gleichzeitig soll das Bürgergeld als grobe Lohnorientierung dienen. Die Leute erhalten perspektivisch »so niedrige Löhne..., daß die Arbeitslosigkeit wesentlich reduziert wird und ersetzt wird durch das, was wir aus Amerika kennen, nämlich Armutslöhne« (Ralf Dahrendorf).

Ob die Armutslöhne zu einer wesentlichen Reduzierung der Arbeitslosigkeit führen werden, bleibt offen. Noch stimmen alle Gelehrten überein, daß der Kapitalismus in Staaten mit einer hohen Kapitalkonzentration aufgrund seiner technischen und arbeitsorganisatorischen Umwälzungen langfristig auf einem hohen Arbeitslosensockel verharren wird. Die Arbeitslosigkeit aber beruht – mit Ausnahme des deindustrialisierten Ostens – nicht auf einer insgesamt gesunkenen Beschäftigung. Heute sind in allen kapitalistischen Staaten mehr Menschen in Lohn und Brot als noch vor zehn Jahren, und gleichzeitig sind Millionen arbeitslos. Dafür gibt es mehrere Gründe: Die Preise – insbesondere für das Wohnen – sind derart über die Lohnzuwächse hinausgetrieben worden, daß viele Familien nur noch über die Runden kommen, wenn zwei Personen pro Haushalt arbeiten. Zudem wollen weniger Frauen als zu Zeiten des alten Fritz Walter am Tropf des Mannes hängen. Schließlich wurden traditionelle Arbeitsplätze durch »prekäre« (ohne Sozialversicherung und mit kürzeren Arbeitszeiten) ersetzt, um das Tarifsystem zu unterlaufen: Studenten übernehmen Honorararbeiten, die vorher von teureren (heute arbeitslosen) Tarifangestellten erledigt wurden.

Viel deutsche Hast hat ihre Ursache darin, daß das Kapital fürchtet, strategisch ins Hintertreffen zu geraten, wenn es die günstige Gelegenheit versäumt, die ihm die herrschende Stimmung und die aktuelle Lage bieten. Die kapitalstarken Nationalstaaten und Wirtschaftsblöcke sind in der langen Phase sinkender Wachstums- und Profitraten in eine härtere Konkurrenz gegeneinander geraten. Der Kollaps ihres historischen Feindes Sowjetunion lockerte die Bindung untereinander, der Kampf um die künftige Vormachtstellung kann offener geführt werden. Dazu müssen die traditionellen Imperialisten mit der Konkurrenz jener (überwiegend asiatischen) Staaten fertig werden, die sich überraschend schnell zu modernen Industrienationen entwickelt haben oder mit zweistelligen Wachstumsraten auf dem Weg dahin sind – was für

die alten Imperien eine Sonnen- und eine Schattenseite hat: Indem sich die Nachindustrialisierung dort partiell von der Auftragsproduktion befreit und eine eigene konkurrenzfähige Mehrwertproduktion entwickelt hat, erweiterte sich der an seine Grenzen gestoßene Weltmarkt wieder. Andererseits dringen neue konkurrierende Giganten in die alten Zentren vor. Koreanische Konzerne siedeln sich inzwischen im neuen »Billiglohnland« England an, um den Protektionismus der EU-Staaten zu unterlaufen, und während in der »Tagesschau« der Eindruck vermittelt wird, nur Japan befleißige sich einer variantenreichen Importbeschränkung, verteuerte die EU südkoreanische Autoimporte durch einen Strafzoll um 30 Prozent. Die USA belegten chinesische Warenimporte gleich mit einem Zoll von über 100 Prozent.

Die Kapitalzentren Europa, USA und Japan können mit den neuen Industrien nur konkurrieren, wenn sie die Arbeitsproduktivität ständig erhöhen, um die geringeren Lohnkosten der Konkurrenz zu kompensieren. Je produktiver die Beschäftigten werden, desto mehr Menschen werden auf absehbare Zeit nicht mehr für die Mehrwertproduktion benötigt. Das Heer der Arbeitslosen, das in der marxistischen Theorie einen Druck auf die Löhne der Beschäftigten ausübt und damit eine wichtige Funktion für den Kapitalismus darstellt, wird mehrheitlich zum Ballast. Für den entsolidarisierenden Druck auf die Beschäftigten reichen nämlich die qualifizierten Potentiale in den kapitalstarken Ländern und jene in Mexiko oder in der tschechischen Republik aus. Für den »alten« Kapitalismus ergibt sich dabei das strategische Problem, daß der durch die Automation gestiegene Mehrwert – zumindest theoretisch – irgendwann von den Aufwendungen fürdie aussortierten Menschenmassen verbraucht werden könnte.

Soweit ist es noch nicht, aber in jedem Stadium der Entwicklung wird die Bewältigung dieses Problems über Siege und Niederlagen in der zwischenimperialistischen Konkurrenz entscheiden. Ein nationales Kapital oder ein Kapitalblock, dem es besser als seinen Konkurrenten gelingt, die konsumierte Kapitalmasse zu akkumulieren und als Kriegskasse zu verwenden, etwa für die Nachindustrialisierung Chinas, für die technisch verfeinerte Abschöpfung der gewaltigen Rohstoffmengen in der ehemaligen Sowjetunion, für Preisvorteile auf den Märkten, für Kriege oder für sonst etwas ihm Gelegenes, würde sich einen großen Vorsprung verschaffen.

Der materielle Ruin der Arbeitslosen und Rentner ist eine elementare Bedingung für den Erfolg eines Kapitalblocks in der Konkurrenz wie auch für den gesamtwirtschaftlichen Erfolg des Kapitalismus. Linke Keynesianer, die dem Kapital weismachen wollen, mit der Kaufkraft der Armen sinke der Profit, argumentieren abwegig. Der gesamte Kapitalbetrieb wäre am Ende, würde der Kapitalismus, um Kaufkraft zu sichern, Werte an Menschen verteilen, die selber keinen Wert produzieren. Im Sinne solcher Keynesianer wäre der Kapitalismus gut beraten, seine gesamte Mehrwertmasse nach Afrika zu verschenken – was gäbe das für eine Nachfrage! Der Kapitalismus kurbelt seine Nachfrage aber über eine wachsende Mehrwertproduktion an und nicht über Schenkungen. Nebenbei zersetzt die bloße Versorgung die für den Reproduktionsprozeß notwendige Ideologie, daß nur konsumieren darf, wer selber Werte schafft.

In der Debatte um eine dauerhafte Integration der Arbeitslosen finden wir häufig die Einschätzung, dem Kapital sei eine dafür ausreichende Mehrwertproduktion ausgegangen. Das ist nur eine Frage des Blickwinkels. Entweder fehlt es an einer ausreichenden Mehrwertproduktion, die alle Menschen auf der von kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten, nicht von Kapital, durchdrungenen Erde in Lohn und Brot bringen kann, oder es existieren für die Zwecke des Kapitalismus einfach zu viele Menschen. Die erste Annahme kann man historisch wie analytisch abhaken. Einen Anspruch, alle Menschen zu beschäftigen, kennt der Kapitalismus nicht. Und wenn nicht gerade ein Weltkrieg die Hälfte aller Gebäude, Maschinen und Materialien zerstört hatte, gab es auch keine Vollbeschäftigung. Die großen Menschenmassen, die in den ausgeplünderten und mit Kapital unterversorgten Ländern nicht in den laufenden Kapitalbetrieb integrierbar sind, sowie die Arbeitslosenheere, die durch tiefgreifende Strukturveränderungen in den Zentren auf eine Halde kommen wie vergammelte Waren im Fruchtmarkt, werden als Material identifiziert, das ein für allemal nicht mehr benötigt wird, aber ein kostspieliges Risiko darstellt. Darin liegt das Geheimnis der Verdächtigungen und Beschimpfungen.

Für den kapitalistischen Gesamtbetrieb läge heute die profitabelste Lösung im schnellen Tod der überschüssigen Menschen. Dem Nationalsozialismus, der in vielen Segmenten die kapitalistischen Wertkategorien ihrer Verfälschungen entkleidete, war einst die rentabelste Synthese von Produktivität und Tod gelungen, indem er Millionen Zwangsarbeiter in seine Produktion trieb, ohne sie zu versorgen. So schufen die aus seiner Sicht nutzlosen Elemente noch Wert, ohne selber Wert zu verbrauchen. Im Zeitalter der »Menschenrechte« wird mittelbarer gestorben. Der Bestand an überschüssigen Menschen in peripheren Regionen wird durch Unterversorgung und Geburtenkontrolle dezimiert. Durch Waffenexport und Diplomatie angeheizte Kriege helfen mit. In den reichen Staaten, in denen noch Rücksicht zu nehmen ist auf Restansprüche aus dem Klassenkompromiß (»Sozialstaat«) und auf Konsumgewohnheiten aus der langen Prosperitätszeit, muß etwas vorsichtiger agiert werden. Allerdings: Rücksicht ist ein relativer Begriff. Es wird offen debattiert, ob Menschen ab 80 Jahren oder früher die Krankenhausversorgung verweigert, ob »unproduktives« Leben überhaupt noch geboren oder das Sterben »hilfreich« beschleunigt werden soll. Der Staat läßt Wohnungslose erfrieren und senkt die Lebenserwartung armer Menschen, indem er sie von ärztlicher Versorgung abschneidet. Fast lautlos fördert die Arbeitsintensivierung ein Ableben der Arbeitskräfte noch vor Erreichen des Rentenalters – ein Massenphänomen, das die Zahl der Unfalltoten weit übertrifft. Auch die Behandlung von Asylbewerbern und rassistisch stigmatisierten Menschengruppen richtet sich vor allem nach

ihrem ökonomischen Wert bzw. ihrer Wertlosigkeit. Das Beste, das Sinnvollste, was die zur Wertschöpfung nicht brauchbaren Menschen für das kapitalistische Gemeinwesen tun könnten, wäre ihr kollektiver Selbstmord.

Soweit die kapitalistischen Staaten sich überhaupt noch um ihre Opfer kümmern, suchen sie nach den kostengünstigsten Möglichkeiten. In Deutschland wird an einen Gemeinsinn appelliert, der uns allen einmal eigen gewesen und über unserer individuellen Bereicherung abhanden gekommen sei. Das Schimpfwort »Raffgesellschaft« soll die Arbeitslosen, die Kranken und die Rentner in die Fürsorge der Familie oder der Nachbarn abdrängen. Je wärmer die Worte, desto kälter ihr Sinn. Das humanistische Gesäusel von Hilfe und Solidarität meint: Das Leben eines Arbeitslosen, der von der Familie miternährt wird, kostet das Kapital genausowenig wie sein Tod. Wie eine entblößende Karikatur sprechen die Propagandisten gern von Gemeinsinn und Verzicht, »die jeder im Falle eines Krieges selbstverständlich auf sich nimmt« (Helmut Schmidt). Es wird nicht mehr lange dauern, da wird jeder, der noch finanzielle Ansprüche an den Staat stellt, als ein von undeutschem Kommerzdenken entartetes Wesen gelten.

Wie die Versorgung der Arbeitslosen schmälert auch der Staatskonsum insgesamt den Profit. Ob Armenversorgung, Gesundheitsapparat, Renten, die Subventionierung von Schwimmbädern, Bibliotheken, Bahn, Post, Müllabfuhr, zweitem Arbeitsmarkt, Kulturbetrieben – diese Mittel stehen der kapitalistischen Akkumulation nicht zur Verfügung und sind besonders in Phasen sinkender Profitraten und wachsender Konkurrenz ein Ärgernis für die private Wirtschaft. Solange das Volkseinkommen genug abwirft, werden wachsende Staatsetats und -schulden oft relativ klaglos hingenommen. Wenn aber das Wachstum stagniert und der privaten Wirtschaft ihre Profite für den laufenden Bedarf des Staates und seiner Schuldentilgung weggesteuert werden, muß etwas geschehen. Der Keynesianismus, der Heilung verspricht, kann allenfalls den großen Krach hinauszögern, der dann um so heftiger sich entlädt, je stärker seine Methoden zwischenzeitlich die für die laufende Sanierung des Kapitalbetriebs notwendigen Korrekturen aufgeschoben haben und je voluminöser der nichtprofitable Staatssektor aufgebläht wurde.

Kaum ein staatlicher Sektor bleibt dann von der Entrümpelung verschont. Staatlich gehaltene und subventionierte Betriebe werden privatisiert und treiben ihre Tarife nach oben (Bahn, Post, Müll, Wasserversorgung, Gas, Autobahnen etc.), Länder kürzen im Bildungswesen, Kommunen sanieren ihre Kassen durch Notverkäufe oder die Stillegung von Sport- und Kultureinrichtungen. Steuerminderungen, die für eine schnelle Entlastung des Kapitals sorgen, reduzieren die Einnahmen und machen weiteren Leistungsabbau erforderlich.

Die aktuelle Dreistigkeit, mit der das Kapital und seine Politiker diesen »Umbau des Sozialstaats« vorantreiben, wäre nicht möglich ohne den dramatischen Verfall des Massenbewußtseins. Die Existenz eines politisch konkurrierenden, nichtkapitalistischen Lagers, die Grund für eine gewisse Vorsicht geboten hatte, ist entfallen und mit ihr jede sozialistische Perspektive, selbst die gedanklich freieste. Ohne eine die Verhältnisse negierende Vorstellung aber sind die Menschen den Strafandrohungen für abweichendes Verhalten – materiell droht der Entzug einer Versorgung, ideell die Isolation – schutzlos ausgeliefert. Vor nicht allzulanger Zeit noch mußten Streiks, Rebellionen und Initiativen mit Geld und geldwerten Gesetzen befriedet werden. Die verlorengegangene Konfliktbereitschaft aber erzielt keinen Preis mehr. Wer heute seinen Lohn einbüßt, entlassen, von der staatlichen Versorgung abgeschnitten, verschoben und gedemütigt wird, nimmt dies schicksalhaft hin. Der herrschende Apparat begreift es als Aufforderung zum forcierten Quälen, wenn Einsparungen, die ein Mehrfaches dessen ausmachen, was vor zwanzig Jahren zu Massendemonstrationen geführt hätte, heute ohne jeden Protest durchgehen. Es sieht ganz so aus, als leiste die steigende Zahl der Kriminellen unfreiwillig mehr Widerstand gegen den drastischen Schnitt als die gesamte Arbeiter- und Bürgerinitiativbewegung zusammen.

Die Lethargie wird nur gestört von einer nationalen Produktionsfront, die sich anschickt, die alte, verstaubte Sozialpartnerschaft zu ersetzen. Sie findet sich in der besagten Kreativität, die Gewerkschaften und Betriebsräte zur Steigerung der Produktivität aufbringen, in der Bereitschaft der Gewerkschaften, sich mit Kapital und Regierung an einen Tisch zu setzen, um »über eine bessere Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu beraten. Dabei gebe es keine Tabus« (»Zeit«). Sie findet sich ebenso in dem neuen nationalen Bündnis von Proletariern und Mittelständlern. Daimler werde, so klagt die CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, »seiner Verantwortung als deutsches Unternehmen nicht gerecht«. Die Ansiedlung eines neuen Werks im französischen Lothringen sei ein »nationaler Skandal«. Der Betriebsratsvorsitzende klagte seinerseits so lange den deutschen Standort ein, bis der Vorstandsvorsitzende Werner schließlich sagte: »Mercedes fühlt sich dem Standort Deutschland sehr wohl verpflichtet« und vorrechnete, welche hohen Investitionen noch in Deutschland geplant seien. So sorgen Kapital, Arbeit und Mittelstand gemeinsam dafür, daß Deutschland gut gerüstet in den Kampf zieht, der darüber entscheidet, wer nach dem Jahrhundert Großbritanniens und dem Jahrhundert der USA dem nächsten Jahrhundert seinen Stempel aufdrückt. Neben den Hemmnissen für ökonomische Kriege fallen auch jene für ihre militärische Fortsetzung weg.

Theoretiker, die zumindest in linken Zirkeln einen Namen haben, vermitteln den Eindruck, Esoterik, apokalyptische Stimmungen und mystische Eingebungen hätten inzwischen auch sie ergriffen. Mit seiner Weissagung des bevorstehenden Untergangs eines kapitalistischen Weltsystems, dem die mehrwertschaffende Arbeit ausgehe, kommt Robert Kurz den

Zeugen Jehovas schon recht nahe. Holloway (»Prokla«), Joachim Hirsch (»links«) und Karl Heinz Roth sehen wie er das Ende einer nationalstaatlich organisierten Welt vorher und schließen daraus, daß soziale Kämpfe keinen Staatsbezug mehr hätten. In anderen theoretischen Neuschöpfungen dominiert ein globales Geldkapital, das die Lebensverhältnisse auf der Welt einander angleichen werde, über das schaffende Kapital. Die politischen Revisionen sind bisweilen derart erschütternd, daß dem theoretischen Fundament nachgespürt werden muß.

Um die Kritik der übereinstimmenden oder sich ergänzenden Elemente ihrer Theorien nicht mit Unvereinbarem zu belasten, muß vorweggenommen werden, daß Robert Kurz eine Sonderstellung unter den Genannten einnimmt. Das von ihm schon lange phantasierte apokalyptische Ende des Weltkapitalismus, überhaupt der »negative Auflösungsprozeß der warenförmigen Zivilisation« sowie das Ende jeder Politik, mußte »positive« Vorschläge nach sich ziehen, ohne die erfahrungsgemäß die Prophetie des Untergangs nicht gut zu ertragen ist, zumal dann nicht, wenn keine Bewegung erkennbar ist, die aus dem Ende des Kapitalismus den Anfang einer ausbeutungsfreien Gesellschaft machen könnte. Inzwischen sieht Kurz eine »endlich erreichte gemeinsame Krise von Arbeit und Kapital«, die die ganze Nation erfaßt, den Daimler-Chef wie den Berber, den Deutsche Bank-Manager wie den Taxifahrer. »Negation«, »Klassenkampf«, »Antikapitalismus« – das sei alles »hilflos« und zu ersetzen durch »eine Anforderung an die Gesamtgesellschaft, die sich in den bisherigen Formzusammenhängen« halt »nicht mehr reproduzieren kann«. Der Begriff »Volksgemeinschaft« wird zwar noch schamhaft umschrieben, ist aber gemeint, denn Kurz sieht die ganze Nation in einem Boot sitzen, gehorchend dem Wort des Kapitäns, dargestellt vom deutschen Wirtschaftsführer, denn »über die Brisanz der Krise wissen bürgerliche Sozialpolitiker, Manager, Banker und Sparkassendirektoren besser Bescheid als sämtliche Restlinken zusammengenommen«.

Sie wüßten nicht nur besser Bescheid, sie meinten es auch gut mit uns allen, denn sie seien »längst nicht mehr qua Systemfunktion eisern festgelegt« (der Kreditnehmer ohne Fortune wird’s gern hören), weil »die Transformation der gesellschaftlichen Konfliktformulierung durch alle Großinstitutionen des warenproduzierenden Systems hindurchgeht«, durch die Managements genauso wie durch die Kirchen. Weil die Industriellen und Banker nicht mehr fürs Kapital, sondern zugunsten aller bzw. einer neuen Konfliktformulierung tätig seien, rückt ihre Propaganda für den nötigen Wandel der Anspruchsgesellschaft zur Risikogemeinschaft in den Rang einer absoluten Wahrheit auf. Vorbildlich weist der VW-Chef Piëch den Weg aus der Katastrophe, weil er »in einer dramatischen Kehrtwende von sich aus... die Initiative für eine drastische Verkürzung der Normalarbeitszeit ohne Lohnausgleich ergriff« (KONKRET 1/94), und da Kurz ahnt, daß seine Götterdämmerung hier ganz schnöde bei der Kurzarbeit ankommt, lügt er hinzu, damit habe das VW-Management eine »Reform gegen die Logik der warenproduzierenden Arbeitsgesellschaft« vollbracht. Wie bitte? Schaufelt VW sich sein eigenes Grab? Die vielen Autos entstammen schon keiner Warenproduktion mehr? Aber die Wirklichkeit entlarvt Kurz als Regenmacher. Die Arbeitskräfte werden bei VW als Spielmaterial mal auf Kurzarbeit mit Lohnverlust herab-, mal auf über 40 Stunden hinaufgesetzt, je nach Auftragslage. Sie wurden also dem Zweck der Warenproduktion restlos unterworfen.

In dem Maße, wie Kurz’ Affinität zur kapitalistischen Elite wächst, potenziert sich sein Haß auf alles Sozialistische und Gewerkschaftliche. Das VW-Modell testet unter anderem aus, ob das bisherige Arbeitsvolumen auch in 30 Wochenstunden zu bewältigen ist, bei Einsparung eines Viertels des variablen Kapitals. Eine Lohnsenkung mit gleichzeitiger Arbeitsverdichtung nur unter dem Freizeitaspekt zu betrachten, wäre ein wissenschaftliches und soziales Verbrechen. Nicht nur deshalb, weil manche Familie nicht mehr weiß, wie sie ihre Miete, die oftmals schon die Hälfte des Lohnes schluckt, noch bezahlen soll. Hinzu kommt eine »zugleich vergrößerte Arbeitsausgabe in derselben Zeit, erhöhte Anspannung der Arbeitskraft, dichtere Ausfüllung der Poren der Arbeitszeit... Neben das Maß der Arbeitszeit... tritt jetzt das Maß ihres Verdichtungsgrads« (Marx, *Kapital,* Band I).

In Japan heißt das neue gesellschaftliche Angstwort »Karoski«. Es meint den plötzlichen Tod am Arbeitsplatz infolge Überbelastung. Tausende brechen in Japan jährlich am Arbeitsplatz ohne erkennbare Krankheit tot zusammen, 10.000 Fälle wurden offiziell registriert und 4.000 sogar versicherungstechnisch als Streßtod im Beruf akzeptiert. Kurz aber wirft den alten Gewerkschaftsgedanken, um den Preis der Arbeitskraft zu ringen und einige Sicherheitsstandards per Tarif oder Gesetz zu verankern, zugunsten einer Systemstabilisierung über Bord. An die Stelle einer revolutionären »Aufhebung« (sein neues Lieblingswort) gewerkschaftlicher Kanalarbeit setzt er die Kapitallogik pur. Für seine jesuitischen Clans transformiert er diese schnöde Tatsache sprachlich in einen »Einstieg in eine neuartige Systemveränderung«. Nicht wenige, die einen Abschied von der Linken suchen, fahren auf das Attribut »neuartig« ab.

Daß die Kuh zu melken statt zu schlachten sei, war jahrzehntelang eine Kampfformel derer, die den Gedanken an die Enteignung des Kapitals niederhalten wollten. Kurz sagt nun, gemeinsam mit Bundesregierung und Kapitalverbänden, daß das schwache Tier auch nicht mehr gemolken werden dürfe. Die Behauptung: »Geld sei genug da« ist für ihn eine linke Entgleisung, deren implizite Anspruchshaltung die »Reformpolitik der grünen Realos auf den ersten Blick geradezu als Ausbund von Reflektiertheit und sozialökonomischer Vernunft« erscheinen lasse. Sie hätten verantwortungsbewußt den Sachzwang wahrgenommen, »daß das Geld wirklich beim besten Willen nicht so einfach da ist, wie naiverweise vermutet wurde«. Da sie »Antikapitalismus« für ebenso »hilflos« wie Kurz und seine Sparkassendirektoren halten, kann man an ihnen eigentlich nur noch den individuellen Lebensstil kritisieren, also die Angewohnheit der »Toscana-Fraktion«, noch

immer nicht »die absurde eigene Lebensführung in Frage (zu) stellen« und ihre Einkünfte für »Ferntourismus, Abenteuer-Reisen, aufwendige Sportarten« zu verschwenden. Ob das VW-Direktorium rund um Wolfsburg wandert und zeltet und so dem Hedonismus praktisch wie symbolisch einen schweren Schlag versetzt, ist unerforscht.

Wie die Wirtschaftsführer Kurz eine neue Vernunft zeigen, hat sich ihm die deutsche Nation als eine ein für allemal gutgemachte offenbart. »Deutsche Barbarei« sei »eine spezifische historische Konstellation, die niemals wiederkehren kann«. Die gute Nation, von jeder barbarischen Perspektive freigesprochen, kann ihre Geschichte »weder ungeschehen machen« noch »ewig wiederholen«, aber sie kann sie »aufheben«, und zwar nicht durch »eine ewig beteuernde Affirmation des Westens«, sondern indem sie »vielmehr eine radikale, emanzipatorische, wirklich aufhebende Kritik des Westens und seiner Kategorien« mobilisiere. »Das allein wäre die Sühne (!) und Aufhebung der deutschen Geschichte, und nicht die politizistische und demokratisch winselnde Prowestlichkeit« (Kurz, »Krisis« Nr. 14/94).

So, als aufrechter nationaler Kämpfer gegen die winselnden Prowestler, sühnt es sich am besten, besonders in Zeiten deutscher Pogrome, die nichts zu bedeuten haben, weil jene Sparkassendirektoren und VW-Spitzenkräfte dort selten zu sehen sind, unter deren Führung der Schutzwall gegen das angloamerikanische Kommerzdenken erbaut werden soll, das die Deutschen solange verführte, bis sie den schnöden Verlockungen von Ferntourismus und Abenteuer-Reisen erlagen. Vielleicht kommt aus dem Westen ja auch »das fiktive Kapital des global verzinsten Geldes«, welches »längst über jede kapitalproduktive Basis hinausgewuchert« sei.

Gegen diesen fremden »gierigen Systemprozeß des Geldes«, der von dorther wuchert, wo nach der Legende die Juden über große Macht verfügen, muß Front gemacht werden, gemeinsam mit dem zweifelsfrei der Fraktion des schaffenden Kapitals angehörenden Herrn Piëch, aber auf alle Fälle gegen die Linken, deren Bekämpfung neben der Überwindung winselnder Prowestlichkeit die angenehmste Sühne zwecks Aufhebung der deutschen Geschichte ist. Linkssein sei, sagt Kurz, »dysfunktional im Sinne weiterer Gesellschaftskritik«, der »alte Klassenkampfbegriff« sei »historisch« ohnehin verfallen, und die Theoriebildung müsse den Marxismus »aufheben«. Zwar sei die Linke »an ihr historisches Ende« gekommen, aber immer noch ein beachtliches Ärgernis, dessen »Kapitulantentum... unter der dünnen Haut des platten Antifaschismus und Antinationalismus... zum Vorschein« komme. (Da es Absicht unserer Arbeit ist, vor aufgeblasener Prognostik zu warnen, wollen auch wir uns mit Vermutungen zurückhalten: Es steht nicht fest, daß Robert Kurz an die Seite Noltes und der »Jungen Freiheit« finden wird. Aber es ist auch nicht ausgeschlossen.)

Die Befindlichkeit linker Theoretiker scheint stets mit den kapitalistischen Konjunkturen synchron zu verlaufen. »So wie die Heftigkeit und Dauer der Vorkriegskrise zur Annahme verleitete, es mit der letzten Krise zu tun zu haben, so hat die Länge und Macht der Nachkriegskonjunktur die Illusion erweckt, daß es dem Kapital tatsächlich gelungen ist, seiner inneren Schwierigkeiten Herr zu werden« (Paul Mattick). Schon während der Weltwirtschaftskrise 1929ff. führte »der Streit für oder gegen die Zusammenbruchstendenz der kapitalistischen Wertproduktion... zu keinem beachtenswerten Ergebnis. Durch eine neue, in den Krieg einmündende Krise gelang es dem Kapital ein weiteres Mal, die zu einer neuen Konjunktur notwendigen Strukturveränderungen im internationalen Rahmen vorzunehmen.«

Auch heute werden wieder Spekulationen auf den linken Ideenmarkt geworfen, die um so fanatischer verteidigt werden, je haltloser sie sind. Kurz wirft nicht weniger als der »gesamten Menschheit« vor, »Halluzinogene eingenommen« zu haben, weil sie ihm nicht abnehmen wolle, »daß das unheilbar kranke westliche Marktsystem... lediglich als letzter Teil des globalen Gesamtsystems zusammenbrechen wird«. Dem Kapitalismus gehe weltweit die Arbeit aus, und dies sei ein »irreversibler Zustand«. Holloway meint erkannt zu haben, daß die »tiefe Rezession... alle Behauptungen, daß der Kapitalismus sich in eine neue Phase profitabler Produktion hineinentwickelt..., wenig überzeugend erscheinen läßt«.

Die jüngsten Krisenerscheinungen kündigten sich seit etwa 20 Jahren an. Die lange Prosperität nach dem 2. Weltkrieg hatte den Kapitalstock offensichtlich in eine Größenordnung getrieben, die die Grenzprofitabilität sinken ließ. Dies drückte sich in abgeflachten Wachstumsraten, in Akkumulationsstockungen und in einer wachsenden Geldanlage aus. Da Prosperitätsphasen zugleich konsumfördernd sind, belastete ein gestiegener privater und staatlicher Konsum zusätzlich die sinkende Profitabilität der Wirtschaft. Volle Auftragsbücher machten den Kapitalisten geneigt, Stillhaltelöhne zu zahlen, und der Staat leistete sich allerlei Programme über Kredit, in der Erwartung, der sich fortsetzende Aufschwung werde ihm für die Tilgung genügend Geld in die Kasse bringen. Zur gleichen Zeit wurde aber immer auch schon an der Sanierung der Profitrate gearbeitet. Technische Innovationen senkten Kapitalkosten und steigerten die Produktivität. Produktionsbereiche wurden in Länder mit niedrigen Lohnkosten verlagert. 1975 bereits proklamierte Kanzler Schmidt den Wechsel von den »inneren« zu den »bezahlbaren Reformen«, und schon seit Jahren sinkt die Lohnquote zugunsten der Kapitaleinkommen.

Weit vor Kontinentaleuropa wurden in den USA und Großbritannien radikale Einschnitte zwecks Steigerung der Konkurrenzfähigkeit ihrer Ökonomien vorgenommen. Über die USA schrieb die »Wirtschaftswoche«: »Während in den 80er Jahren das schnelle Geld an der Wall Street Börsenzocker... zu Helden der Nation machte und das mühsame Produzieren von Gütern als überholt galt, besinnen sich die USA wieder auf ihre industrielle Stärke.« Was hier wie ein Heldenepos aus Hollywood dargestellt wird, war kapitalistische Naturwüchsigkeit. Solange Japan billiger produzierte und

die USA darüber hinaus über die Terms of Trade aus vielen Ländern der Erde mühelos abschöpfen konnten, nahm die eigene Kapitalbildung ab, und die Überschüsse flossen in Finanzspekulationen. Der gesamte industrielle Komplex wurde in der Folge von einer flächendeckenden Kapitalentwertung und -zerschlagung erschüttert. Kapitalansammlungen, die nicht mehr konkurrenzfähig waren, wurden dem Verfall überlassen wie die Menschen, die für sie gearbeitet hatten. Als noch keiner zu ahnen schien, was Deutschland bevorstand, ergötzte man sich hierzulande an Bildern zerfallener Stadtteile der einst blühenden Automobil-Weltmetropole Detroit.

Dazu floß etwa aus den USA leicht verschiebbares Kapital in die mexikanische Grenzregion, deren niedrige Löhne den Druck auf die US-amerikanischen Einkommen noch verstärkten. Als es Anfang der 90er Jahre so weit war, daß »80 Prozent der Beschäftigten in den USA heute niedrigere Realeinkommen beziehen als 1973« (Massachusetts Institute of Technology), stiegen die Unternehmergewinne im verarbeitenden Gewerbe und die Industrieinvestitionen 1992 wieder um je 14 Prozent. »Heute liegt die Arbeitsproduktivität in Schlüsselbranchen wie der Auto- und Autozulieferindustrie, bei Elektronik und Computern in den USA deutlich über deutschen Vergleichswerten... Auch bei den Arbeitsplätzen geht es in den USA voran... Allein in diesem Jahr 2 Millionen neue Arbeitsplätze... Autoindustrie und Stahlerzeugung, Elektronik und sogar der klassische Maschinenbau präsentieren sich wettbewerbsfähig wie schon lange nicht mehr« (»Wirtschaftswoche«). Der US-Ökonom Laffer meint: »Japan ist, was Wachstum angeht, mausetot...« Aus der Krise werde Deutschland als »einzige wirtschaftliche Supermacht neben den USA« hervorgehen. Erinnern wir uns an die linken Konjunkturtheorien bzw. Theoriekonjunkturen. Anfang der 80er Jahre gab kein großer Theoretiker mehr einen Pfifferling auf die USA. Von einem sterbenden Riesen, einem Auslaufmodell war die Rede, welches allenfalls noch kriegerisch den Rest der Welt mit in seinen Kollaps hineinziehen würde.

Ob nur Deutschland und die USA gestärkt aus der Krise hervorgehen werden, steht nicht fest. Auch in Großbritannien wird seit über 15 Jahren kräftig saniert. Die Kapitalzerschlagung erfaßte dort u.a. den gesamten Bergbau und die Stahlindustrie, die Rechte der Gewerkschaften wurden bis nahe an deren faktische Auflösung beschnitten, der Staatsetat wurde zugunsten der Profitproduktion derart kraß reduziert, daß heute nicht einmal die Rolltreppe in einem U-Bahnschacht mehr repariert werden kann und die reduzierte Krankenversorgung die Lebenserwartung wieder sinken läßt. Die Löhne sind auf 75 Prozent ihres alten Niveaus geschrumpft, so daß 1993 in England die Industrieproduktion wieder um 4,6 Prozent gestiegen war, die Exporte einen Satz nach vorn machten und die Zahl der Arbeitslosen wieder sank. Inzwischen siedelt sich südkoreanische Produktion in England an, weil bei einem Stundenlohn von etwa 7 Mark in beiden Ländern die Nähe zum europäischen Markt der entscheidende Standortfaktor geworden ist.

Was im Zuge der permanenten Sanierung der Profitrate noch geschah: Der »friedliche« Zusammenbruch des RGW ermöglichte eine Kapitalvernichtung, die sonst nur in Weltkriegen denkbar schien. Viele kleine Kriege arbeiten weiterhin an dieser Aufgabe. Gleichgültig, wie zaghaft sich daraus eine Mehrwertproduktion mit einem entsprechenden Markt entwickelt, sie wird jetzt eine kapitalistisch verwertbare sein. Im Vergleich zu dieser positiven Aussicht, die sich mit einem Zugriff auf billige Rohstoffe aller Art verbindet, ist der verlorene RGW-Markt keine Größe. Die BRD exportierte als führendes Land einst gerade 2 Prozent ihrer Gesamtausfuhren in den RGW-Raum. Der Zugriff auf günstige Arbeitskräfte in Osteuropa aber entwertet die Arbeitskraft in westeuropäischen Kapitalzentren. Die Phase, in der die Imperialisten ausschließlich in der 3. Welt Rohstoffe und Agrarprodukte ausplünderten, ohne dort neue Märkte zu installieren, geht für einen Teil der Welt ihrem Ende entgegen, während der Teil, der keine Basis für eine Kapitalisierung vorweisen kann, um so tieferer Armut preisgegeben wird. Für 1994 errechnete die OECD folgende Wachstumsschübe: 10 Prozent in China, 8 Prozent jeweils in Malaysia und Thailand, 7 in Singapur, 6 je in Taiwan und Argentinien, 5,5 in Südkorea.

Durch die permanente Krisenbereinigung vermehren selbst die Wirtschaftskolosse ihr Sozialprodukt jährlich wieder um 3 bis 4 Prozent. Die partielle Sanierung der organischen Zusammensetzung des Kapitals faßte VW-Chef Piëch in die Worte: »Wir haben... versucht, die Menschheit mit einer hoch mechanisierten Ausstattung zu beglücken, und dabei vergessen, daß in Spanien Lohn- und Lohnnebenkosten preiswerter, in der Tschechischen Republik noch preiswerter und in China am preiswertesten sind. Es ist unsere Aufgabe, mit einer niedrigen Mechanisierung die Menschen einzusetzen, solange sie wenig kosten, und damit ein gutes Geschäft zu machen« (»Handelsblatt«). Mit einem in Shanghai gebauten Volkswagen würde man »die Japaner an jedem Platz dieser Region, auch in Japan selbst, aufrollen«.

Die Behauptung, dem Kapitalismus gehe die mehrwertschaffende Arbeit aus, entpuppt sich schon bei einer wenig aufwendigen Analyse als apokalyptische Weissagung zur Gewinnung denkfauler Jünger. Die weltweite Beschäftigung – ohne Jobs in der Schattenwirtschaft – zeigt für die Zeit von 1983 bis 1992 (einige Staaten wurden nur bis 1991 ausgewiesen) folgende Entwicklung: In den kapitalstarken Staaten stagnierte die Beschäftigung nur in Schweden, sonst wuchs sie überall: in den USA um 17, in Japan um 12, in Australien sogar um 22 Prozent. In Westeuropa machte die Beschäftigung in den Niederlanden einen Sprung von 30 Prozent (darunter viele Zeitarbeiter/innen), in Dänemark einen um 12 Prozent. In der BRD (West) wuchs sie um 11 Prozent, in Großbritannien um 8 Prozent, in der Schweiz um 7, in Italien, Portugal, Frankreich, Norwegen nur um 3 bis 4 Prozent. Viele dieser Jobs sind keine in der Industriearbeit.

Anders sieht die Sache aber außerhalb der Staaten mit hoher Kapitalkonzentration aus. Dort resultiert der Zuwachs an Arbeitsplätzen überwiegend aus dem Wechsel von der Agrar- zur Industriearbeit: In China wuchs die Beschäftigung von 1983 bis 1992 um 28 Prozent, das sind absolut 130 Millionen Lohnarbeiter mehr. In vielen asiatischen Ländern explodierte die Beschäftigung geradezu: In Thailand um 35, in Südkorea um 30, auf den Philippinen um 26, in Singapur und Malaysia um je 23, in Hongkong um 13, in Indien um 26 und in Pakistan um 19 Prozent. Auch in Ländern Mittel- und Südamerikas explodierte die Lohnarbeit. In Chile wuchs die Beschäftigung um 50 Prozent, in Venezuela um 37 und in Brasilien um 29 Prozent. Bis Ende 1992 stand Mexiko mit einem Plus von 70 Prozent ganz vorn. Die aktuelle Krise des Landes könnte wegen seiner Einbindung in den freien Waren- und Kapitalverkehr der Nafta einen ähnlichen Prozeß wie in Osteuropa einleiten. Dort war die Beschäftigung infolge der Deindustrialisierung rückläufig. An der Spitze behauptete sich dabei das besonders marktwirtschaftliche Ungarn mit einem Minus von 35 Prozent. In Afrika stagnierte die Beschäftigungsrate oder nahm in einigen Ländern leicht zu.

Selbstverständlich könnte die Kapitalmenge, die in den genannten Ländern bewegt wird, einen eklatanten Wachstumseinbruch in den Staaten mit höherem Kapitalstock nicht wettmachen. Solange aber die Mehrwertproduktion in den Zentren weiter wächst – nach den bereits vorgenommenen Sanierungen sogar wieder schneller als vor der Rezession – und solange dazu horrende Zuwächse in den neuen Industrienationen erzielt werden, bleibt die Prognose von den auslaufenden Märkten ein Scherz, und von einem Ausgehen der Mehrwertproduktion kann nur ein Scharlatan reden. Das gilt auch für die kapitalstarken Zentren selber. Zwar sank laut offizieller Statistik in 21 Jahren (1970 bis 1991) der Anteil der Industriearbeit zugunsten der Arbeit in Dienstleistungssektoren: in der BRD etwa von 49 auf 31 Prozent, in Großbritannien von 43 auf 20 Prozent, in Frankreich und Japan gleichermaßen von 27 auf 24 Prozent und in den USA von 26 auf 17 Prozent. Dafür gibt es allerdings Gründe, die nicht das Ende des Kapitalismus ankündigen. Der erste ist die irreführende Statistik. »Die statistische Verwirrung zwischen der Art des Jobs und der Art des Unternehmens führt dazu, daß die Auslagerung von Dienstleistungen, die früher von Großunternehmen selbst erbracht wurden, als Verlust von Industriejobs erscheint« (»Wirtschaftswoche«). Ein Teil der Dienstleistungen ist zudem produktive Arbeit. Computerdienstleistungen waren ehedem kapitalistische Planungs- und Entwicklungsarbeit in der Produktion. Inzwischen ausgelagerte Speditionsbetriebe, Werkstatt- und Reparaturdienste, Werksreinigungsdienste wurden nur statistisch ausgelagert. Der ehemalige Industriechef Tyll Necker schätzt: »Im Westen (Deutschlands) sind mehr als die Hälfte aller Dienstleistungen von der Industrie abhängig.«

Für die imperialistischen Staaten sind nicht die Beschäftigungszahlen, die auf sie entfallen, wichtig, sondern die Terms of Trade und ihre militärische Kontrolle bzw. die Putschhoheit. Aus kapitalistischer Sicht kann es sinnvoll sein, woanders Teile der Produktion anzusiedeln und für die weltweite Vernetzung, Vermarktung, Finanzverschiebung u.ä. dienstleistende Apparate in der eigenen Operationszentrale überproportional auszudehnen. Dem Kapitalismus als ganzem wird nicht die Arbeit ausgehen, wenn einer Senkung der Industriearbeit in Deutschland um rund 2 Millionen Stellen 130 Millionen neue Arbeitsplätze in China gegenüberstehen.

Die hohe Arbeitslosigkeit in den führenden Industrienationen, die bei Kurz und anderen so viel neue Theoriebildung hervorruft, ist in der Geschichte des Kapitalismus alles andere als neu. Außergewöhnlich war die kurze Phase der Vollbeschäftigung in den 60er Jahren, die ohne die größte Kapitalzerschlagung der Geschichte im voraufgegangenen Weltkrieg nicht denkbar gewesen wäre. »Vollbeschäftigung im Sinne der 50er und 60er Jahre war eine historische Ausnahmeerscheinung« (Ralf Dahrendorf). In früheren kapitalistischen Phasen hatte die Unterbeschäftigung schon völkerwanderungsähnliche Migrationen, etwa nach Nordamerika, ausgelöst. Zwar bietet heute der hohe Automationsgrad in den reichen Industrieregionen eine analytisch faßbare Größe für die Prognose, daß die Menschenmassen zumindest in traditionellen Lohnarbeitsverhältnissen nicht mehr integrierbar seien, gleichwohl weiß niemand, ob die außerhalb eines vergleichbaren Automationsschubs entstandenen Arbeitslosenheere der 30er Jahre ohne den Weltkrieg jemals wieder in Lohn und Brot gekommen wären. Wir stehen also kaum vor einem grundsätzlich neuen oder gar erstmaligen Problem der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

Das prophezeite generelle Ende des fordistischen Konsumsystems trifft ebensowenig die Wahrheit. Sowohl in den 30er als auch in den 50er Jahren war der Fordismus alles andere als ein System der Sozialvorsorge und hoher Löhne, sondern eines der Ausbeutung bis an die Grenze physischer Belastbarkeit. Neben der Ankündigung von Lohnerhöhungen für die Stammbelegschaften »entließ er Zehntausende und erhöhte das Arbeitstempo derart, daß eine offizielle Studie feststellte: Arbeiter, die vier oder fünf Jahre bei Ford gearbeitet haben, sind derart ausgesogen und ausgemergelt, daß kein anderer Arbeitgeber sie einstellen will« (Mandel/Wolf in *Cash, Crash und Crisis*). Soweit die beginnende Massenfertigung Warenmassen ausspuckte, die auch Abnehmer finden mußten, um die Kapitalverwertung hinzubekommen, basierte die steigende Konsumnachfrage auf einer großen Nachfrage nach Arbeitskräften, die die Löhne klettern ließ. Auch ein Kapitalismus mit anderem Namen handelt nicht anders als der damalige. Durch die drastisch gesunkene Nachfrage nach Arbeitskräften und durch die sich billig anbietende Konkurrenz in Osteuropa und anderswo sinken die Löhne in den kapitalstarken Zentren. Auf der anderen Seite treibt die beständig hohe Nachfrage nach Arbeitskräften in den neuen

Industrieländern dort die Löhne nach oben, soweit nicht der marktwirtschaftliche Effekt durch eine diktatorische Zwangsbewirtschaftung ausgehebelt wird. So wurde in Burma Zwangsarbeit angeordnet, um das Land für den Ferntourismus mobil zu machen, aber in der Industrienation Südkorea stiegen die Löhne in den letzten 7 Jahren jedes Jahr durchschnittlich um knapp 18 Prozent und erreichen heute etwa das Lohnniveau Schottlands.

Der Kapitalismus am Ende? Eine Gesellschaft nach dem Kapitalismus setzt nicht zuletzt ein sie erkämpfendes Bewußtsein voraus. »Eine rein ökonomische Betrachtung des Kapitalismus und seiner Bewegungsgesetze ist eine marxistische Unmöglichkeit« (Paul Mattick). Wenn das Massenbewußtsein keine befreiende Gesellschaft für sich will – und im Augenblick sieht nichts danach aus – , kann es selbst nach einem Zusammenbruch des kapitalistischen Wertsystems nur eines geben: Kapitalismus, und zwar auferstanden aus Ruinen, so wie er nach dem 2. Weltkrieg in Westeuropa und insbesondere im Westteil Deutschlands, wo man ihn in seiner schrecklichsten Form installiert hatte, auferstanden ist. Das Bewußtsein am »Ende« ist jedenfalls eher auf dem Stand, den Karl Marx am Beginn des Kapitalismus beobachtet hat: »Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion... hatte die öffentliche Meinung von Europa den letzten Rest von Schamgefühl und Gewissen eingebüßt.«

*Im nächsten Heft: Hat das Finanzkapital alle Macht? Werden Staaten zu hilflosen Staubecken? Kann Bayer von Leverkusen nach Neu Delhi flüchten? Gleichen sich die Lebensverhältnisse weltweit an?*

**Thomas Ebermann und Rainer Trampert schrieben in KONKRET 1/95 über Harald Schumacher**

Konkret 03/95, S. 38

**Georg Fülberth**

# Kapital ohne Raum

**Erinnerung an den Gesellschaftswissenschaftler Reinhard Opitz aus Anlaß der bevorstehenden Veröffentlichung seines Nachlasses**

Der Gesellschaftswissenschaftler und Publizist Reinhard Opitz starb 1986 an Krebs, knapp zweiundfünfzig Jahre alt und bitter arm. Die arbeit- und geldgebenden Instanzen hatten ihn sich vom Halse gehalten, und das war ihnen leicht gefallen: Der am Schreibtisch und am Vortragspult souveräne Mann war hilflos wie ein Säugling, wenn es darum ging, sich zu verkaufen. Deshalb sei in drei marktschreierischen Superlativen nachgereicht, was er nicht wußte und was ihm jetzt auch nicht mehr hilft: Er war einer der originellsten, solidesten und produktivsten linken Köpfe in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren.

Die folgenden biographischen Angaben beruhen vollständig auf der von Ilina Fach und Rainer Rilling verfaßten, noch ungedruckten Einleitung zur Edition des Opitz-Nachlasses.

Opitz, 1934 in Beuthen geboren, in Halle aufgewachsen, gründete in Tübingen eine »Studentische Aktion« gegen die Wehrpflicht und handelte sich eine Disziplinarstrafe der Universität »wegen Beleidigung des alten und neuen Soldatentums« ein. 1956 trat er dem SDS bei. Seine journalistische Tätigkeit begann beim »Studentenkurier«, aus dem 1957 KONKRET hervorging. Hier war er Redakteur der Westberliner Ausgabe. Der SDS schloß 1959, in vorauseilendem Gehorsam gegenüber der SPD, ihn und andere Mitglieder der sogenannten KONKRET-Gruppe aus. 1960 verließ Opitz die Zeitschrift. Er arbeitete danach als Pressesprecher der Deutschen Friedens-Union, dann als Angestellter des Pahl-Rugenstein-Verlags in Köln, schließlich noch einmal bei der DFU. Zuletzt war er Privatgelehrter und freier Autor, dessen Wirkungsmöglichkeiten durch sein schmales, ständig unscheinbarer werdendes politisches Umfeld einerseits gegeben, andererseits begrenzt waren. Bewerbungen an Universitäten schlugen fehl. Wenige Freunde unterstützten ihn. Bei einem Aufenthalt in Halle schrieb er 1979 an Kurt Gossweiler: »Du hast nur zu recht mit Deiner Vermutung, daß ich mich nicht gemeldet habe, weil in meinen Dingen alles schief gelaufen ist. Bin jetzt erst einmal für ein paar Tage ... zu meinen Ursprüngen zurückgekehrt und überdenke von hier aus mein – nun als gescheitert anzusehendes – Leben seit jener einstigen Zeit hier.«

Opitz' Thema war das, was er die »Kapitalistische Integration« nannte. Er fragte nach den – auch – ideologischen Mitteln, mit denen ein System seinen Zusammenhalt sichert, in dem die ökonomische und die tatsächliche politische Macht in einer sehr schmalen Spitze konzentriert ist, das aber den Volksmassen das allgemeine Wahlrecht zugesteht. Die Antwort: Sozialliberalismus und Faschismus.

1965 erregte er Aufsehen mit seinem Aufsatz »Der große Plan der CDU: die ›Formierte Gesellschaft‹«. In diesem Konzept sah er eine liberale Modifikation der Volks- und Betriebsgemeinschaft. Die Große Koalition schien ihn zu bestätigen, die Regierung Brandt/Scheel konnte als eine Widerlegung mißverstanden werden. Inzwischen zeigt sich, daß das, was zunächst als hilfloses Gefuchtel des Kanzlers Erhard erschien, ein dauerhaftes Motiv ist.

Opitz mobilisierte immer wieder historisches Material, um mit Illusionen der Gegenwart fertig zu werden. Seit Ende der sechziger Jahre arbeitete er an der Analyse des Sozialliberalismus. Diesen verstand er als einen parteienübergreifenden Integrationsversuch (Monopolkapitalismus plus Sozialreform) und zugleich als Vermeidung von Demokratie. Adenauer war für ihn ebenso ein Sozialliberaler wie der SPD-Mann Friedrich Ebert. Opitz' »Liberalismuskritik und die Zukunft des liberalen Motivs« – 1972 in den »Blättern für deutsche und internationale Politik« erschienen – hatte eine ähnlich starke und erhellende Wirkung wie die frühere Schrift über die Formierte Gesellschaft. Die geschichtlichen Voraussetzungen klärte er in seiner Marburger Dissertation »Ideologie und Praxis des deutschen Sozialliberalismus 1917-1933. Untersucht unter besonderer Berücksichtigung von Paul Rohrbach, Ernst Jäckh, Theodor Heuss, Walther Rathenau und Erich Koch-Weser«. Sie ist 1973 unter dem Titel *Der deutsche Sozialliberalismus 1917-1933* als Buch erschienen. Nach der Lektüre wissen Sie, daß weder Zufall noch Fraktionsdisziplin die Ursachen dafür gewesen sind, daß der erste Präsident der Bundesrepublik 1933 als Reichstagsabgeordneter für Hitlers Ermächtigungsgesetz stimmte.

Opitz hat sich immer bemüht, eine radikaldemokratische Minderheitslinie im Liberalismus sichtbar zu machen. Hellmut von Gerlach ist noch ihr bekanntester Vertreter, Otto Lehmann-Rußbüldt und Ludwig Quidde gehören aber für das heutige Bewußtsein fast schon zu einer Geheimgeschichte. Diese Richtung trug bei Opitz zusammen mit den Linkssozialisten und den (von ihm selten erwähnten, aber in völliger Selbstverständlichkeit hinzugerechneten) Kommunisten zur »demokratischen Bewegung« bei.

Sozialliberalismus und deutscher Faschismus waren in seiner Interpretation Ausformungen einer gemeinsamen Voraussetzung: des Imperialismus. Was er darunter zu verstehen hatte, erklärte er sich durch die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Sie war für ihn eine Hypothese, die er außerhalb der Ökonomie, die nicht sein Feld war, selbständig anwandte. Dimitroffs Faschismus-Definition hat er gründlich reflektiert. Bei ihm war sie niemals die öde

Legitimationsformel für Verschwörungsvorstellungen. In der Charakterisierung einzelner Verbände, Unternehmen und Personen konnte er deutlich machen, was das ist: das Wirken der »extrem reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« (Dimitroff, 1935). Die Bindung des Faschismus an eine konkrete Klassenkonstellation im Kapitalismus schloß für Opitz jede Verwendbarkeit der Totalitarismustheorie, mit der er sich mehrmals kritisch beschäftigte, aus.

1984 erschien das Buch, das als sein Hauptwerk gelten kann: *Faschismus und Neofaschismus.* Es handelte sich um eine vom Verlag gekürzte Fassung. 1988 kam der vollständige Text in zwei Bänden postum heraus. Der erste trägt den Titel *Der deutsche Faschismus bis 1945,* der zweite heißt: *Neofaschismus in der Bundesrepublik.* Doch selbst wenn Sie nur die – immerhin auch schon 537 Seiten starke – Kurzfassung zur Hand nehmen, kann Ihnen die Fülle des Materials und die zugleich präzise wie stürmische Diktion den Atem nehmen. Dieses Buch paßte in keinen der üblichen Faschismus-Diskurse. Massenbewegungen, Zirkel, einzelne Ideologen, finanzielle und industrielle Aktionen werden je für sich so behandelt und zugleich in Beziehung zueinander gesetzt, daß die einzelnen Elemente unverkürzt bleiben und doch durch die Gesamtheit des (monopol)kapitalistischen Systems bestimmt sind. Hier wird auch klar, daß Ernst Nolte selbst dort unrecht hat, wo seine Beurteilung des Faschismus ein Moment Wahrheit enthält: nämlich in der These, dieser sei in erster Linie antibolschewistische Selbstverteidigung des »liberalen Systems« gewesen. Da ist was dran, aber er war zugleich mehr: ein Organisationsprinzip der bürgerlichen Gesellschaft in einer gegebenen (nicht unwiederholbaren) historischen und nationalen Situation.

Opitz verstand etwas von Bildender Kunst und viel von Musik, doch er taugte nicht zum Generalisten. Mit zuweilen scholastisch anmutender Sturheit zog er sein Programm durch: Nachweis der kapitalistischen Essenz in der ereignis- und ideologiegeschichtlichen Vielfalt. Manches, was seine Zeitgenossen aufregte – etwa der Reale Sozialismus, den er pragmatisch als die Negation des Hauptübels gerade mal zur Kenntnis nahm – , interessierte ihn einfach nicht.

Opitz hat vier Bücher und über hundert Artikel – oft an heute schwer zugänglichen Stellen – veröffentlicht. Den größeren Teil seiner Texte aber stopfte er in seine Schubladen, und er gab sie entweder überhaupt nicht oder nur widerstrebend weg. Sein Verhältnis zu Lektoraten und Redaktionen war kompliziert. Er hing an seinen oft seitenlangen Sätzen. Kürzungen und Begradigungen ertrug er nicht.

So fanden sich in seinem Nachlaß 6.000 Seiten Text. Georg Biemann in Köln hat das Material gesichtet und verzeichnet, Rainer Rilling brachte es zunächst in das Institut für Politikwissenschaft in der Marburger Universität, danach in die »Forschungs-, Informations- und Bildungsstelle (FIB) beim Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler«, wo es bearbeitet wurde.* 1995 soll mit Hilfe der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur der erste Band einer vierteiligen Nachlaß-Ausgabe erscheinen. Diese enthält die Hälfte des Bestandes.

Es zeigt sich, daß vieles, was Opitz veröffentlicht hat, nur momentane Zusammenfassung und Ausschnitt weit umfassenderer Studien gewesen ist. So gibt es unter anderem ein 500 Seiten starkes Manuskript zu den Phasen kapitalistischer Integration. Opitz beginnt dabei nicht erst mit der monopolistischen Phase, sondern behandelt zum Beispiel ausführlich den Staatsrechtler und Theoretiker konservativer Sozialreform Lorenz von Stein (1815-1890). Ein weiterer umfangreicher Text befaßt sich mit der politischen Biographie Ernst Röhms und den Machtkämpfen im Zusammenhang mit dem Blutbad vom 30. Juni 1934.

Leider ist ein Teil der Produktion von Opitz nicht mehr vollständig rekonstruierbar: Das sind seine zahlreichen Vorträge. Er war mehr als ein Geheimtip und hatte in vielen Städten sein Publikum, das sich gern versammelte, wenn er angekündigt war. Dabei war nie auszumachen, ob die Heiterkeitseffekte, die er – ernst argumentierend und zugleich sarkastisch erscheinend, die Lesebrille um die Hand wirbelnd – so nebenbei erzielte, kalkuliert oder unbeabsichtigt waren. Die drastische Wirkung ergab sich nämlich nicht aus seinen Formulierungen, sondern aus dem Inhalt des Referierten. Von all dem sind immerhin ein paar Tonbandprotokolle und viele Notizen erhalten, denn er bereitete sich gründlich vor.

Wenn es mit rechten Dingen zuginge, dann müßte die Opitz-Edition in den nächsten Jahren Aufsehen erregen. Da trifft es sich gut, daß – unabhängig davon, aber zugleich als eine Art Präludium – 1994 eine frühere Arbeit von ihm neu veröffentlicht worden ist: die Dokumentation *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945,* erstmals erschienen 1977. Nur ein kleiner Teil des 1.070 Seiten starken Bandes ist von Opitz geschrieben: das Vorwort und die Anmerkungen. Doch die gesamte Konstruktion ist von ihm und bringt seine Konzeption zum Ausdruck. Er greift bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück und beginnt mit Friedrich List. »Die Kontinuitätslinie des Expansionismus nimmt in der deutschen Geschichte praktisch mit dem gleichen Augenblick ihren Anfang, in dem das deutsche Industriekapital überhaupt als ein irgendwie nennenswerter politischer Faktor von einiger Selbständigkeit in sie eintritt, lange ehe von einem ausgebildeten Monopolkapitalismus die Rede sein kann und Jahrzehnte bevor es sich überhaupt den Nationalstaat errungen hatte.« Für die spätere Zeit ist die Monopolgruppen-Theorie nützlich: Opitz zeigt, wie eine von Junkern und Schwerindustrie getragene, scharf expansionistische Kapitalfraktion mit einer scheinbar milderen, »nur« auf die Gründung eines deutsch hegemonierten »Mitteleuropa« zielenden Variante konkurriert, wie aber beide sowohl im ersten Weltkrieg als auch unter Hitler sich gern kombinierten. Dabei blieb die flexiblere Variante auch im Nationalsozialismus präsent. Hermann Josef

Abs' Gedanken über »Aktive Kapitalpolitik« vom Oktober 1940 zum Beispiel konnten nach einem Sieg ebenso brauchbar sein wie nach einer Niederlage: Auslandsinvestitionen waren allemal sinnvoll.

Im Vorwort wird der Zweck der Dokumentation genannt: zu belegen, »wie jeweils der Strom von der ›Ökonomie‹ zur ›Politik‹ verlief«. Unterwegs standen Professoren, Publizisten oder auch der Pastor Friedrich Naumann Spalier. Texte von Thyssen, Rathenau und Röchling sind eine winzige Minderheit. Die Massenwirkung haben die schwadronierenden Intellektuellen – vom Ordinarius bis zu den Schullehrern vom Deutschen Flotten-Verein, den Krupp förderte – erzeugt. Durch sie wurde platzgreifendes Kapital zum Volk ohne Raum. Dabei bleiben die Prioritäten klar: Vom »Primat der Politik« hält Opitz nichts. Deutscher Kapitalismus: Das Substantiv behandelte er immer nur zusammen mit dem Adjektiv, und umgekehrt.

Der dicke Band ist wiederum lediglich Teil eines größeren Unternehmens. In Opitz' Nachlaß finden sich Materialien zu einem weiteren Buch, welches die Kolonialkonzeptionen dokumentiert. Außerdem plante er einen »Fortsetzungsband, der die Entwicklung der Europastrategien des deutschen Kapitals ab 1945 bis zur Gegenwart weiterverfolgt«. Für notwendig hielt er auch eine Dokumentation der jeweiligen innenpolitischen Folgen. Sie regte er als eine Arbeit für andere an. Der letzte Abschnitt der Dokumentation trägt die Überschrift: »Überleitung zur Geschichte der Bundesrepublik«. Das NS-Modell der Integration und Expansion wird durch das sozialliberale abgelöst.

Opitz' fortdauerndes Interesse am Faschismus kam daher, daß er ihn für eine mögliche Option hielt, falls der reformistische Weg nicht länger gegangen werden kann. Offen bleibt, ob dies dann zwingend die einzige Lösung wäre. Ein neuer Kapitaltyp braucht nicht Raum, sondern Bewegungsfreiheit. Vielleicht sind andere Integrationsformen außer Faschismus und Sozialliberalismus – die beide auf dem sogenannten »Fordismus« beruhten – denkbar. Opitz hat eine ausschließlich historische Antwort gegeben. Eine Fortsetzung seiner Arbeit angesichts neuer Phasen des Kapitalismus wird sein Niveau halten müssen.

* »Editionsprojekt Nachgelassene Schriften von Dr. Reinhard Opitz, Köln«, c/o Forschungs-, Informations- und Bildungsstelle (FIB) des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi). Gisselberger Straße 7, 35037 Marburg, Tel. 06421/15627

Reinhard Opitz (Hrsg.): *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945.* 2. Aufl, Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger GmbH, Bonn 1994, 1.070 Seiten, 78 Mark

**Georg Fülberth schrieb in KONKRET 1/95 über Sarah Wagenknechts Analyse der imperialistischen Ostpolitik**

Konkret 03/95, S. 40

**Heiner Möller**

# Die Sache der Nation

**Von der Vaterlandslosigkeit zum Nationalkommunismus – die Geschichte einer deutschen Erweckungsbewegung**

Mit dem »Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands«, das sie im November 1952 der Öffentlichkeit präsentierte, erreichte die KPD den Gipfel der nationalkommunistischen Entwicklung. Bereits im ersten Absatz verabschiedete sich der Text von jeglichem Internationalismus und appellierte an die nationale Gesinnung der Deutschen: »Die Bevölkerung in Westdeutschland befindet sich in schwerer Not. Schon der verbrecherische Krieg Hitler-Deutschlands und die Niederlage, die ihm folgte, brachten Millionen Todesopfer und große Zerstörungen. Nach dem Krieg aber geriet Westdeutschland – von Ostdeutschland abgeschnitten – in die Sklaverei der amerikanischen, englischen und französischen Kapitalisten. Es erwies sich, daß die drei kapitalistischen Staaten – die USA, England und Frankreich – den vergangenen Krieg nicht mit dem Ziel geführt haben, Deutschland von der Hitler-Herrschaft zu befreien, wie sie das während des Krieges erklärt haben. Ihr Ziel war, Deutschland als Staat zu vernichten, als Konkurrenten auszuschalten, seine Reichtümer an sich zu reißen und auszubeuten und unser Volk und unser Land für die Vorbereitung eines neuen Krieges um Weltherrschaft zu mißbrauchen.«

Sieben Jahre nach dem Ende des völkermörderischen Kriegswütens der Deutschen, sieben Jahre nach der Befreiung von Auschwitz schrieb die Kommunistische Partei damit die Geschichte um: 1. Die eigentlichen Opfer des Krieges waren die Deutschen; 2. in Westdeutschland sind sie in die besonders üble Sklaverei der USA, Frankreichs und Großbritanniens geraten, die – und das zum Dritten – 1945 keineswegs das Ziel hatten, die Deutschen »zu befreien«, sondern vielmehr »Deutschland vernichten« wollten – also gewissermaßen das bloß egoistische Ziel verfolgten, ihre eigenen Länder (Frankreich), Europa und den Rest der Welt vom Wüten der Wehrmacht, der SS und der nachrückenden Plünderer zu befreien. Die deutsche Wiederaufrüstung im Rahmen des westlichen Militärbündnisses interpretierte die KPD als Angriff auf die Deutschen, die durch zwei Weltkriegsniederlagen nun schlau geworden seien: »Gerade wir Deutschen kennen aus eigener Erfahrung den Ausgang von Eroberungskriegen.« Ein Hohn auf jede historische Erfahrung war schließlich die Behauptung, daß das Adenauer-Regime – jene deutsche Regierung also, die den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus einleitete – »nationalen Verrat« begehe, »der in der deutschen Geschichte nicht seinesgleichen findet«.

Das nationalistische Pamphlet enthält Formulierungen wie »fremdländische Okkupation« (die westlichen Alliierten), »Überfremdung der westdeutschen Wirtschaft«, Kampf der amerikanischen Besatzer »gegen die deutsche Nationalkultur«, die die KPD von der »›amerikanischen Lebensweise‹ mit ihrer äußerlichen und primitiven ›Kultur‹« absetzte, es ist die Rede von »deutschen Frauen und Mädchen«, die »den Okkupanten als Freiwild gelten« – alles Formulierungen, zu denen sich heute nicht einmal die »Republikaner« versteigen würden; Formeln zudem, die 1952 einem Publikum geboten wurden, das darin ebenjenes Denken hätte wiederfinden können, das es im Nationalsozialismus erlernt und im kapitalistischen Nachkriegs-Deutschland nicht überwunden hatte. Mit dieser Bevölkerung eine »nationale Befreiungsbewegung« gründen zu wollen, war so reaktionär wie unnütz. Denn weder gab es 1952 viele Kommunisten in der BRD, noch mochte die große Mehrheit der national Denkenden einsehen, daß sie eine Kommunistische Partei als nationalistischen Verstärker brauchte.

Wie konnte es zu einem so tiefen Fall kommunistischer Politik und Programmatik ins Nationalistische kommen?

## Die Arbeiter haben kein Vaterland

Den Kommunisten ist ferner vorgeworfen worden, sie wollten das Vaterland, die Nationalität abschaffen. Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.« Diese Stelle aus dem *Kommunistischen Manifest* von 1848 ist zur Quelle immer neuer Auslegungen des Verhältnisses der Marxisten zur Nation geworden. Notanker einer späteren positiven Definition der Nation durch nachgeborene Marxisten war die an gleicher Stelle enthaltene Relativierung, daß, »indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben und sich selbst als Nation konstituieren muß, ... es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie«, ist.

In der deutschen Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts gab es bereits frühzeitig nationalistische Tendenzen (z.B. bei Ferdinand Lasalle), die aber zunächst der sozialen Frage deutlich untergeordnet wurden. Als im Entwurf des Gothaer Programms der Sozialdemokratie 1875 die Formulierung auftauchte, daß der Kampf der Arbeiterklasse »zunächst im Rahmen des heutigen nationalen Staats« sich abspiele, das Ziel aber »die internationale Völkerverbrüderung sein wird«, polemisierte Marx in seiner »Kritik des Gothaer Programms« dagegen: »Es versteht sich ganz von selbst, daß, um überhaupt kämpfen zu können, die Arbeiterklasse sich bei sich zu Hause organisieren muß als Klasse, und daß das Inland der unmittelbare Schauplatz ihres Kampfs. Insofern ist ihr Klassenkampf nicht dem Inhalt, sondern wie das ›Kommunistische Manifest‹ sagt, ›der Form nach‹ national. Aber der ›Rahmen des heutigen nationalen Staats‹, z.B. des Deutschen Reichs, steht selbst wieder ökonomisch ›im Rahmen des Staatensystems‹... Und worauf reduziert die deutsche

Arbeiterpartei ihren Internationalismus? Auf das Bewußtsein, daß das Ergebnis ihres Strebens ›die internationale Völkerverbrüderung‹ sein wird – eine dem bürgerlichen Freiheits- und Friedensbund entlehnte Phrase, die als Äquivalent passieren soll für die internationale Verbrüderung der Arbeiterklassen im gemeinschaftlichen Kampf gegen die herrschenden Klassen und ihre Regierungen.«

Das *Kommunistische Manifest* hatte seine Aussagen zum nationalstaatlichen Rahmen des Klassenkampfs und zur prinzipiellen Vaterlandslosigkeit des Proletariats in den Kontext einer Einschätzung der Herausbildung von Nationalstaaten als historisch notwendiger Durchgangsstufe der kapitalistischen Entwicklung gestellt. Danach waren Nationalstaaten für die Herausbildung von Wirtschaftsräumen erforderlich, für die Überwindung der Kleinstaaterei und die Zentralisierung der Produktion, für die Schaffung eines inneren Markts, nie aber sind sie ihr eigener Zweck gewesen. Völkische oder den Nationalcharakter beschwörende Herleitungen der Nation können sich daher auf Marx und Engels nicht stützen, die ›Nation‹ stets qua Staatsbürgerschaft definierten und den Nationalstaat als eine Form der Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft innerhalb territorialer Grenzen verstanden, dessen Wesen nicht das wie auch immer defi-nierte Nationale, sondern der Staat ausmachte.

Gegenüber den unterschiedlichen Tendenzen der Herausbildung von Nationen nahmen Marx und Engels eine utilitaristische und pragmatische Haltung ein: Staatenbildungen beurteilten sie danach, ob sie der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise und der proletarisch-revolutionären Bewegung nützten oder schadeten. Nationalitätenkonflikte hielten sie für das Resultat wirtschaftlicher Konkurrenz. Ein prinzipielles Selbstbestimmungsrecht der Nationen gab es für sie nicht.

Zugleich sahen sie in der Entwicklung des Weltmarkts eine »kosmopolitische« Tendenz: »Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse« (*Manifest*). Da die Revolution nicht in einem Land allein erfolgreich sein kann, muß aber bereits im Stadium des der Form nach nationalen Kampfes des Proletariats der dem Inhalt nach gemeinsame Kampf des Weltproletariats für den Sozialismus, der proletarische Internationalismus also, einsetzen.

**Vaterland mit Arbeitern**

Noch zu Lebzeiten von Marx und Engels erhielt die sogenannte »nationale Frage« in der deutschen Sozialdemokratie einen größeren Stellenwert und wurde schließlich vor allem in Deutschland und Österreich dominant. Die »vaterlandslosen Gesellen«, wie sie von den Bürgerlichen beschimpft wurden, mutierten zu nach eigenem Anspruch »besseren Patrioten«, die sich in ihrer Vaterlandsliebe »von niemandem übertreffen« lassen wollten. Außenpolitisch verkehrte sich die marxistische Überlegung »Welcher Staat ist der größte Feind der Revolution?« in die Frage »Wer ist der Angreifer?«. Damit war der Boden für die Vaterlandsverteidigung bereitet.

Erstmals 1880 sprach August Bebel in einer Reichstagsrede von der Verteidigungsbereitschaft der Sozialdemokratie, die er noch negativ ableitete: »Sollte es dahin kommen, daß irgendeine Macht deutsches Gebiet erobern wollte, werde die Sozialdemokratie gegen diesen Feind geradesogut Front machen wie jede andere Partei.« Das war mit Blick auf die Gefahr einer (vermeintlich drohenden) zaristischen Eroberung formuliert, die die Bedingungen für eine Revolution verschlechtern würde, »denn wir verteidigen in einem Krieg nicht unsere Feinde und deren Institutionen, wir verteidigen uns selbst und das Land, dessen Institutionen wir in unserem Sinne umgestalten wollen, das allein den Boden für unsere Tätigkeit bildet«. Bereits 1893 wurde die Bereitschaft der deutschen Sozialdemokratie, das Vaterland zu verteidigen, im offiziellen Tätigkeitsbericht der Reichstagsfraktion festgehalten. Fünf Jahre später formulierte Eduard Bernstein Bebels negativen Vaterlandsbegriff positiv, indem er die Haltung zum Vaterland von der Stellung des Arbeiters im Staat abhängig machte: Daß die Arbeiter kein Vaterland hätten, »konnte allenfalls für die rechtlosen, aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossenen Arbeiter der vierziger Jahre zutreffen, hat aber heute ... seine Wahrheit zum großen Teile schon eingebüßt und wird sie immer mehr einbüßen, je mehr durch den Einfluß der Sozialdemokratie der Arbeiter aus einem Proletarier ein Bürger wird. Der Arbeiter, der in Staat, Gemeinde usw. gleichberechtigter Wähler und dadurch Mitinhaber am Gemeingut der Nation ist, dessen Kinder die Gemeinschaft ausbildet, dessen Gesundheit sie schützt, den sie gegen Unbilden versichert, wird ein Vaterland haben, ohne darum aufzuhören, Weltbürger zu sein, wie die Nationen sich näherrücken, ohne darum aufzuhören, ein eigenes Leben zu führen.«

Zur gleichen Zeit entwickelte die Sozialdemokratie einen taktischen Umgang mit den Abstimmungen über das Militärbudget. Dem Ansinnen, der Landesverteidigung aus nationalem Interesse zustimmen zu sollen, glaubte sie dadurch entgehen zu können, daß sie unter der Bedingung einer Auflösung des stehenden Heeres zugunsten einer Volksmiliz »Ja« sagte und die »ungerechte« Finanzierung des Militärbudgets anprangerte. Wegen Nichterfüllung ihrer Forderungen konnten die sozialdemokratischen Parlamentarier dann mit »Nein« stimmen. Da war es nur logisch, daß Wolfgang Heine auf dem SPD-Parteitag 1899 einen Schritt weiter ging und die Bewilligung militärischer Anschaffungen prinzipiell bejahte: »Solche Militärforderungen könnten nach meiner Meinung auch die Sozialdemokraten bewilligen, wenn wertvolle Volksfreiheiten

dafür gewährt würden ... Unnötige Militärforderungen muß man überhaupt und immer ablehnen ... Daneben aber gibt es militärische Aufwendungen, die an sich zur Verteidigung der Nation notwendig sind und unseren Idealen und Grundsätzen indifferent gegenüberstehen.«

Als August Bebel während der Marokkokrise 1905 im Reichstag erklärte: »Meine Herren, wenn das Vaterland in Gefahr ist, verlangen Sie von dem Arbeiter, daß er dieses Vaterland verteidigt; aber wenn Sie nicht dafür sorgen, daß die Einrichtungen in diesem Vaterland so sind, daß der Arbeiter es freudig verteidigt, dann wird er das nächste Mal sich fragen, ob er es überhaupt verteidigen soll. Sie können keine Kriege ohne die deutsche Arbeiterklasse schlagen, versagt dieselbe, dann sind Sie verloren« – als Bebel also einen Deal Vaterlandsverteidigung gegen Arbeiterrechte vorschlug und die Unverzichtbarkeit der Arbeiterklasse für die Verteidigung »der Nation« betonte, lieferte er Gustav Noske die Vorlage für dessen parlamentarische Antrittsrede 1907. Noske formulierte darin erstmals die Verteidigungsbereitschaft der Sozialdemokratie vollumfänglich positiv: »Wir wünschen, daß Deutschland möglichst wehrhaft ist, wir wünschen, daß das ganze deutsche Volk an den militärischen Einrichtungen, die zur Verteidigung unseres Vaterlands notwendig sind, ein Interesse hat«, was aber nur zu erreichen sei, wenn die Herrschenden gemeinsam »mit der Sozialdemokratie sich dahin bemühen, daß Deutschland für das ganze Volk so wohnlich, so freiheitlich und so kulturell hoch stehend wird, wie es nur einigermaßen denkbar ist«.

Aus dem Utilitarismus des Umgangs von Marx und Engels mit der Nation, aus der Leitfrage: »Was nützt der Revolution?«, war so am Ende des Jahrhunderts die Behauptung geworden, daß, was dem Proletariat nützt, auch der Nation nütze, weshalb diese von sich aus mehr für die Arbeiter tun müßte. Damit verabschiedete sich die Sozialdemokratie vom Internationalismus: Klassenloyalität wurde jetzt nationalstaatlich formuliert. Die starkgewordene deutsche Sozialdemokratie führte ihren Kampf um die »innere nationale Einheit«, von der sie u.a. durch Bismarcks Sozialistengesetz noch ausgeschlossen worden war, nun vom Standpunkt der Teilhabe am Staate und dessen reformistischer Umgestaltung. Um letzte sozialdemokratische Vorbehalte auszuräumen, blieb dem Kaiserreich allein übrig, den kommenden Krieg als Verteidigungskrieg umzudefinieren. Als Kaiser Wilhelm II. bei Kriegsausbruch 1914 seinen Reichskanzler Bülow mit Blick auf die deutsche Sozialdemokratie ausrufen ließ: »Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche«, war die »innere Einheit« bereits vollzogen und die sozialdemokratische Zustimmung zu den Kriegskrediten nur mehr eine Formalität.

**Imperialismus und Nation**

Um die Jahrhundertwende definierten die Sozialdemokraten ihren Nationenbegriff neu. Kautsky hatte 1887 den Nationalstaat als »die klassische Form des modernen Staates« bezeichnet, als »Staat, der die gesamte Nation umfaßt und nicht daneben noch, ganz oder bruchstückweise, andere Nationen«. Grundlegende Bedingung hierfür war ihm die Schaffung eines »einheitlichen Wirtschaftsgebiets«, dem als »beigefügte« Bestimmungen hinzutraten: »die Herausbildung einer gemeinsamen Sprache, eine nationale Tradition und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit«.

Der Österreicher Otto Bauer, im Habsburger Reich mit zahlreichen Nationalitätenkonflikten konfrontiert, rückte 1907 erstmals jene Gefühlselemente ins Zentrum der linken Auffassung von der Nation, die bis heute immer wieder herangezogen werden: »Die Nation ist die Gesamtheit der durch Schicksalsgemeinschaft zu einer Charaktergemeinschaft verknüpften Menschen.« Wo-bei »Schicksalsgemeinschaft« nicht etwa jenes Schicksal meinte, das die Arbeiter verschiedener Staaten gemeinsam hatten, da diese Gemeinsamkeit für die Schaffung einer Nation nicht hinreiche, der schließlich die »Verkehrsgemeinschaft« eigen sei, »das gemeinsame Erleben desselben Schicksals in stetem Verkehr, in fortwährender Wechselwirkung miteinander«. »Charaktergemeinschaft« aber zielte auf den angeblich feststellbaren »Nationalcharakter«, den Bauer historisch-materialistisch als geworden und damit auch als veränderbar zu erklären versuchte. Damit war für ihn die Nation zur gegenüber der Klassengemeinschaft wichtigeren Instanz geworden. Den Sozialismus definierte er konsequenterweise nicht internationalistisch, sondern national: Weil der Kapitalismus immer mehr Menschen in die Verkehrsgemeinschaft hineinziehe, würden auch immer mehr Menschen Teil der Nation, was gemäß dem sozialdemokratischen Fortschrittsdenken den Durchbruch zum Sozialismus in Aussicht stelle, da im Laufe der Zeit die Arbeiter zur Mehrheit in der Nation werden würden. Das bedeutete aber auch, daß erst im Sozialismus die Nation zur vollen Blüte reifen würde.

1913 hat Stalin Kautsky und Bauer gemixt und die Nation als »eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen ... auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart« definiert.

Warum aber haben sich die Sozialdemokraten damals überhaupt auf die Suche nach einer Theorie der Nation gemacht? Offenkundig war die Marxsche Annahme, der Weltmarkt werde die nationalstaatlichen Grenzen aufbrechen, nicht aufgegangen. Zwar stimmte seine Beobachtung für die Ökonomie, doch stand (und steht bis heute) dem das machtpolitische Agieren der Nationalstaaten, genauer: ihr Imperialismus, entgegen – die auf der Grundlage des Binnenmarkts in den entwickelten kapitalistischen Ländern erfolgende Herausbildung von Monopolkapital und Extraprofit

und dessen Drang nach außen, der Erwerb von Kolonien, die Schaffung von Einflußzonen und die Bereitschaft und Fähigkeit, diese kriegerisch zu sichern. Hier liegt die Ursache sowohl für die Konkurrenz zwischen monopolkapitalistischen Staaten und solchen ohne monopolistisches Kapital als auch für die Konkurrenz der imperialistischen Staaten untereinander, die im ersten Weltkrieg kulminierte. Damit stand aber nicht die Auflösung des Nationalstaats, sondern seine Verfestigung als bürgerliches Projekt kapitalistischer Herrschaft auf der Tagesordnung.

In der Kontroverse zwischen Lenin und Rosa Luxemburg wurde diese Veränderung noch kritisch reflektiert: Der Streit ging nicht um eine neue Nationentheorie (die sie beide nicht hatten), sondern um die Bedeutung von Nationen und Nationalismus für die sozialistische Revolution. Nationalismus, bei Marx und Engels ein taktisches, wurde zum strategischen Problem auf dem Weg zur Revolution. Während Luxemburg den Nationalismus prinzipiell als schädlich für den Klassenkampf einstufte und allenfalls vom »Recht auf Selbstbestimmung der Arbeiterklasse« sprach, glaubte Lenin, den Unterschied der nationalistischen Tendenzen in *unterdrückenden* von solchen in *unterdrückten* Staaten revolutionär nutzen zu können. Das »Selbstbestimmungsrecht der Nationen« wurde ihm daher zu einem prinzipiellen Recht. Anders ausgedrückt: Während für Luxemburg das politisch relevante Gegensatzpaar ›Internationalismus versus Nationalismus‹ hieß, setzte Lenin wesentlich auf ›Antikolonialismus versus Imperialismus‹. Das Scheitern der Weltrevolution und der Sieg des »Sozialismus in einem Land« (Stalin) entschieden diesen Streit insofern, als Stalins Zwei-Lager-Theorie von 1924 (das Lager der unterdrückenden und das der unterdrückten Nationen) in der marxistisch-leninistischen Linken (und darüber hinaus!) bestimmend wurde. Sie hatte in der Existenz der Sowjetunion eine reale Basis.

Daß ausgerechnet das imperialistische, im Weltkrieg besiegte Deutschland dem unterdrückten Lager zugerechnet wurde, ist allerdings nicht mit Theorie, sondern mit (sowjetischen) Interessen zu erklären, wenngleich es von der KPD theoretisch gefaßt worden ist und der Durchsetzung des Nationalismus in der deutschen Arbeiterbewegung Vorschub geleistet hat.

**Der Schlageter-Kurs**

Der revolutionäre Flügel der deutschen Sozialdemokratie war alles andere als frei von den vaterländischen Vorstellungen der Partei, aber er machte den darin angelegten Kurs der Versöhnung »nationaler Interessen« mit den Klasseninteressen nicht mit. Bereits in der Diskussion von 1907 hatte die Spartakusbund- und KPD-Gründerin Clara Zetkin Grundelemente jenes »revolutionären Nationalismus« entwickelt, mit dem die KPD in der Weimarer Republik dann dem wachsenden Einfluß faschistischer und nationalistischer Bewegungen zu begegnen versuchte. In ihrem Aufsatz »Unser Patriotismus« hatte sie geschrieben, daß es »dem proletarischen Klassenkampf ... vorbehalten (bleibt), das Vaterland und seine Kultur aus dem Monopol einer kleinen Minderheit in die Heimat und den Besitz aller zu verwandeln. Denn auch den ›vaterlandslosen Gesellen‹ ist ihre Nationalität wert und ihr Vaterland teuer.« Doch sei »ihr Patriotismus wesensverschieden von dem der besitzenden Klassen«: »Der Patriotismus der Bourgeoisie und der Aristokratie ist reaktionär ... Der Patriotismus des Proletariats ist dagegen revolutionär«, weil er die »Bande der Klassenherrschaft ..., deren Gefangene das Vaterland ist«, sprengen wolle. Damit war erstmals die 1930 vom KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann popularisierte Formel von den »zwei Nationen« – »die Nation der Reichen und die Nation der Armen, die Nation der Hungrigen und die Nation der Satten« – formuliert worden, derzufolge nicht nur Klassenherrschaft der Bourgeoisie und bürgerliche Nation zusammenfallen, sondern auch Klassenkampf und nationale Befreiung der Angehörigen der »Nation der Armen«.

Das »revolutionäre Vaterland« kam in der KPD-Politik zur Geltung, als 1923 französische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschierten, weil die deutschen Kohleindustriellen sich weigerten, die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen. Die Empörung über die Besatzer stellte die KPD vor ein Dilemma: Auf der einen Seite erkannte sie sehr wohl, daß die deutsche Bourgeoisie auf die nationalistische Mobilisierung setzte, um die Reparationslasten zu mildern; auf der anderen Seite versuchte sie, die Mobilisierung für den revolutionären Sturz der Regierung Cuno zu nutzen. In ihrer Parole »Cuno an der Spree, Poincaré an der Ruhr schlagen« kam der Versuch, die französischen Truppen zu verjagen und gleichzeitig die deutsche Regierung zu stürzen, zum Ausdruck.

Prinzipiell ging die KPD dabei von der Berechtigung des »nationalen Widerstands« aus, wie sich ein KPD-Redner auf dem 8. Parteitag der Partei 1923 ausdrückte: »Als Klasse, der bewußt ist, daß sie die Grundlage der Nation bildet, die sie morgenrepräsentieren wird, werden die deutschen Arbeiter ihre nationale Würde den feindlichen Kapitalisten gegenüber zu bewahren wissen, wie sie ihre proletarische Würde den deutschen Kapitalisten gegenüber hoch gehalten haben.« Im Kern ging es dabei um den Kampf um Masseneinfluß, der als Versuch, die nationale mit der sozialen Befreiung zu verknüpfen, geführt wurde. Selbstkritischer drückte dieses Vorhaben der KPD-Delegierte Paul Böttcher vor der Kommunistischen Internationale (KI) aus, als er die Befürchtung kommentierte, daß die Massenmobilisierung nur den Chauvinisten nützen könnte: »Hätte die deutsche Partei mitten in dieser Kräftegruppierung im Ruhrrevier Nihilismus in der nationalen Frage betrieben, so hätte sie im Ruhrrevier selbst eine katastrophale Niederlage erlitten.« Das Schimpfwort vom »nationalen Nihilismus« war geboren, ein Hinweis darauf, daß unter den revolutionären Arbeitern der nationalistische Kurs der KPD nicht unumstritten war.

Auf die Problematik einer nicht klassenmäßigen, sondern nationalistischen Mobilisierung zielte denn auch die Schlageter-Rede von Karl Radek vor der KI 1923, eine Hymne auf den Freikorps-Offizier und Arbeitermörder Leo Schlageter, der das Richtige gewollt – »dem deutschen Volke dienen« – aber das Falsche getan, nämlich als Faschist sein »uneigennützig verspritztes Blut« (!) für die falsche Sache vergossen habe. Diese Rede ist ein Tiefpunkt »revolutionärer« Politik, doch zeugt sie vom bis heute gültigen linken Glauben an eine objektiv berechtigte, wenn auch subjektiv irrige Rebellion gegen die Verhältnisse, eine Rebellion, die es lediglich umzupolen gelte: »Wir sind überzeugt, daß in den nationalistischen Volksmassen die große Mehrheit aus ehrlich fühlenden und überzeugten Menschen besteht, die irregeführt sind und nicht verstehen, daß nicht nur die Entente der Feind ist« (KPD-Zentrale, Mai 1923). Das Vehikel dafür sollte die positive Besetzung des Nationalismus sein: »Die Sache des Volkes zur Sache der Nation gemacht, macht die Sache der Nation zur Sache des Volkes« (Radek).

Der Schlageter-Kurs begründete nicht nur einen mehrmonatigen heftigen Flirt von KPD-Funktionären mit faschistischen Nationalrevolutionären (unter Einschluß gemeinsamer Veranstaltungen), sondern ebenso eine nationalrevolutionäre KPD-Agitation. Im Mai 1923 veröffentlichte die KPD-Zentrale einen Aufruf unter der Überschrift »Nieder mit der Regierung der nationalen Schmach und des Volksverrats!«, in dem den Kapitalisten vorgehalten wurde, daß sie »nicht Deutschland, sondern ihren Profit über alles gestellt« hätten, wie der ehemalige KPD-Linke Artur Rosenberg in seiner *Geschichte der Weimarer Republik* schrieb. Unter der Hand war damit die Nation zu einer proletarischen Kategorie geworden, war aus der Selbstverständlichkeit, daß die nationalstaatliche Organisation der Ausbeutungsverhältnisse keinem anderen Zweck diente, als Profite zu erzielen, ein Verrat an etwas Metaphysischem geworden: an der »Sache der Nation«.

Entsprechend tauchten in den damaligen Schriften der KPD Ziele wie »die Befreiung Deutschlands« auf, die die Arbeiterklasse bewerkstelligen müsse, weil »die deutsche Bourgeoisie unfähig ist, die Nation gegen den französischen Imperialismus zu verteidigen« (Juli 1923), oder es wurde gefordert, »die Arbeiterklasse muß sich zum Führer des nationalen Befreiungskampfs machen ..., um das Kleinbürgertum politisch zu gewinnen« (August 1923). Neben der »sozialen Empörung« der Werktätigen entdeckte die KPD das »gedemütigte nationale Gefühl« als revolutionäre Triebkraft. Höhepunkt der nationalistischen Agitation war im Oktober 1923 der Antrag der KPD-Reichstagsfraktion, »Hugo Stinnes und andere Monopolkapitalisten wegen Hoch- und Landesverrats« zu verfolgen, weil sie »die deutsche Wirtschaft und die deutsche Arbeiterklasse an den französischen Imperialismus« ausgeliefert hätten.

Während die deutschen Kommunisten gegen den französischen Imperialismus mobilisierten, entwickelte der Komintern-Ökonom Eugen Varga die Theorie von der »Industriekolonie« Deutschland. Das besiegte Reich galt ihm wegen der rigiden Bestimmungen des Versailler Vertrags als fremdbestimmt, also nicht-imperialistisch. Varga: »Am widerspruchsvollsten ist die Lage Deutschlands. Seine Wirtschaft zeigt alle Merkmale des Imperialismus; es ist aber entwaffnet, seiner Kolonien beraubt, steht unter ausländischer Kontrolle, muß einen schweren Tribut zahlen...« Der deutsche Arbeiter müsse für den englischen und französischen Imperialismus unter Kontrolle deutscher Geschäftsführer schuften, die sich mit ihren ausländischen Vorgesetzten in die Profite teilten. Deutschland sei eine »Halbkolonie«, ein »Schwanzimperialismus«, wie der KPD-Linke Arkady Maslow formulierte. Der deutsche Arbeiter habe eine doppelte Last zu tragen – die kapitalistische Akkumulation im eigenen Land und die durch den Friedensvertrag erzwungenen Zahlungen. Damit war das imperialistische Deutschland zu einer im Sinne Lenins unterdrückten Nation fehleingeschätzt. Auf dieser Basis veröffentlichte die KPD-Führung im November 1923 Thesen, in denen sie sich zur »einzigen nationalen Partei Deutschlands« erklärte und »der Sowjetstern das Wahrzeichen der nationalen Befreiung« wurde. Erstmals wurde jene Verbindung von nationalem und sozialem Kampf festgeschrieben, die dann auch das Programm von 1930 bestimmte: »Der soziale Befreiungskampf Deutschlands verbindet sich untrennbar mit dem nationalen Befreiungskampf. Die Partei der Diktatur des Proletariats wird zur Partei der nationalen Rettung, und indem wir, die KPD, den Kampf um die Diktatur des Proletariats proklamieren, übernehmen wir gleichzeitig die Pflicht des Kampfes um die Einigung des von den Franzosen abgetrennten Rheinlandes und des Ruhrgebietes, des vom Reiche abgetrennten Bayernlandes, des von Polen bedrohten Ostpreußen, des von Seeckt geknechteten Mittel- und Norddeutschlands zu einem neuen deutschen Reiche der Arbeit, zum freien Rätedeutschland.«

**Nationale und soziale Befreiung 1930**

Indem die Kommunisten sich zu Vertretern der Nation und des ganzen Volkes minus 10 Prozent Kapitalisten und »Parasiten« erklärten – »Die KPD ist die einzige Partei, die das Recht hat, vom Schutze der Nation zu reden. Die 90 Prozent der Werktätigen ... verkörpern die Nation, und wir kämpfen für ihre Interessen« (Thälmann, 1925) – relativierten sie ihre neben die nationalrevolutionäre Phraseologie gestellte Klassenkampfagitation. Das KPD-Wahlprogramm »zur nationalen und sozialen Befreiung Deutschlands« von 1930 nahm dabei die nationalistische Agitation zu einem Zeitpunkt auf, als ersichtlich geworden war, daß die Nationalsozialisten erheblichen Zulauf bekamen, und ist insofern als taktischer Versuch zu werten, die Nazi-Wähler dort abzuholen, wo sie standen. So hielt die KPD-Führung die nationalistische Empörung generell für berechtigt und versuchte sich lediglich am Nachweis, daß die Nationalisten nicht wirklich national, sondern Verräter an der »Sache der Nation« seien. Diejenigen, die im Interesse des Staates und des deutschen Kapitals

Außenpolitik betrieben und dabei Kompromisse eingingen, die sowohl dem Kapital die Ausbeutung als auch dem Staat die Überwindung der internationalen Isolierung Deutschlands ermöglichten, wurden (wie die Sozialdemokraten) zu »freiwilligen Agenten des französischen und polnischen Imperialismus« erklärt und galten nicht etwa als Vertreter deutscher Kapitalinteressen. Die Nazis aber, die einen aggressiveren deutschen Imperialismus verfochten, wurden als »unehrliche« Gegner der Reparationsverträge entlarvt, weil sie insoweit realpolitisch agierten, als sie noch nicht offen auf den Krieg zusteuerten.

Der DDR-Geschichtsschreibung galt das KPD-Programm von 1930 als »eine geschlossene Antwort auf das nationale Grundproblem des deutschen Volkes, wie es sich seit dem Eintritt Deutschlands ins Zeitalter des Imperialismus entwickelt hatte«. Es habe im Sinne von Marx, Engels und Lenin »die nationale Rolle der Kommunisten in einem hochentwickelten imperialistischen Land herausgearbeitet«, wie die achtbändige *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* den Standpunkt formulierte, der heute noch von ehemaligen DDR-Historikern aus dem Umfeld der PDS vertreten wird.

Obwohl der Nazi-Wahlsieg 1930 gewaltig war (eine Verachtfachung der Stimmen auf 6,4 Millionen) und die rechten Parteien insgesamt anwuchsen, schlußfolgerte Thälmann aus dem Wahlerfolg der KPD (von 3,25 auf 4,5 Millionen Stimmen), »daß der Ausgang der Wahlen in Deutschland gewissermaßen einen Volksentscheid der Millionen gegen den Young-Plan und den Versailler Vertrag bedeutet«, d.h. er schlug die Nazi-Stimmen diesem Erfolg zu. »Wir gingen davon aus«, daß der NSDAP-Sieg »sich zu einem gewissen Teil auf jene antikapitalistischen Werktätigen stützt, die sich von Anhängern der alten bürgerlichen Parteien durch ihre Feindschaft gegen das kapitalistische System und seine Mißwirtschaft zum Nationalsozialismus entwickelten ... Ihre Radikalisierung auf Grund der Krise ist noch keineswegs so weit gediehen, daß sie unmittelbar den Schritt ins revolutionäre Klassenlager des Proletariats, zum Kommunismus tun konnten.«

Der Übergang der nationalistischen Wähler zur proletarischen Revolution blieb, wie wir wissen, aus.

**Nationalkommunismus nach 1945**

KPD und SED haben nach 1945 praktisch alle Elemente der nationalrevolutionären Politik der 20er und 30er Jahre aufgegriffen und weiter zugespitzt: Zielte das national-soziale Befreiungsprogramm von 1930 noch auf »alle Arbeiter, alle armen Bauern, alle Angestellten, alle werktätigen Mittelständler« und rechnete dabei mit der Klassengesellschaft wie mit dem Klassenkampf, so kannte das KPD-Programm von 1952, nationalistisch radikalisiert und sozialistisch entradikalisiert, nur noch einen Adressaten: die Nation. Es richtete sich an »alle ehrlichen« oder »guten Deutschen«. Ausgenommen waren nur der US-Vasall und Hochverräter Adenauer sowie die Besitzer jener Großbetriebe, die »den nationalen Verrat Adenauers unterstützen« und die dafür mit Enteignung bestraft werden sollten. Die nationalistische Verkommenheit dieses Programms markiert den Endpunkt kommunistischer Politik in Deutschland.

Nach einer gemäßigt nationalen Phase der »antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront« 1945-1948, in der gemäß einem schematischen Geschichtsetappendenken in Deutschland zunächst die bürgerlich-demokratische Revolution vollendet werden sollte, richteten sich Politik und Theorie der Kommunisten im Nachvollzug des Kalten Krieges nicht mehr gegen Nationalsozialismus, Militarismus und Junkertum (und deren Folgen), sondern gegen die westalliierte »Fremdherrschaft« und »koloniale« Ausbeutung, wie die Solinger KPD-Konferenz von 1949 erklärte. Deutschland sei durch den »nationalen Verrat seiner ›eigenen‹ Finanzoligarchie in nationale Versklavung gebracht worden«. Daß die USA und andere aus Westdeutschland »Kolonialprofite« herauspreßten, sollte eine Untersuchung beweisen, die in 1.241 westdeutschen Betrieben 1.041 ausländische Kapitalbeteiligungen nachwies.

Wie 1919 ff. litten die Deutschen wieder »unter einer doppelten Versklavung«, befand die KPD und erklärte die Einheit Deutschlands zum »teuersten und höchsten Gute« (Max Reimann, 1949). Sie zu erreichen, rief die Partei in ihrem Wiedervereinigungsprogrammm von 1952 zum »unversöhnlichen und revolutionären Kampf aller deutschen Patrioten zum Sturz des Adenauer-Regimes« auf, was maßgeblich zu ihrem Verbot 1956 beitrug. Die noch kurz vor diesem Verbot veröffentlichte Selbstkritik der KPD bezog sich keineswegs auf die nationalistische Demagogie ihres Programms, sondern allein auf seine revolutionäre Phrase: Der Aufruf zum revolutionären Sturz Adenauers habe die Einheitsfront der Arbeiterklasse und die Sammlung der »fortschrittlichen und nationalgesinnten Kräfte« behindert.

**Was lehrt uns das?**

Die Neue Linke hat nach 68 theoretisch und praktisch im Erfahrungs- und Theoriepotential der KPD gewildert. Für die DKP wie für die meisten K-Gruppen blieb das vereinigte, selbstredend »sozialistische« Deutschland ein Essential. Einige Gruppen, etwa die KPD (A-Null), die KPD/ML, die MLPD und der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, propagierten sogar einen nationalen Befreiungskampf. Doch weit über diese Gruppen und Grüppchen hinaus grassierten der Glaube an die »Unnatürlichkeit« der deutschen Teilung und die Überzeugung von der leicht korrigierbaren nationalistischen Verirrung deutscher Volksgenossen. Die Relikte dieser Haltung prägten und prägen die Reaktionen der

Restlinken sowohl auf die Wiedervereinigung als auch auf die seither beschleunigt fortschreitende Faschisierung großer Teile der Bevölkerung.

Heute ist die Linke gesellschaftlich marginalisiert, politisch desorientiert und inhaltlich ausgeblutet. Dort, wo sie glaubt, gesellschaftlichen Einfluß zu besitzen, bemüht sie sich um Anpassung an den herrschenden Trend. Dabei werden die beschriebenen Elemente linksnationaler Politikentwicklung reaktiviert. Wenn etwa Stefan Heym im Bundestag für »alle Deutschen« redet und eine »große Koalition der Vernunft« von CDU, CSU, FDP, SPD, Grünen und PDS beschwört, dann hat sein Vernunftbegriff nur mehr die Buchstabenfolge mit dem der Aufklärung gemein. Tatsächlich bereitet er den zivilisierten Einstieg in »die Sache der Nation« vor, der sich mit der Forderung nach »Herstellung der inneren Einheit« und der Klage verbindet, daß »fremdes« Wessi-Kapital den Osten kaputtmache und ein »westliches Besatzungsregime« die »Kolonisierung« des Ostens betreibe.

All dies zeugt von unbegriffener Kapitalismuskritik. Wer Gerechtigkeit für alle einklagt und dies für eine Aufgabe der Nation hält, an der er konstruktiv mitwirken möchte, suggeriert, es gebe so etwas wie eine »gerechte Nation«. Er begreift nicht, daß der nationalstaatlich organisierte Kapitalismus beides erzeugt: den Wunsch nach Gemeinschaft, nach intakten Beziehungen *und* deren tägliche Zerstörung. Der Mythos des Nationalen schafft einen imaginären Ort, der Trost und »Heimat« verspricht, aber lediglich bewirkt, daß die Menschen an die trostlosen bestehenden Verhältnisse gebunden bleiben.

Die nationale Politik der Linken hat nie die Nationalisten, aber immer die Linke kaputtgemacht. Sehen wir von kleinen nichtnationalistischen Gruppen wie den Rätekommunisten und von Einzelpersonen wie Rosa Luxemburg oder dem heute kaum bekannten österreichischen Marxisten Josef Strasser ab, der 1907 einen »intransigenten Internationalismus« als Grundlage sozialistischer Politik propagierte, hat es in der Arbeiterbewegung eine dezidiert antinationale Orientierung nicht gegeben. Sie zu entwickeln, steht unverändert auf dem Programm.

*Überarbeitete Fassung eines Referats, das der Autor am 12. November 94 auf der Dresdener Konferenz »Links ist da, wo keine Heimat ist« vorgetragen hat*

**Heiner Möller schrieb in KONKRET 1/95 über das Scheitern Berlusconis**

Konkret 03/95, S. 46

# Kunst & Gewerbe

### L.A. und die Folgen

*Mike Davis: City of Quartz. Schwarze Risse Verlag, Berlin 1994, 520 Seiten, 45 Mark*

Seit seinem Erscheinen 1990 ist *City of Quartz*, Mike Davis' wissenschaftlich-literarische Annäherung an das Phänomen Los Angeles, neben *Blade Runner* das meistzitierte Werk, wenn es in politisch-kulturellen Debatten um den Verfall der Metropolen geht. Nun ist es auf deutsch erschienen, lobenswerterweise ergänzt um vier Aufsätze, in denen sich Davis mit den unmittelbaren Ursachen und Folgen der L.A. Riots auseinandersetzt. KONKRET hatte bereits 1992 die in Deutschland unbekannte Verknüpfung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Analysen zur Sozialgeschichte einer Stadt hervorgehoben. Kurt Hübner schrieb in Literatur KONKRET 92: »Obwohl L.A. der zentrale Gegenstand des Buches ist, handelt es nicht von L.A. In Anknüpfung an stadt- und gesellschaftstheoretische Thesen im Gefolge der Fordismus/Postfordismus-Debatte decodiert Davis die zukünftigen Entwicklungslinien der kapitalistischen Formation, wie sie in den USA eine besondere historische Form angenommen hat. Er vermag es, Geschichten zu erzählen, ökonomische Strukuranalysen mit Kulturgeschichte und eigenwilligen Interpretationen von Film und Literatur zu verknüpfen.«

### Nanu, Technologie?

*Ian McDonald: Terminal Café. Roman. Bantam Books, New York 1995, ca. 250 Seiten, ca. 30 Mark;*

*K. Eric Drexler et al.: Unbounding the Future. The Nanotechnology Revolution – The Path to Molecular Manufacturing and How it Will Change Our World. Quill Books 1991, ca. 300 Seiten ca. 30 Mark*

Alle Welt, jedenfalls meine Welt, redet derzeit von *Nanotechnologie*. Laut trompetet »Mondo 2000«, das sei das Neue Ding, und Leute, die das *Morphing* in Filmen von Terminator II bis zur Braun-Fön-Reklame als Visualisierung künftiger NanoTech-Realität anpreisen, ernten Ehrfurcht und beeindrucktes Unverständis. Was ist dran? Das Verhältnis zwischen dem, was NanoTech mittelfristig wird leisten können und was die Ideologie draus macht, dürfte etwa dem Verhältnis zwischen der Kolonisierung des Alls und der realen, prosaischen Mondlandungswirklichkeit entsprechen. Aber die Kunst? Die Literatur zumal? Da kommt Großes auf uns zu, ein neues Genre vielleicht, das den Cyberpunk beerben könnte. Jedenfalls wenn es nach dem schönen, weisen und sehr guten neuen Buch von Ian McDonald geht: *Terminal Café* ist trotz des etwas gesuchten Titels eine prima spekulative Extrapolation von NanoTech als Gegenstand von gesellschaftlichen Kämpfen. Begleitend dazu empfiehlt sich die Lektüre eines verläßlichen Sachbuchs, das die Grundbegriffe der Nanotechnologie erklärt.

*Dietmar Dath*

### Grüne Suppe

*Nicholas Saunders: Ecstasy. Mit Beiträgen zur Situation in der Schweiz und in Deutschland. Herausgegeben von Patrick Walder. Verlag Rico Bilger, Zürich 1994, 416 Seiten, 50 Mark*

Zwar ist das Buch hier und da in einschlägigen und nicht ganz so einschlägigen Heftchen mehr erwähnt als besprochen worden, aber zwei Gründe legen uns nahe, doch noch einmal nachdrücklich auf Nicholas Saunders' *Ecstasy* hinzuweisen, d.h. auf die deutsche, also in Wirklichkeit schweizerische Ausgabe, herausgegeben von Patrick Walder. Da ist zum einen die nicht unreizende Tatsache, daß diese Ausgabe des (bis auf weiteres) unentbehrlichsten der Pamphlete über die vielumraunte Droge der neuen Party-Gnostik sich rühmen kann, ein Auge auf der verschlungenen Tradition der Drogendissidenzen ruhen zu lassen: Das Vorwort nämlich schrieb der verdiente Recke der nicht-repressiven Drogenpolitikbewegung Günter Amendt. Nicht unspannend, diesen Mann, der einst den entgrenzenden, drogen-kompatiblen Rock gegen die entmenschten Rhythmen der Discomusik setzte, mithineinstolpern zu lassen in die Boing-Räusche der Neunziger. So bekennt er denn auch, das Umfeld der Droge E sei ihm ganz und gar fremd geblieben: »Mein Zeit- und Rhythmusgefühl sträubt sich gegen die Beschleunigungskräfte des Technobeat.« Himmel, vielleicht hat er die falschen Mittelchen konsumiert, damals. Zweiter Pluspunkt des schön gestalteten Bandes: der seltsame Plastikumschlag, in dem eine unheimliche, neongrüne Substanz schwappt, die sich je nachdem, wie man das Buch hinlegt oder -stellt, anders in der Umhüllung verteilt und selber qua Anblick jene berauschende Wirkung freisetzt, von der das Opus kündet.

*Barbara Kirchner*

### Ami stay here

Die US-Army wird vom Obersalzberg abziehen, teilte das US-Hauptquartier am 3. Februar mit. Nach fünfzig Jahren wird sie damit das ehemalige »Führersperrgebiet« völlig räumen, nachdem sie bereits 1949 einen Teil des Geländes dem Freistaat Bayern überlassen hatte. Bund, Land und Gemeinde hätten das »historisch belastete« Gelände lieber weiterhin in den Händen der Amerikaner gesehen. Finanzminister Waigel bot sogar 30 Millionen Mark zur Renovierung der *recreation area*, um die US-Army für weitere zehn Jahre zum Bleiben zu bewegen. Trotzdem werde Bayern sicherstellen, daß auf dem Obersalzberg »keine Pilgerstätte für Neonazis und Ewiggestrige« entstehe, versicherte Ministerpräsident Stoiber. Wie sich das auswirkt, zeigt sich jetzt schon auf dem von Bayern verwalteten Teil des Obersalzbergs, wo Hochglanz-NS-Nostalgika reißenden Absatz finden (vgl. KONKRET 8/94).

**Vogelbeobachtender Willkürherrscher**

Ab der Februar-Nummer 1995 entsagt mit sofortiger Wirkung der langjährige Chefredakteur der Satirezeitschrift »Titanic«, Hans Zippert, dieser verantwortungslosen Aufgabe. Unter der strengen und liebevollen Willkürherrschaft des gelernten Vogelbeobachters gab es manch notwendigen flauen Witz, aber auch einschneidende Verbesserungen: Zippert verdankt die Welt u.a. zahllose Kohl-Titelbilder (wäre es nach ihm gegangen, wären überhaupt keine anderen mehr nötig gewesen, eine spirituelle Sparsamkeit, an der sich andere Zeitschriften ein Beispiel nehmen sollten), gleichwohl verantwortete er presserechtlich auch das berüchtigte Engholm-Titelbild und wachte über den Ausbau Max Goldts vom schrulligen Insassen Westberlins zum kosmopolitischen Kolumnisten und über den Einzug des großen Kamagurka ins ahnungslose Deutschland. Er ließ Walter Boehlich im Dorf, erlaubte den Kleinen ihre Possen (ist ja selbst zweifacher Vater) und war insgesamt doch ein guter, braver, besorgter Kinks-hörender, die Beatles-Fratzen im Chefbüro hängenlassender, alarmierende oder fröhlich plappernde Anrufe von daheim entgegennehmender, höflicher V.i.S.d.P.

**Besinnungsgewitter**

Jürgen Flimm, Intendant des Hamburger Thalia Theaters, ist offenbar mit der Bespielung seiner Bühne nicht ausgelastet. Deshalb muß er ständig zu allem und jedem seinen Senf – pardon, sein *grain du sel* – dazu geben. Vorletztes Jahr zu Solingen, letztes Jahr zu Bihac, dieses Jahr zum 8. Mai. Den will er nicht den Parteien und Politikern überlassen – also belästigt er die Welt mit einer Medieninitiative und textet:

*Liebe Freunde,*

*zum 50. Mal jährt sich am 27. Januar der Tag der Befreiung von Auschwitz. Am 8. Mai 1945 endeten der Zweite Weltkrieg und die Herrschaft des Nationalsozialismus. Das Aufatmen und die Freude waren und sind für alle Generationen befreiend: für die Älteren, die Krieg und Diktatur am eigenen Leib erlitten, für jene, die in den Nachkriegsjahren aufwuchsen und sie prägten, und für die Jüngeren, die das vereinte Deutschland in die Zukunft tragen: ein Tag der Erinnerung und der Hoffnung, den wir nicht allein den Parteien und Politikern überlassen wollen.*

*In Hamburg veranstalten das Deutsche Schauspielhaus und das Thalia Theater, neben der Berücksichtigung des Themas im laufenden Spielplan, am Abend und in der Nacht zum 8. Mai 1995 ein gemeinsames Fest, das den Tag als Tag der Befreiung feiert: DIE FREIHEIT HAT GEBURTSTAG. ENGAGIEREN WIR UNS!*

Flimm, der jedesmal, wenn ihn etwas betroffen macht, fünfhundert Ehrengäste zum Besinnungshäppchenfassen antreten läßt, weiß auch schon, wie er und das liberale Gesindel, das ihn hofiert, sich dem Anlaß angemessen engagieren werden: »Mit Aufführungen, Lesungen, Liederabenden, Spektakeln.«

Da kann man seinen Kollegen Castorf von der Berliner Volksbühne beinahe verstehen, wenn er ein »die Welt der Surrogate« reinigendes »Stahlgewitter« herbeisehnt. Langweilig, aber bezeichnend ist nur, daß dem subventionierten Rebellen nichts Besseres einfällt als der abgedroschene Rekurs auf Ernst Jünger, zumal dem physischen und psychischen Anschein nach einer wie Castorf bereits bei leichtem Blechnieseln unter die Rockschöße des Milieus flüchten würde, für das er den Wilden Mann markiert. Wenn ihn das Milieu, das ihn aushält, anekelt, kann er ja kündigen und zusehen, ob sich am Broadway oder anderswo, wo Ertrag und Leistung wenigstens in einem bürgerlichen Verhältnis zueinander stehen, sich irgend jemand für seinen kulturpessimistischen Weltschmerz interessiert.

Konkret 03/95, S. 48

**Georg Seeßlen**

# Romantik, ge(g/k)lotzt

**Revolte und Reaktion, Popkultur und faschistischer Blick – Anmerkungen zur Konjunktur des romantischen Impulses aus Anlaß einiger Horrorfilme und der Münchner Ausstellung »Ernste Spiele«**

1.

So alle zehn bis fünfzehn Jahre zeigt sich in der Popkultur ein Impuls, dem man gerne einen Begriff wie »neue Romantik« anhängt. Kein Mensch macht sich dabei viele Gedanken darüber, was damit wohl genauer gemeint sein könnte. Alles ist nur irgendwie mal wieder ein bißchen gefühlsbetonter, ein bißchen genialischer, ein bißchen melancholisch in sich gekehrter und in wer weiß wen verliebter. Aber in erster Linie ist jede Welle neuer Romantik, die es in der Musik, im Film, in den Comics und in den Gazetten zu bestaunen gibt, *gegen* etwas gerichtet, so wie man sich die »echte«, die historische Romantik als etwas vorstellt, was gegen die Aufklärung gerichtet war, als einen Impuls, der aus der Konsolidierung bestimmter bürgerlicher Lebens- und Wahrnehmungsformen bei gleichzeitiger Abwehr revolutionärer und proletarischer Anfechtungen stammte. Etwas will hinaus und gerät nur tiefer in sich selbst hinein. So muß am Ende der Verklärung der Welt als unendliches Repertoire von Zeichen, Rätseln und Harmonie der Umschlag in die »schwarze Romantik« folgen, in den Abstieg zu namenlosem Grauen.

Im Kino beschloß die neue Romantik gegen Ende der siebziger Jahre den Stil des coolen, gewalttätigen amerikanischen Films. Die »New Romantics« in der britischen Popmusik trafen sich an den Gräbern des Punk, und immer ging es nicht nur darum, das Gewaltpotential einer Ausdrucksform zu eliminieren, sondern ein Medium, das seine soziale Mitte verloren hatte, einem bürgerlichen Publikum zurückzuerobern, das sich sehr viel lieber selbst anschaut als die Dinge, wie sie sind.

Mit der »echten« Romantik hat die »New Romantic«-Welle der populären Kultur also wohl eher mittelbar zu tun, in der Verwandtschaft der politischen und sozialen Ausgangslage vielleicht, in der Generationen-Produktion des Bürgertums, die offenbar unfehlbar auf den Impuls der Revolte den Impuls des romantischen Rückzuges und auf diesen die schiere Reaktion folgen läßt. Auf dem vernetzten Medienmarkt ist das nicht mehr eine Frage von Jahrzehnten, sondern eine von Monaten, allenfalls Jahren.

Die historische Romantik wird freilich in der »New Romantic«-Phase von der Popkultur gerne entdeckt und zitiert; schließlich gehört es auch zum Wesen dieses Impulses, in der Produktion der eigenen Bildwelten heftig aus hoher und historischer Kunst zu klauen. In der Generationenfolge auf dem Markt der populären Kultur ist die romantische Phase vielleicht die ästhetisch avancierteste. Sie besticht nicht allein durch ihre Offenheit, durch ihre Fähigkeit, große oder kleine Genies bzw. wundervolle Parodien hervorzubringen, sondern auch durch ein enormes Maß an Selbstreflexion, Ironie und Subtilität. Die Beschleunigung ist mittlerweile soweit gediehen, daß der Umschlag von der Revolte zur Romantik keinen signifikanten Paradigmenwechsel mehr benötigt; was in der Erosion der Counterculture der NachWoodstock-Zeit ein Jahrzehnt benötigte, findet im Grunge-Idiom innerhalb eines Jahres statt. Eine vollkommen lineare Entwicklung der Impulse von Revolte, Romantik und Reaktion gibt es in der Popkultur natürlich nicht. Mehrere Generationen vollziehen gleichzeitig unterschiedliche Transformationsprozesse in der einen oder anderen Richtung, und um das Maß der Komplikationen voll zu machen, mag die eine auf einen Umwandlungsprozeß der anderen mit einem ähnlichen oder mit dem genau entgegengesetzten Umwandlungsprozeß antworten. (Im übrigen ist mit »Generation« keine biologische, sondern eine semantische gemeint: Wir leben in Zeichengenerationen.) So spielen sich etwa im Augenblick die Romantisierung von Techno, der Umschlag ins Reaktionäre beim »Rock’n Roll« und die Rekonstruktion der Aufklärung im Neo-Folk ab. Und zu allem das Gegenteil natürlich auch.

Aber nicht die Bewegung in semantischen Systemen, einzelnen Idiomen und den dazugehörigen Kulturen ist entscheidend, sondern das, was sich als Metabotschaft davon in der Mainstream-Kultur vermittelt. Im fraktalen System der sinnindustriellen Produktion wiederholt der Mainstream beim Versuch, wenigstens große Blöcke der Eindeutigkeit zu schaffen, Strukturen der Einzelkulturen und macht aus einem szenischen Durcheinander der Zeichen eine »Geschichte«. Je kapitalintensiver die Waren der Sinnindustrie, desto bedeutender ist für sie die Konstruktion einer solchen Metabotschaft jenseits der semantischen Generationen. Wenn also der Mainstream der Popkultur eine Phase der Romantisierung durchläuft, so muß das keineswegs heißen, daß sich auch die Mehrzahl der Einzelkulturen und Sprachen in einer solchen befindet, es ist vielmehr eine aus ihren Bewegungen gewonnene Metabotschaft für den semantisch nicht gebundenen Hauptteil der Konsumenten der Sinnindustrie.

So wird aus der Romantisierung der Wahrnehmung in den einzelnen Kulturen und Idiomen ein sehr viel unverbindlicherer »Trend zum Romantischen«, über den Sie dieser Tage noch mit dem unbedarftesten Redakteur das eine oder andere Wort wechseln können. Dieser Trend verschluckt ziemlich vollständig die eigentlichen Prozesse von Wahrnehmungsveränderung und Bildproduktion in der Gesellschaft, denn der Mainstream dient uns solche Wechsel nicht als Prozeß, sondern als

»Bedarf« an, worauf in der Regel auch noch einige der wenigen nicht ganz törichten Kritikerinnen und Kritiker der Popkultur hereinfallen.

2.

Das Romantische bringt das »Hohe« und das »Triviale«, die handwerkliche und die industrielle Fertigung in der ästhetischen Produktion einander so nahe wie nie zuvor. Während die Massenkultur eine Reihe von künstlerischen Impulsen und Kanonisierungen gerne zitiert, imitiert und variiert sie die historische Romantik. Jedes Genre der populären Kultur geht auf romantische Vorbilder zurück und kommt immer wieder auf sie zu sprechen. Und jedes Subgenre der populären Kultur, gleich in welchem Medium, ist nichts anderes als die industrielle und serielle Variation eines romantischen Werks.

Das löst eine fatale Verkettung aus: Die industrielle Verarbeitung der romantischen Wahrnehmung ist der Kitsch. Die nationalisierte und völkisch mythisierte Form des Kitsches ist die faschistische Ästhetik. Aber natürlich läßt sich diese Verkettung nicht einfach umkehren, sie steckt ja weder in der Wahrnehmung selbst noch im Gebrauch der Zeichen, sondern in den historischen Prozessen, die sie bearbeiten.

Tatsächlich wird auch eine Ausstellung wie »Ernste Spiele – Der Geist der Romantik in der deutschen Kunst 1790 bis 1990«, die zunächst in London zu sehen war und nun, in einer erweiterten und veränderten Form, im Haus der Kunst in München gezeigt wird, das einmal »Haus der deutschen Kunst« hieß und immer noch sehr genau zeigt, was eine faschistische Vorstellung von Raum, Material und Öffentlichkeit ist, nicht nur diese Verkettung zum Thema haben, sondern selber an einer kulturellen Schnittstelle von Kunst und Popular Culture stattfinden, wie man ziemlich schnell am Publikum und seinem Verhalten feststellen kann.

Die Ausstellung funktioniert nicht anders als ein Mythos der Popkultur: Es gibt ein eingebautes Skandalon, nämlich den scheinbar simplen Verweis auf einen Zusammenhang zwischen der Tradition der Romantik und der faschistischen Ästhetik, der auf bezeichnend triviale Weise umgeleitet wird: Man bejaht den Verweis und negiert ihn zugleich, indem die Belege dafür ganz topografisch ausgelagert, aber mehr noch durch die Räumlichkeit eines ansonsten nicht für Kunst genutzten Übergangsraumes entwertet sind. Was im Wohnzimmer hängt, ist Kunst, was in der Besenkammer hängt, nicht.

Es gibt eine Rationalisierung in Form einer These, die die Ausstellung sozusagen zu belegen habe, nämlich die Behauptung eines Fortwirkens des romantischen Impulses in der deutschen Kunst auch an Punkten, wo wir das nicht so ohne weiteres vermutet hätten, und es gibt eine latente Wunscherfüllung, nämlich die Erlaubnis, mehr oder weniger hemmungslos romantisch zu glotzen.

3.

In der Romantisierung der Wahrnehmung erleben wir die Verwandlung der Natur in ein Schauspiel. Das Problem verwandelt sich in ein Zeichen. Der Blick will weder den Zugriff auf die Welt der Renaissance noch die jubilierenden Höhenflüge und unvernünftigen Stürze des Barock verlieren, das klassische Maß so wenig wie die bürgerliche Genauigkeit im Detail. Aber alles zusammen kann es nur noch einmal geben (weil die Bewegung der Revolte, in der die Dinge wahrhaft die unseren hätten werden sollen, gescheitert ist), in der Erfahrung des Erhabenen. Dieses Erhabene ist gewiß nicht nur die säkularisierte und internalisierte Version des Wunders, es ist, unter vielem anderen, der Moment, in dem das Bezeichnete und das Zeichen, das Abbild und das Sinnbild vollkommen identisch sind. Ein Hauch nur trennt das Erhabene vom Lächerlichen, oder ein ästhetischer Trick, wie in einer Reihe von Bildern Caspar David Friedrichs, wo das Erhabene erst durch den Blick der Menschen konstruiert ist. Eben diese Konstruktion der erhabenen Momente, die ihre eigene bürgerliche Paradoxie entwickeln, nämlich einerseits das Herausgehobene, nicht Wiederholbare zu betonen und andererseits gleichsam nach Reproduktion zu verlangen, übernimmt in all seinen Techniken auch die populäre Kultur.

Die einzelnen Abteilungen der Ausstellung können nicht nur als Leitmotive der deutschen Kunstgeschichte, sondern ebenso gut als Lehranweisung für die Produktion populärer Mythen verstanden werden: das Bild des Künstlers, der sich selbst (oder der seine Freunde) zum Gegenstand mehr oder weniger genialer Neugier macht. Der romantische Blick, der sich nicht nur in den Selbstportraits auch zum liebsten Bild wird, definiert den Metaraum der Sehnsucht, er sieht ab von dem, was nur der Fall ist, so wie der Kino-Blick, geleitet vom blickenden Helden, die Bedeutung vor dem Material sucht.

Im romantischen Blick ist nicht nur die Zeichenhaftigkeit der Welt, sondern, gelegentlich, auch eine furchtbare Koketterie zu sehen; so wie der romantische Maler sich selbst angelegentlich zum Thema macht, so scheinen die Figuren, die er portraitiert, oft viel mehr mit der Tatsache, daß ein Blick von außen sie trifft, beschäftigt zu sein als mit einer visuellen Kommunikation untereinander. Der Nazimaler, zum Beispiel Alfred Wissel in seinem Bild »Kalenberger Bauernfamilie«, das die Reichskanzlei aus der »Großen Deutschen Kunstausstellung« im Haus der Deutschen Kunst 1939 ankaufte, bringt es fertig, sechs Personen dreier Generationen einer Familie zu malen, von denen es jeder gelingt, keine der anderen anzuschauen. Und weil sie weder in sich hinein noch in den Metaraum sehen dürfen (und übrigens nicht einmal über

irgendeinen Rand des Bildes), schauen sie im wesentlichen nur blöde vor sich hin. Das Problem, einander zu sehen, das in der romantischen Kunst als ungelöstes in die Kunst der Inszenierung übertragen ist (nicht einmal kreuzen würden sich die Blicke der Madonna und des Jesuskindes im romantischen Bild; dafür versucht man mit allerlei kleinen Gesten zueinander zu finden), ist in der faschistischen Ästhetik zum Gesetz geworden: nicht einander ansehen, sondern voneinander weg in die Welt der Zeichen.

Die Helden der Popkultur haben damit zu tun; von der Koketterie mit dem Blick, der von außerhalb des Bildes kommen muß, bis zum Blickverbot innerhalb des Bildes reichen ihre romantischen Deformationen, und wenn man etwas vom Stand der Romantisierungen erfahren will, kann man bei Gelegenheit die Blickrichtungen auf der Bühne einer Rock-Show untersuchen. Nur zum Beispiel.

Schon weil der romantische Blick zur Natur *zurück* geht, ist er ein Blick von Verlust und Rekonstruktion. Weil das Ensemble aus sinnlichen Eindrücken, die von Wegen, Gefahren, Arbeiten und Beziehungen sprechen, ein »Gesprochenes« der Natur, verloren ist, kehrt Natur nur als Sprache zurück, als metaphorische Form von Architektur. In der ersten Szene von Kenneth Branaghs »Frankenstein«-Film, der ebenso romantisch wie langweilig ist, baut sich das ewige Eis zur bizarren Kulisse auf. Dem romantischen und dem Pop-Blick ist Natur nur deswegen erhaben, weil sie zugleich zur Kulisse degradiert ist, auf- und abgewertet, gefesselt und unterdrückt in einem. Der Blick des Bürgers, der nicht zur Revolte fand, erwartet sich zugleich Größe und Distanz und sucht darin den Raum, den er verlor. Die faschistische Malerei verknüpft Monumentalität und Genrehaftigkeit zu einer vollständigen und ganz und gar nicht mehr romantischen Zweiteilung der Natur in einen vollkommen unterworfenen und einen vollkommen symbolhaften Teil. Was dem romantischen Blick Zweifel scheint, das ist dem faschistischen Blick Gewißheit; im kalten Blick ist territoriale Entgrenzung ausgeschlossen.

Im romantischen Blick bleibt etwas leer, jenem Metaraum vorbehalten, in dem sich die Botschaft der Zeichen erst erfüllen kann; im faschistischen Blick ist es gar nicht vorhanden; das Zeichen hat seine Wirkung längst und vollständig getan, die Menschen sehen einander und die Dinge an, als wäre alles nur das Abbild ihrer Erwartung. Noch bei Ludwig Richter gibt es, was es bei keinem Nazi-Künstler gibt: das Unerlöste und Unsichtbare, die Nicht-Identität von Blick und Bild.

Weil der romantische Blick einer ist, der eine verlorene Einheit zurückgewinnen und zugleich ihren Verlust erklären will, geht er auch zurück in die Zeit, und wie er in der Natur das Fundamentale nur im Erhabenen findet, so kann er das Fundamentale in der Geschichte nur im Nationalen finden. Es ist nicht bloß Ideologie, was ihn zurück in die Gotik lenkt, die als deutsch reklamiert wird, so wie der Wald unter diesem Blick als deutscher seiner Materialität verliert und bloß als sinnbildhafte Anhäufung überlebt. Ebenso hat die Popmythologie Geschichte nie anders als in nationalen Mythologien rekonstruieren können, weil sie diesen Blick gelernt hat, der auf Teufel komm raus Bedeutung schaffen muß. Die Comics, zum Beispiel, haben erst am Ende der achtziger Jahre gelernt, Landschaften und Architekturen aus der virtuellen Verbindung von Identität und »Nationalität« zu befreien. Was auf der Raumachse eine »ideale«, ist auf der Zeitebene eine »nationale« Landschaft.

Das romantische Licht kommt in der Regel von einer sehr weit entfernten Quelle im Hintergrund des Bildes. Untergehende Sonne oder Mondschein sind seine simpelsten Vorgaben, oder der Schein einer künstlichen Beleuchtung im verengten Bild. Das macht den Vordergrund dunkler, der Gewinn an Tiefe bedeutet einen Verlust an Schärfe in bedeutenden Bildsegmenten; man weiß nicht so recht, was bedrohlicher ist, die Dunkelheit des Vorder- oder die Helligkeit des Hintergrunds. Dieses Problem gibt es in der faschistischen Ästhetik nicht. Alles ist gleichermaßen ausgeleuchtet, nicht einmal Wolken werfen einen Schatten, die primäre Lichtquelle ist, bar jeden realen Empfindens, fast immer rechts neben dem Betrachter zu vermuten. Es ist daher für die faschistische Malerei (und übrigens nicht weniger auch für den faschistischen Film) schon rein technisch ein unlösbares Problem, Tiefe zu erzeugen.

Popästhetik verlangt nach einer Reduzierung der Tiefe. Die Einführung der Tiefenschärfe, um die sich unter anderem Orson Welles so verdient gemacht hat, stürzte das Kino in eine fundamentale Krise. Die »romantische« Form der Tiefe ist das Licht, das unserem Blick gleichsam verzeiht, intensiver zu werden, indem da hinten alles ins Phantasmagorische kippt, wie an den Rändern des Monument Valley in einem Western. Je tiefer der romantische Blick geht, desto Unwirklicheres wirft das Bild zurück.

So kann dem romantischen Blick nach einer Weile nur der nächtliche Alptraum die eigene Frage zurückgeben. Die Natur besetzt wieder die Architektur, und wie am Tag die Landschaft zum Zeichenrepertoire wurde, so werden es in der Nacht die Alptraumtiere. Das romantische Tier ist böse oder komisch, und wie der romantische Akt immer ein wenig erschrocken über den Blick scheint, der auf den Körper gerichtet ist (während der faschistische Akt keinen Blick außerhalb seiner selbst erkennt), so sind auch die Wesen der romantischen Nacht mit sich selber, mit der eigenen Ambivalenz und mit dem Blick beschäftigt, der von außerhalb kommt; der romantische Blick sieht, vielleicht, auf eine in einem erhabenen Moment unterbrochene Kommunikation.

## 4.

In den 70er Jahren entwickelte sich der Horrorfilm als harte, junge, gemeine und trotz der einen oder anderen Anlehnung an traditionell märchenhafte Elemente durch und durch säkularisierte Form durchgeknallter Aufklärung. Das Splatter- und Slasher-Movie, dessen Ehrgeiz es war, nicht die Genesis des Bösen und schon gar nicht seine Beseitigung zu zeigen, sondern die blanke Mechanik, mit der es auf den Körper des Normalmenschen wirkte, war vermutlich einer der größten antiromantischen Impulse der Kinogeschichte und geschah nicht zufällig zu einem Zeitpunkt, als das bürgerliche Publikum die Institution Kino mehrheitlich verlassen hatte. Das Wesen eines Zombie-Filmes bestand weder in der sexuellen und kulturellen Ambivalenz von Wiedergängern und Halbwesen noch in der fundamentalen (romantischen) Kritik an der Entfremdung der modernen Gesellschaft, sondern in der sinnlichen Präsenz zerplatzter Schädel, von Blut, Gehirn und Därmen.

Damit hatte sich das Genre aus der Institution einer mythischen Reparaturwerkstatt für die Verluste bürgerlicher Sozialisation und Neustrukturierung der Wahrnehmung durch die verläßliche Rekonstruktion von Zeit, Raum und Personal nach dem Desaster des »Anfalls« von Sex, Gewalt und Psychose fortentwickelt und war zu einem frontalen Angriff des Trash auf den Mainstream geworden. Nachdem sich das Kino dann als der bürgerlichen Klasse nicht feindlich gesonnene Institution reetabliert hatte und das Genre des Horrorfilms zunächst in den Videotheken und dann ganz und gar im Bereich des Obskuren verschwunden war, machte sich das Fehlen einer bestimmten Wahrnehmung bemerkbar. Das Horrorgenre im Kino war nämlich ursprünglich nicht so sehr eines des Hasses, sondern das einer romantischen Wahrnehmenssteuerung. Hier lernte man mit dem Unklaren zu leben, strategisch mit den psychotischen Impulsen umzugehen. Den Blick in die Welt der Zeichen zu richten und einander nicht anzusehen. Romantisch waren schon die literarischen Quellen, von Edgar Allen Poe bis Bram Stoker, die den Übergang vom Hohen zum Tiefen signalisierten, auf der Suche nach dem »Gotischen«, dem Punkt, an dem das Materielle und das Metaphysische in der Wahrnehmung auseinanderfallen.

Der gute alte »gothic horror« mit seinen zentralen Halbwesen-Gestalten, dem Vampir Dracula, dem Baron Frankenstein und seinem selbstfabrizierten Monster, dem Werwolf mit seinem vollmondbedingtem Faible für menschenfresserische Schändungen, mit seinen verlassenen Burgruinen, den Totengrüften, Pfählungsritualen, Familiengeschichten, Kaminfeuern, Spinnweben und finsteren Gewölben, war mit der Ankunft des »new horror« natürlich ziemlich mausetot, einigen unerschütterlichen Wiederbelebungsversuchen zum Trotz. Eine Frage der semantischen Generationen, unter anderem.

Die Rekonstruktion der schwarzen Romantik in der Popkultur, die eine Menge von Vorläufern und kleinen Kult-Stücken hat, trat in ihre entscheidende Phase mit dem Erfolg der Bücher von Anne Rice, die in ihren Vampirromanen eine neue Mythologie der alten blutsaugenden Halbwesen schuf, eine Mythologie, in deren unausgefüllter Mitte, auf die die Augen gerichtet sind, Verlustangst und Erotologie der modernen Mittelstandsfamilie stehen. (So gehört es zum Nimbus der Autorin, daß sie unter anderem Namen sadomasochistische Sexromane schreibt, das ist selbst schon ein Stück romantischer Wahrnehmung.) Der Tod der fünfjährigen Tochter und die Erinnerung an die Inszenierungen der fröhlichen Sexrevolution an der Westküste der USA bilden die bizarren Eckpunkte ihrer Phantasie vom Zwischenreich zwischen den Lebenden und den Toten, und nachdem Francis Ford Coppola mit seiner cineastischen Rückkehr zu den Quellen (»Dracula«) leidlichen Erfolg verzeichnen konnte, war es Zeit für eine Verfilmung von *Interview with the Vampire*, die Neil Jordan einigermaßen opulent besorgte. Es ist eine Welt der letztlich immer kontrollierten Träume, in denen sich das Sanfte in das Reißende, die Angst in Lust verwandelt, aber die Bilder traumwandlerisch von jener romantischen Wahrnehmung bestimmt bleiben, in der die Inszenierung der Zeichen sich dem Blick schneller offenbart, als der sie sich suchen kann, und in der die romantische Ironie immer wieder auf die Figuren selbst zurückfällt, sie als Gestalten der Imagination, des Theaters eher denn als des wirklichen Begehrens zeigt.

Die neogotischen, neoromantischen Horrorfilme scheinen so vorsichtig, so absichtsvoll konzipiert und durchschaubar wie die Gewalt- und Körperphantasien des »new horror« der siebziger und achtziger Jahre gemein und direkt waren. Ein furchtbarer Paradigmenwechsel hat da stattgefunden, das Kino ist wieder fest in den Händen der neuen Mittelschicht, fest in den Händen der »Erwachsenen« sowieso. Waren die fiesen Horrorfilme der neuen Art eine ästhetische Attacke des jungen Trash gegen das Establishment, der man sich aussetzte, ohne sich selber zu schonen, ohne auch nur die Illusion, man könne aus *dem* Traum als irgendwie Guter noch erwachen, so sind die neogotischen Horrorfilme die morbiden, melancholischen Träume einer Generation, die bereits mit der Vergreisung begonnen hat, Filme, die den Verlust der Leidenschaft romantisch verklären. Und waren das eine Filme, die weh tun wollten, manchmal egal wem, so sind dies nun welche, in denen man (relativ korrupt) mit Todesängsten und Todessehnsüchten umgehen kann. Der Tod bedeutet nichts, sagen die Splatter-Filme; der Tod bedeutet alles, sagen die neoromantischen Horrorfilme, die gemeinerweise natürlich nicht nur viel bildmächtiger, ja vom eigenen Budget schier überwältigt daherkommen, sondern auch sehr viel leichter von Erotik sprechen können. Das kann sich der romantische Blick gönnen, weil er auf die radikale Opposition verzichtet hat.

Der romantische Blick ist vielleicht das, worauf sich unsere Gesellschaft, nachdem sie ihre eigene Faschisierung in ökonomischem Wohlverständnis gerade noch einmal zu limitieren versucht, wird einigen können. Romantisch glotzen wäre fast schon ein Triumph bürgerlicher Contenance über den Raubtierblick mit dem sentimentalen Augenaufschlag, den der postdemokratische Populismus einzuüben imstande ist. Aber kein Grund, den Blick der aufklärerischen Revolte

aufzugeben.

**Georg Seeßlen schrieb in Literatur KONKRET 94/95 über das Feuilleton der »FAZ«**

Konkret 03/95, S. 52

**Darius James**

# Same Old Shit

**Die Ausstellung »Black Male« des New Yorker Whitney Museums versucht sich an einer kritischen Bestandsaufnahme der Repräsentation männlicher Schwarzer in der amerikanischen Gegenwartskunst**

Weihnachts-Kaufrausch auf der Upper Eastside. Joy, meine Frau, zerrt mich, der sich kreischend und strampelnd widersetzt, ins Whitney Museum, damit ich mir die Ausstellung »Black Male: Representations of Masculinity in Contemporary Art« anschaue, in der siebzig Arbeiten von 29 Künstlerinnen und Künstlern zu sehen sind. Ich sträube mich.

Erstens, weil ich die Upper Eastside hasse. In den frühen Siebzigern habe ich dort mit einer neurotischen, vom Vermögen ihrer Familie ausgehaltenen höheren Tochter zusammengelebt, deren Park Avenue-Appartment mit millionenschweren Kunstwerken vollgehängt war. Dank der zahllosen Demütigungen, die mir dort widerfuhren (zum Beispiel verwehrte der Portier mir grundsätzlich den Zutritt zum Gebäude, obwohl er wußte, daß ich dort wohnte), ist die Upper Eastside für mich zum Sinnbild von »Reichtum, Weißsein und schlechtem Geschmack« geworden, so daß, wann immer ich an diese Gegend erinnert werde, meine Toleranz für das bloße »Konzept« weißer Kultur blitzartig von zehn auf null fällt.

Zweitens, weil gerade Jagdsaison war – für Amerikas blutigsten Sport: Shopping. Amerikaner sind am widerlichsten, wenn sie shoppen. Und nirgendwo in Manhattan sind sie so widerlich wie auf der exklusiven Upper Eastside. Und die allerwiderlichsten trifft man zur Weihnachtszeit, wenn Kapitalismus und Christentum ihre Mäntelchen fallen lassen und hemmungslos kopulieren. Alles in Amerika ist »Ware«. Oder wie es H. Rap Brown, der radikale schwarze Bürgerrechtler, in den Sechzigern formulierte: »Der Weiße Boß wird aus Scheiße Geld machen.«

Als ich schließlich das Whitney Museum betrat, widerte mich bereits die Tatsache an, daß ich mir »Repräsentationen schwarzer Männlichkeit« im Kontext einer von Weißen kontrollierten Institution anschauen sollte, noch dazu einer von Weißen kontrollierten Institution auf der Upper Eastside – was sich nicht allzusehr vom historischen Kontext der Sklaverei unterscheidet: Schwarze Männer als Ware / schwarze Bilder in Geiselhaft. Die Ausstellung ist zwar von Thelma Golden, einer intelligenten, jungen schwarzen Frau, kuratiert worden, aber Schwarze hatten sich auch schon bei der Sklavenjagd nützlich gemacht.

*Samo, Samo.*1

Außerdem widerte mich die Tatsache an, daß die Ausstellung eine Form der »Wertschätzung« durch das vermögende pseudoliberale kulturelle Establishment repräsentierte. Schwarze Künstler (und in dieser Ausstellung ging es ausdrücklich *nicht* um schwarze Künstler) haben sich seit Jahrhunderten ohne und oft gegen die kritische weiße Wertschätzung durchgesetzt. Schwarze Menschen / schwarze Kunstwerke fanden sich auf dem Auktionsblock und im Museum zur Schau gestellt wieder – nachdem die europäischen Sklavenhändler ihren Kaufrausch in Afrika hinter sich hatten.

Die Geschichte der Schwarzen in Amerika dreht sich auffallend häufig um die »Ausstellung von Repräsentanten« – von der Plantagen-Salon-Unterhaltung und den P.T. Barnum-Freakshows über die »anthropologischen« Museumsausstellungen der Jahrhundertwende zur wissenschaftlichen Rationalisierung des Rassismus. Bis zur »Black Male Show« des Whitney Museums als »postmoderner« Version des *Samo Samo.*

Schon vor meinem Besuch wurde mir der Klatsch zugetragen. Meistens ging es um die Wahrnehmung, die schwarze Männer von ihrer Opferrolle haben. David Hammons, der mit einer Arbeit in der Ausstellung vertreten ist (dem gefesselten und geknebelten Black Panther Bobby Seale, der von einem Sternenbanner »eingerahmt« ist2) hatte sich von der Show distanziert und die Schuld für seine Teilnahme seinem Galeristen in die Schuhe geschoben. Dann kamen die abfällig homophoben Bemerkungen über das – wie es den männlichen heterosexuellen schwarzen Besuchern schien – Übergewicht schwuler schwarzer Bilder. Und der Kommentar des Jazz-Genies Ornette Coleman: »Wer immer diese Ausstellung kuratiert hat, kann schwarze Männer nicht ausstehen« – eine Klage, die häufig gegen schwarze Autorinnen geführt wird (meistens von männlichen schwarzen Autoren, die sich darüber ärgern, daß ihre Bücher sich nicht so gut verkaufen wie die ihrer betont weiblichen Kolleginnen). Was die schwulen Inhalte angeht, sehe ich darin kein Problem. Das Problem ist, daß ein Teil davon das Produkt des »weißen Blicks« ist. Solange Mapplethorpe sich auf seinem Terrain bewegt, ist er *cool*, etwa bei seinen Fire Island Faustfick-Fotos, doch bei seiner Repräsentation schwarzer Maskulinität geht es ihm einzig um den männlichen schwarzen Körper als Kunst-Objekt. Die Arbeit, auf die ich dagegen wirklich hätte pissen mögen, war Jeff Koons Nike-Werbung »Moses« (Basketball-Superstar Moses Malone als biblischer Erlöser – give me a fucking break). Mapplethorpes Blick kann ich nachvollziehen. Koons Blick dagegen repräsentiert die Pervertierung der männlichen schwarzen Ikone zur postmodernen Minstrelfigur.

Direkt am Eingang entdeckte ich, was sich am Ende als mein Lieblingswerk herausstellen sollte, eine konzeptuelle Arbeit von Fred Wilson mit dem Titel »Guarded View«: vier kopflose schwarze Schaufensterpuppen in den Uniformen der

bedeutenden New Yorker Museen, wodurch die Thematik von Ralph Ellisons »Invisible Man« in den Kontext des *Kunstbetrachtens* und der *betrachteten Kunst* überführt wird. Bei jeder Ausstellung, die ich besuche, achte ich besonders auf die Museumswächter – die mir zu folgen scheinen, als wäre ich ein potentieller Ladendieb in einem koreanischen Lebensmittelgeschäft – und frage mich, was sie wohl über die Kunst, die sie bewachen, denken mögen. Irgendwann, wenn meine Abscheu über diese Nachstellungen Überhand nimmt, werden sie unsichtbar. Die »Black Male Show« bildete keine Ausnahme.

Ein zweites Werk, das ich für erwähnenswert halte, ist Mel Chins »Night Rap« betitelter Polizeiknüppel als Galgenmikro. Es mixt *fuck da police*-Metaphern und Rodney-King-Prügelvideos mit der institutionalisierten Brutalisierung schwarzer Männer in den Städten und kommerziellem Rap zu einem abgeklärten Kommentar zur Verwa(h)rung männlichen schwarzen Zorns.

Den Rest der Ausstellung fand ich abgedroschen. Ich schaute mich um und wollte so schnell wie möglich raus. Keine der ausgestellten Arbeiten brachte Ideen zum Ausdruck, denen ich nicht schon begegnet war. Vielleicht wären einige der Arbeiten kurz nach den Watt-Riots 1965 in einem schwarz-nationalistischen Kaffeehaus als *radical* durchgegangen (eine Ära, auf die das didaktische Videorauschen des Begleitprogramms ständig Bezug nimmt), aber 1995 geht die Ausstellung auf die Nerven und unterstreicht nur, wie konservativ die sogenannte, von der Kritik gepriesene schwarze Avantgarde in diesem Land tatsächlich ist.

Allein der Illustration dieser Abgedroschenheit wegen erwähnenswert ist Gary Simmons bescheiden-cleveres »Step in the Arena (the essential trap)«, eine Installation, die aus einem Boxring besteht, auf dessen Boden Steptanz-Schrittmuster gezeichnet sind. Hab ich nicht zu High school-Zeiten mal was über den hirnlosen, schwarzen Körper in *Soul on Ice* gelesen?

Am langweiligsten war aber, daß die Ausstellung noch nicht einmal konsequent abgedroschen war. Wenn sie wenigstens ein »gemischtrassiges« Pärchen aus einer Times Square Live Sex Show gezeigt hätten, das auf dem Parkett des Whitney Museums fickt, wäre die »Black Male Show« vollkommen perfekt gewesen – und den voyeuristischen Liebhabern des »rassisch Exotischen« angemessen.

1 Samo-Samo (afrophonetische Schreibweise für Same old same old im Sinne von »stets das alte Lied«. Samo wurde von dem afroamerikanischen Graffiti-Künstler Jean Michel Basquiat als Signatur verwendet.

2 framed – eingerahmt – hat im Amerikanischen auch die Bedeutung von »mit Hilfe gefälschter Indizien verhaftet/ verurteilt«.

»Black Male: Representations of Masculinity in Contemporary Art«, kuratiert von Thelma Golden, bis Mitte März im Whitney Museum New York. Katalog im Kunstbuchhandel

**Darius James schrieb in KONKRET1/95 über die kleinen Strolche**

Konkret 03/95, S. 53

**Klinkmann, Schneider**

# Positiver Wahn

**W□ hrend die Zeitgeistindustrie □ ur Freude notorischer Kulturpessimisten Techno auf Woodstock-Dimensionen aufbl□ st, loter das Frankfurter Label □ Mille Plateau□ □ und die afrobritische Jungles□ ene M□ glichkeiten aus, die Techno-Kultur vor einer Vereinnahmung durch den Mainstream □ u retten**

Es ist ja nun nicht so, daß Techno mit einem Knall zur Welt gekommen wäre. Techno war von Anfang an stark hybrid und zeigte Spuren nicht nur der eigenen, sondern auch der Geschichte angrenzender oder älterer Musiken. Die diversen Nischenschlachten um die Begriffe, mit denen Klangbesitztümer und Subversionstaktiken belegt wurden, führten stets nur zu wechselnden Solidaritätsbekundungen mit den je favorisierten Ahnen. Die genetischen Bedingungen der Entstehung zu verwirren, war ebenso Teil des musikalischen Szenarios wie die ständige Mutation, der man die je gültige DNA unterwarf. Als kleinster gemeinsamer Nenner geht die Definition von Techno als Disco ohne Funk und Industrial/EBM ohne Schmerz durch. Die Grenzen zur hedonistischen Variante House wie zur grummeligen Fraktion kritischer Maschinenmeister sind fließend und beruhen auch auf Tauschverhältnissen sowohl des Publikums wie des Materials. Techno verdankte sich dem doppelten Vorsatz, einerseits das Leben zu euphorisieren, ohne der sedativen Freizeitindustrie anheimzufallen, andererseits die moderne Entwicklung der Technologie für subkulturelle Abenteuer zu nutzen, ohne in Stonehenge-Apokalyptik zu verfallen. Damit war eine Wechselbeziehung zwischen der theoretischen Reflexion verschwimmender Horizonte und deren Bindung an Konzepte zur Rekonstruktion sozialer Praxis immer schon gegeben.

Der Sommer 89 war einer der härtesten. Persönliche Krisen und die Öffnung der Mauer machten das spätherbstliche Berlin zu einem unerträglichen Ort, dem ich nach Erkundung der üblichen Fluchtwege geographisch nicht mehr beikommen wollte. Ich wählte den Abstieg in den Technokeller als nächstliegende Ausweichmöglichkeit – Psychogeographie gegen die real existierende Flucht ins Immergleiche. Der Berliner Ufo Club, ins Leben gerufen von einer Vereinigung seit jeher merkwürdig inspirierter Dandys und Bohemiens, war seit den risikoreichen Tagen der frühen Achtziger der erste ernsthafte Versuch, eine Idee von Underground als Normalfall zu etablieren. Wie lange der Club bereits als offenes Geheimnis bestand, als ich mich schließlich hinbegab, weiß ich nicht. Das Ufo war anders.

Wenn ich sonntags morgens aus dem improvisierten, nur am Wochenende geöffneten, mundpropagierten Kohlenkeller über eine hölzerne Bühnenleiter ins Freie geklettert war, traf ich auf die türkischen und deutschen Ausflügler auf dem Weg zu ihren sonntäglichen Verrichtungen in den Parks und Museen der sich auflösenden Mauerstadt. Im Keller herrschten baupolizeiliche Exterritorialität, Stroboskop, Kunstnebel, Körperchaos, Atemnot und die Klarheit einer von keinem Gesang und keiner Melodie korrumpierten Wand aus harten Geräuschen. Techno war die Möglichkeit, in der Abstraktion und Nüchternheit von Gedanken aufzugehen, ohne das Diktat der Verwertbarkeit und Sinnvorschrift zu unterschreiben, wozu unter anderem das Primat des Sounds vor dem Künstler, des Werks vor dem Autor, des einzelnen Effekts vor dem Zusammenhang beitrug. Das Unaufhörliche des Rhythmus, der Ekstase, der Jugend – weniger als Widerstand, eher als Nicht-zur-Kenntnis-Nehmen eines wie immer gearteten hierarchischen Plans. Ausbreiten statt Vertiefen, Nichtmitmachen als Dauerschlaufe.

Der Ufo Club stand aber nicht nur für eine lebensweltliche Relevanz von Techno. Der Ufo Club stand für die Notwendigkeit, die Sounds zu kontextualisieren, von denen man sich das Leben retten läßt, bis es aufhört, aber ebenso für die Notwendigkeit, sich selbst in diesem Kontext zu beschreiben. So waren es nicht nur das unaufhörliche Gewummer der Musik, sondern auch die Heimlichkeit des Ortes, seine Randständigkeit am Kreuzberger Schlesischen Tor und unter Grund, das Eingeweihtsein und die romantische Illegalität, die meine aus den Fugen geratene Perspektive zurechtrückten. Genau dadurch, daß die Musik keinerlei Versuch unternahm, von meinen Krisen zu sprechen, war sie nützlich. Techno wollte keine Löcher stopfen, keinen Spiegel bilden, keine Identifikation schaffen und nicht mit einem imaginären Hörer identisch sein. Techno behauptete sich selbst, blieb außen.

Der Ufo Club zog – auch weil sich die klandestine Speakeasy-Existenz nicht mehr aufrechterhalten ließ – in jenem Herbst von der Wassergrenze zur DDR nach Schöneberg. Im Unterschied zur Spielwiese Kreuzberg zeigen die Schöneberger Utopien bereits die Falten zu vieler verdrängter Kompromisse. So wurde der Ufo Club zur Disco. Es gab ordentliche Türsteher, höhere Preise, statt eines Bretts auf zwei Fässern eine richtige Bar, und vor allem ein Publikum, das sich einfand, um sich während zweier Tänze abzureagieren, kennenzulernen oder auszudrücken. Der Ereignischarakter wurde abgeschafft, die antisubjektive Grundstimmung löste sich in eine Szenerie der Wochenendunterhaltung auf, der freizeitmaschinellen Vorstufe zur Kleinfamilie. Ich ging nach Hause und sublimierte gut bürgerlich durch Arbeit.

West Bam, Sven Väth, Marusha, Jürgen Laarmann bei Ulrich Meyer. Drei Millionen Raver auf dem Q-Damm, wenn zur Love Parade geblasen wird. Taxifahrer berichten melancholisch von den Kondomen, Coladosen und Flyern, die die Straßen säumen. In den Jahren seit 89 hatte sich technologische Musik in mehrere Richtungen emanzipiert. Während die

Houseszene eleganter und sophisticated wurde, suchte man im Technobereich den Overkill in Geschwindigkeit und Härte. *Underground Resistance*, ein Detroiter Label, waren die Vorarbeiter auf diesem Gebiet. (Wenigstens Jeff Mills und Robert Hood verschieben mit ihren Produktionen auch heute noch die Standards.) Auf der anderen Seite wurde Techno zur europäischen Discomusik ornamentalisiert, die Funktionalität wurde instrumentalisiert. Die Clubs – wie *Walfisch* oder *Tresor* im noch unkontrollierten Osten Berlins – , die sich zunächst netzartig über die Städte verbreiteten, wurden schnell zur Novelty-Hatz freigegeben. Den Erfindern entglitt ihre Erfindung.

Die ravende Gesellschaft ist der Kampfbegriff der Werbestrategen geworden; Technogroßveranstaltungen mit DJ-Konkurrenzen sind ebenso wie die Flut der Open-Airs des Rockzeitalters Teil des Spektakels; was als akustische Kolonne gegen die auktoriale Autorität begonnen hatte, produziert in der Figur des DJs die Neuauflage romantischer Identifikationsfiguren: die Schamanisierung des Partyproduzenten, die Wiederkehr des Virtuosentums und Meisterdenkens. Die Punkverheißung von der breiten Verfügbarkeit der Produktionsmittel, die Vorstellung des anonymen Produzenten, der die individuelle Arbeit dem Kollektiv des Rhythmus' zur Verfügung stellt, damit im Zusammenspiel mit anderen Beiträgen etwas Neues entstehe, mündet in der Heroisierung des Organisators. Wer Grafik, Vertrieb und Sound auf der Diskette in der Jacke hat, verfällt leicht dem Größenwahn. Besonders unangenehm fällt dabei die marktstrategische Nationalisierung stumpfer Rhythmen ins Gewicht.

Wer damit die Musik als Ganzes in Frage stellt, verrichtet allerdings Agentendienste für die symbolische Ordnungspolizei. Die Charts der sechziger Jahre, zum Beispiel, enthalten kaum weniger Aufforderungen zum Erschießen des Radios als die aktuellen. Wenn sich »HyperHyper« durchsetzt, weiß man mehr über die Regressivität des Hörens in der Republik als über die Musik, der sich der Titel als vager Referenz bedient.

Die Verästelungen der Szene, die Vielfalt der Stile und die Unberechenbarkeit der Ausweichmanöver sind nicht auf den Strich zu bringen, auf den die Zeitgeistpresse die Subkulturen schickt, über die tatsächliche musikalische Differenzierung der produktiven Szene kann eigentlich nur noch der DJ urteilen.

Worüber man als Rezipient sprechen kann, sind manifeste Beispiele der Abgrenzung. Beispiele, die weniger der Meisterdiskussion dienen, formale Vorschriften begründen und den Stand der Dinge festklopfen. Beispiele als Dokumente einer Bewegung, die eben nicht in berechenbarer Verweigerungshaltung vor ihrer Vereinnahmung davonläuft, sondern sich aus sich selbst heraus verändert.

Die Reduktion von »Techno« auf die wiederholbaren, reproduzierbaren Strukturen ist ein Rückfall in zentralistische Ideologie. Der Fetischcharakter von Melodie und Harmonie in der bürgerlichen Musik widerspricht den Intentionen der elektronischen Musik: Adorno sah in der Neuen Musik die Auflösung der bürgerlichen Harmonievorschrift. Wie in der Neuen Musik die Dissonanz als Material sich entfalten konnte, emanzipierte sich in der *musique concrete* und den elektroakustischen Experimenten seit den Fünfzigern das Geräusch. Ausgangspunkt für die Bemühungen des Frankfurter Labels *Mille Plateaux* ist der Wunsch, »die Harmonie, den Akkord, ja den Ton selbst (zu) sprengen, man muß das Tor für das Geräusch selbst öffnen, den Kanal für den Klangstrom selbst zum Beben bringen«. *Mille Plateaux* – Unterabteilung des Musikrhizoms Force Inc. – sucht die Anbindung an musikalische Strukturen, die unterhalb, jenseits oder unhörbar in den Feldern der Verwertbarkeit verliefen. Was diese Strömung seit den Fünfzigern versuchte, war, die ideologische Naturalisierung des harmonischen Systems hörbar zu machen, indem sie auf die davon ausgeschlossenen Strukturen hinwies.

Der Name des Labels ist Deleuze/Guattaris gleichnamigem Buch entlehnt, das als zweiter Teil dem *Anti-Ödipus* folgte und mit diesem »Kapitalismus und Schizophrenie« behandelt. Die Gemeinsamkeit, die Label und Theoretiker verbindet, könnte man knapp als die Suche nach offenen Kanälen und Plädoyer für eine schizoide Wahrnehmung beschreiben. Die erfolgreiche Einverleibung abweichender Formen in die komplexe Organisation der offiziösen Systeme wird weniger als Niederlage denn als Aufforderung verstanden, den Impuls, der die Form hervorbrachte, woanders zu beleben.

Zwei aktuelle Veröffentlichungen des Labels führen Wege vor, aus der geliehenen Theorie Möglichkeiten der Praxis zu erschließen. Die eine ist »Systemisch« von der Berlin/Frankfurter Guppe Oval, die zweite »Beginning To Understand« des englischen Musikers Christian Vogel.

»Systemisch« läßt es knacken. Laute Töne finden praktisch nicht statt; statt dessen knistert und tickt es, tiefe Frequenzen blubbern, ohne sich rhythmisch zu verdichten. Wo sich Rhythmus einzustellen droht, wird er als Wiederholung von Informationsfehlern dargestellt; wo modulierte Sequenzen in harmonische Strukturen übergehen könnten, wird unterbrochen und mit anderer Betonung neu angefangen: Eine CD hängt. Auf einem Track stellt sich sogar etwas wie Rückkoppelungslärm ein, ein Abschwellen des Pegels, dessen Kulisse sonst eher an der unteren Wahrnehmungsgrenze bleibt. Von einer auf Funktion bedachten Position aus nähert sich »Systemisch« einer antiharmonischen Variante von Ambiente an, einem »Wohnton«, wie Ovals erste CD betitelt war. Die Musiker bastelten die Platte nicht nach dem üblichen

Schichtungsverfahren, das eine dramaturgische Kontrolle erlaubt. Die Befreiung des Geräusches, ein immer wieder guter Einfall, erscheint im akustischen Material der CD etwa so widersätzlich wie ein tropfender Wasserhahn oder unerwartete Geräusche der Zentralheizung – nichts, was man sonntags nachmittags noch abstellen müßte.

Der »leere Raum der Akustik«, in dem sich Oval laut Labelinfo befinden, verhindert vielleicht, daß Ohrtrompeten implodieren, die noch von den Wochenendfrequenzen vibrieren. Aber auch als Chill-Out-Maßnahme scheint das »leere« Rauschen der Verstärker, wenn die Musik vorbei ist, unnötig.

Die historische Variante, der von *Mille Plateaux* gesuchte Anschluß an E-musikalische Experimente, erschließt im Falle Ovals keinen Raum, der nicht im Bereich elektro-akustischer Musik schon hörbar gewesen wäre. (Daß die Geräusche »elektronischer« klingen, ist als produktionshistorische Notiz wichtiger als zur Charakterisierung des Gehörten.) Auch dort werden die Ebenen der Zeitwahrnehmung verschoben, also Intensitätsverweise gegeben, statt linear organisiert. Und auch dort gähnte bereits das Loch, in das auch Oval zu fallen drohen. Die »molekulare Zeit« wird vom CD Player dennoch gezählt. Anders als etwa in der Malerei, wo selbst die stärkste Abstraktion noch auf ein Objekt – und sei es noch so fern – verweist, befindet sich Musik immer schon im objektiven Raum. Die Inszenierung von Geräuschen als Zufall und das zufällige Geräusch sind nicht zu trennen. Die Absicht ist interpretierbar, aber nicht zu hören. Das digitale System wird auf den Effekt reduziert, auf Easy Listening-Geräusche. So entkommt »Systemisch« zwar der Gefräßigkeit des Systems, aber es gibt kein Argument, der Musik an ihren Ort zu folgen.

Anders verhält es sich mit Christian Vogels korrekt betitelter CD »Beginning To Understand«. Was Vogel nachvollziehbar zu begreifen beginnt, ist die Chance, über die Digitalisierung von Musik tatsächlich neue Räume in einem Sinne zu erschließen, der diese Räume nicht sofort wieder verschließt und verstopft. Vogel arbeitet auf der Basis fortschreitender Abstraktion und einer stark rhythmisierten Grundlage. Diese Grundlage wird relativiert, wenn sie sich zum Beispiel in hohen Lagen bewegt und so die Abwesenheit des Technobasses thematisiert. Gleichzeitig verbinden sich Geräuscheinlagen zu Strukturen, die das Verhältnis von Rhythmisierung und Ornament oder Effekt verkehren. »Beginning« schafft die Voraussetzungen, Musik perspektivisch wahrzunehmen. Die Titel werden durch Vorschläge in Gang gebracht, die der Hörer aufnehmen, ablehnen oder nacheinander durchspielen kann. Das gelingt wegen einer ständig präsenten Referenz, die als Quasi-Objektives nicht geliefert wird, aber in der Auslassung mitschwingt. Damit verweist Vogel auf ein mögliches Ganzes, das aus den Einzelteilen konstruierbar wäre, ohne daß er die Möglichkeiten des Hörens autoritär beschränken muß.

Der bei Vogel und Oval abwesende Sound nutzt die Gewöhnung an die Systematik von Musik, um die Wahrnehmung zu stören. Die Verstärkung der nicht gewünschten Begleitmusik führt zur Destabilisierung der Verortung in Raum und Zeit. Das erzeugt Mißtrauen gegen die Sicherheit der eigenen Position. Als technologisches Geräusch besitzt diese Musik eine andere Qualität als die im wesentlichen expressiv ausgerichteten Versuche vergangener Zeiten, die sich noch als Urheber der Störungen zu erkennen gaben. Hier findet sich der Urheber im eigenen Kopf.

Die Befreiung des eigenen Begehrens als soziale Praxis, sagen wir: das soziale Experiment Popmusik, findet bis auf weiteres im Jungle statt. Zwar kann man sich »Beginning« im Clubrahmen vorstellen, als halbminütiges Exzerpt wäre diese Musik jedoch kaum mehr als eine weitere dramaturgische Strategie, wie sie auch jetzt schon benutzt wird, wenn man die Tanzenden im Taumel kurzzeitig dem Schock des Leerlaufs aussetzt.

Auf Jungle hatten alle gewartet. Die einen, weil sie darauf angewiesen sind zu warten, die anderen, weil sie vom Londoner Musiker Rebel MC animiert oder seit der Ankündigung einer neuen Industrienorm 1992 in einer deutschen Musikzeitschrift gespannt waren, wie’s weitergehen würde. Jungle fusioniert karibische Elemente, Reggae, Dub, Raggamuffin, Dancehall mit ins Unermeßliche beschleunigten Technobeats. Die afro-britische Szene ist fester Bestandteil der englischen Straßenkultur. Reggae-Sound-Systems gehören zu Londoner Stadtteilpartys wie Blaskapellen zum Münchner Oktoberfest. Während der britische Punk gerne die Nähe zum Reggae suchte, bemächtigte sich diesmal die karibische Szene des englischen Dancefloors. Mit dem Rummel um den aus dem Underground gezerrten Stil konnte die Szene selbst offenbar nur wenig getroffen werden. Die Hysterie und Geschwindigkeit, mit der die Produzenten zickige Rhythmen, Samplefetzen, Toasting und komische Geräusche zusammenwerfen, entspricht dem Aktionismus, mit dem Grenzen gesetzt und verletzt werden, Rausschmisse ausgesprochen und Verbrüderungen beschlossen werden.

Was Jungle so einleuchtend macht, ist die Verbindung leichtverständlicher, bekannter Elemente und deren gleichzeitige Dekonstruktion. Die Gleichzeitigkeit von erhabener Langsamkeit und allerschnellstem Geballer, die Verbindung der tendenziellen Wärme von Reggae mit digitaler Technologie haben vorläufig die vom Kollaps des Totalen bedrohte Technokultur gerettet. Die aufgescheuchte Reaktion der Verwerter ist zunächst eher lustig und ein irgendwie passender Begleiteffekt zum Amoklauf von Bass und Drum. Mit der Erweiterung der Speicherkapazität durch Jungle und der minimalistischen Rückbesinnung lebt die internationale Vernetzung wieder auf. Auch die Benutzerfreundlichkeit der Events wird durch Geheimhaltungstaktiken wie etwa im Fall des Berliner Toasters wieder an den verantwortlichen Konsumenten geknüpft.

Was Techno im allerweitesten Sinn und bei aller Unschärfe der Kategorie auszeichnet, ist die Fähigkeit, sich aus sich selbst zu erneuern, ohne blind vor der Vereinnahmung zu fliehen, mit Gelassenheit auf ungewollte Verbindungen zu reagieren, statt nur mit hektischen Credibility-Debatten zu kontern, sowie der positive Wahn, durch unermüdliches Graben neue Zusammenhänge zu kanalisieren.

**Klinkmann/Schneider interviewten in KONKRET 1/95 Amiri Baraka**

Konkret 03/95, S. 56

**Dietrich Kuhlbrodt**

# »Selber Faschist!«

**Hat der Faschismus via populäre Kultur längst gesiegt? Über das neue Buch des Filmkritikers Georg Seeßlen**

Auf den Umschlag seines neuen Buches *Tanz den Adolf Hitler / Faschismus in der populären Kultur* hat Georg Seeßlen ein Hakenkreuz gesetzt, den Führer noch dazu; die Mikrofone warten vergeblich auf ein Wort, denn Adolf bürstet sich die Zähne.

Schon mit der Umschlagillustration befreit Seeßlen sich so von Bildverbot und Denkhemmung. Recht so! Denn das ist Seeßlens biographische Erfahrung, daß es die vielgleisige Strategie der Aufklärungsverhinderung gewesen ist, die in den letzten fünfzig Jahren den Faschismus (wieder) in den Alltag gebracht, ihm zur Normalität verholfen und ihn für die morgendliche Hygiene nutzbar gemacht hat.

Seeßlen hat die vergangenen vier Jahrzehnte erlebt. Sein Buch beginnt mit einem Bericht, wie er in München in der Ismaninger Straße in die Kindervorstellungen der »Camera« ging. Es endet mit dem bitteren Fazit, daß der Faschismus (jedenfalls in der populären Kultur) gesiegt hat und sich nach getaner Tat gutgelaunt die Zähne putzt. Zitat: »›Wir sind Freunde, ja Freunde ein Leben lang / wir sind Freunde, ja Freunde, ich glaub daran / wir sind Freunde, ja Freunde, komm schenk nochmal ein.‹ Ein schönes Lied aus der volkstümlichen Hitparade, zu dem wir uns Helmut Kohls joviales Grinsen vorstellen können? Nein, eine Textzeile von ›Kahlkopf‹, die noch einmal die Nähe der musikalischen Idiome beweist. Spätestens hier weist sich der Skinhead als Gespenst der deutschen Populärkultur, als mörderischer Wiedergänger des Medienspießers aus, den wir als solchen nicht enttarnen können, weil er in derselben Medienwelt als faszinierende Dämonie wiederkehrt.«

Seeßlen auf der Suche nach dem faschistischen Feind. Er empört sich, er resigniert, er macht auch die eigene Generation verantwortlich, die 68er. Damals war er zwanzig, studierend in München. Die vielen Worte dieser Jahre, die Flut der Faschismustheorien – sie erwiesen sich als ohnmächtig, einen Feind zu treffen, der damit beschäftigt war, die Waffe Wort, die Semantologie abzuschaffen, während »am Ende jeder jedem irgendwie des Faschismus verdächtig« gewesen war. Seeßlen löst sich in seinem Buch von der reinen Lehre, er folgt den Bahnen des faschistischen Infekts, er entdeckt die strukturelle Verwandtschaft von populärer Kultur und Faschismus, er diagnostiziert den ihnen gemeinsamen Kampf gegen Aufklärung und Modernität, er differenziert zwischen der anarchistischen, die Vorgeneration provozierenden Geste der US-*pop-culture* und der die Kontinuität zur Nazizeit wahrenden deutschen Nachkriegsfernsehkultur; er klopft die reaktionären Comics aus Belgien (Hergé) und die deutschen Fortsetzungsromane der 50er Jahre auf faschistische Inhalte ab, er wendet in Sackgassen, umgeht auf seinen Irrwegen weiße Flecken (»ästhetisch war und ist der faschistische Feind in der populären Kultur nicht zu identifizieren«) und setzt die Expedition fort. Schließlich macht er ein Greisenmonstrum aus, das der Jugend den Elan nimmt und auch die Skins der Faschisierung anheimgibt. Täter: gerontokratische Platzhirsche, die der populären Jugendkultur, sofern sie identitätsstiftendes Aufbegehren war, den Garaus gemacht haben. Wir kennen sie alle. Die altgewordene 68er-Generation, »die Vertreter der vielleicht größten Jugendbewegung der Nachkriegsgesellschaft, waren zu den größten Gegnern der nächsten Jugendbewegungen, ja zu den größten Gegnern von Jugendlichkeit überhaupt geworden, indem sie ihr eigenes Versagen auf sie projizierten« (Seeßlen).

Der teuflische Plan eines populärkulturellen Dr. No? Seeßlens Diagnose: Noch teuflischer, als die Revolte der Jugend (1968) zu verhindern, ist es, Jugend zu verhindern (1995), ebenso wie es effektiver ist, statt Aufklärung zu unterbinden, die Instrumente der Aufklärung abzuschaffen, z. B. den Zugang zu Archiven (seit 1945), oder Diskurs und Sprache in leere Zeichen und Ge-sten zu verwandeln (die aktuelle Unterhaltungsindustrie); die Inhalte flottieren, und dem Kulturpublizisten bleibt nichts zu packen.

Seeßlens Abenteuerfahrten durch Kultur und Unterhaltung, durch die eindeutige feindliche Etappe und durch unsicheres Freundesland, die Fährnisse, die er überwindet und die, vor denen er scheut – das ist zeitgeschichtlich so nah, biographisch so konkret und in jedem Satz persönlich erfahren, daß die Lektüre aufregt: Da spricht ein Zeitgenosse, und man spricht mit ihm: Nur zu! Nur Mut! Paß auf! Geschafft! – Seeßlen bezieht sich ein. Er fordert zum Widerspruch auf und schreibt gleich selbst die meisten Fragezeichen in seinen Text, der einen Kurs sucht zwischen Theweleit und Diederichsen. Endlich einer, der es nicht von vornherein besser weiß.

Voller Irritation umschifft er einen ganzen Kontinent, den er doch gleich zu Anfang des Buchs im Blick gehabt hatte: die Kultur des sozialistischen Realismus. Die Antitotalitarismusdebatte, mit der wir uns heute wieder herumschlagen müssen, nimmt Seeßlen auf, führt sie aber nicht zu Ende. Den Antitotalitarismus verwendet er als unterscheidendes Kennzeichen der amerikanischen *popular culture*, die – im Gegensatz zur deutschen (und europäischen) Unterhaltungskultur – als Feinde der Menschheit stets Hitler & Stalin gemeinsam vorstellte. Superman hatte seinerzeit beide vor das Weltgericht der Vereinten Nationen in Genf gebracht, welches sie wegen »unprovoked aggression of defensiveless countries« verurteilte. Auch im Film »Natural Born Killers« ist es wieder das Hitler-Stalin-Paar, das via Monitor ins intime Schlafzimmer dringt.

Seeßlen hält die amerikanische Jugendkultur, so sehr sie auch als Protest- und Provokationsinstitution genutzt wurde, für aussageneutral – zu ambivalent für den antifaschistischen Kampf. Jedoch verteidigt er diese gestisch so virulente rebellische *popular culture* dezidiert gegen den Vorwurf, faschistisch zu sein. Vor der Faschisierung rette sie die Präsenz des Organischen und Geschlechtlichen, denn, so beobachtet Seeßlen, in der faschistischen Skulptur sei die Regel eine Gleichzeitigkeit von Entsexualisierung – der Mann mit dem verschwindenden Glied, die Frau mit der knabenhaften Figur – und Monumentalisierung: »Was der Frau zu lebendiger Geschlechtlichkeit fehlt, ersetzt sie durch Symbiose mit der Natur, dem Ährenbündel.«

An dieser Stelle hätte es fallen müssen, das Wort zur sozrealistischen Bäuerin. Oder ist diese Kultur nie populär geworden? Wäre sie, gesetzt den Fall, eine totalitäre Kultur gewesen? – Die Debatte wurde in *Tanz den Adolf Hitler* eröffnet; wer schließt sie jetzt? Klaus Bittermann, Herausgeber der Edition Tiamat, kündigt die nächste Folge von *Tanz den Adolf Hitler* an. Im zweiten Band ein Fragezeichen weniger?

Oder ein Fragezeichen mehr. Denn stimmt die Behauptung der Entsexualisierung der Nazikunst? Seeßlen analysiert den vorgeblich so unpolitischen Nazi-Ufa-Film und die vordergründig so politische Leni Riefenstahl (»Triumph des Willens«) und beschreibt an anderer Stelle seines Buches die Sexualität des Nazi-Films als (lediglich) strukturell verlagert. Die Riefenstahlkamera, den Blick des Führers übernehmend, dringe phallisch in die empfangsbereite Männermasse ein; der weiblich gewordene Mann lasse sich die masochistische Unterwerfung unter die Macht der Führerkamera gefallen. Wenn Seeßlen nun an dieser Stelle fordert, angesichts der von seltsamen Alliancen (er nennt Susan Sontag) inszenierten Leni-Riefenstahl-Renaissance mit der Diskussion darüber zu beginnen (!), »wie wir uns« von der phallischen Kamera der Mann-Frau überwältigen lassen, dann sollte er nicht nach Geschlechtsmerkmalen kategorisieren. Denn wohin führte ein solcher Diskussionsbeginn? Zur sado-faschistischen Lesbe im bizarren rituellen Unterwerfungsspiel mit Maso-Tunten?

Mir scheint derlei moralisierendes Outing eher das Ende der Diskussion zu sein. Die Antwort auf die Frage, was zu tun sei, steht bei Seeßlen noch aus. Ziehen wir sein Fazit, daß es per definitionem eine antifaschistische populäre Kultur nicht gab, gibt noch geben kann, sollen wir uns dann begraben lassen oder uns mindestens als böse 68er-Greise die perverse Freude erlauben, die junge Generation von heute ihrer Jugend zu berauben? Bloß um nicht den Satz stehen zu lassen: Der Feind/der Faschismus hat via populäre Kultur gesiegt? Wo bleibt die befreiende Tat?

Seeßlen erwägt den Ausbruch: »Ist der ästhetische Amoklauf, wie er sich in den Kurzfilmen der jungen Wilden wie in Buttgereits ›Blutige Exzesse im Führerbunker‹ (1982) und Schlingensiefs ›100 Jahre Adolf Hitler‹ (1988) andeutet, immer noch besser, als politisch korrekt in ›Schindlers Liste‹ zu weinen? Oder geht umgekehrt das Spiel der doppelten Provokation, Hitler als B-Movie-Schurken und Mordskasper zu präsentieren und zugleich die Ängstlichkeit des Gutmenschen vor den Bildern des Schreckens hervorzulocken, nicht ins Leere, wenn wir den echten Faschismus schon wieder vor der Haustür haben?«

Ich liebe Georg Seeßlen wegen seiner Fragezeichen. Zumal er sich sogleich noch fragt, ob er die Frage falsch gestellt habe. Und da ich in Schlingensiefs »100 Jahre Adolf Hitler« den Goebbels gespielt habe, ohne einmal dabei zu hinken, nehme ich mir das Recht einzuwerfen, daß der echte Faschismus nicht vor Tür & Tor haltgemacht hat, sondern schon drin ist, und wir schon längst »den Hitler in uns« haben, ausgenommen natürlich wie immer die uns allen bekannten Gutmenschen. Seeßlen hat im übrigen den siegreichen Weg des Faschismus durch die Generationen und ihre Alltagskulturen detailliert beschrieben. Dann kann und darf sein Apodiktum »Hitlers Posen widerstehen dem aufklärerischen Zugriff und der analytischen Kraft des Films« ebenso wie die defätistische Frage »Hat sich das Original (Hitler) unabbildbar gemacht?« nicht stehen bleiben, denn das darin eingeschlossene Bildverbot würde doch nur den Sieg des Feindes beglaubigen. Noch einmal: Das Bildverbot wurde nach 1945 von unseren Nazivätern und -müttern erfunden, um sich in die Nachkriegszeit zu retten; gerade die katastrophale Wirkung des Verbots in der heimatfilmseligen Adenauerzeit, Nazis und ihre Verbrechen zu zeigen, und die erfolgreiche Hemmung, darüber nachzudenken, wird von unserem Autor in allen Einzelheiten vorgeführt.

*Tanz den Adolf Hitler* zeigt, wie schwer es ist, sich von diesen überkommenen Bildverboten und Denkhemmungen zu lösen. 104 Jahre Adolf Hitler gilt es mittlerweile zu »bewältigen«. Seeßlen hat sein Buch damit begonnen, über sich zu schreiben – wie er als Kind die Alltagskultur der Nazizeit / ihre Nachkriegskontinuität aufsog. Es fehlt das Schlußkapitel, in welchem er wieder über sich schreibt, heute. Er hat sich während desSchreibens abgeschirmt, der Körperpanzer istnicht dicht, aber er hält. Zwar zieht Seeßlen auf diese Weise eine saubere Grenze zwischen den bösen siegreichen faschistischen Anderen und dem aufklärenden, analysierenden Subjekt. Aber dieses ist frustriert, weil es selber nicht glaubt, daß einer sauber bleiben kann, der in einer Populärkultur lebt, in der der Faschismus doch aufgehoben sein soll, und das auch noch »auf allerdynamischste Weise«. – Frustriert, wie denn anders, wenn Unterhaltung »allein ist, was den Alltag bewohnbar und die Sprache anwendbar macht« (Seeßlen). Ich hoffe doch, daß Seeßlen sich den Luxus dieser Annehmlichkeit gestattet, auch und grade, wenn die populäre Kultur den Menschen »in sein vorheriges, kindlicheres, barbarischeres, geborgeneres und widerspruchsfreieres Sein« zurückverwandelt.

Sicherlich hat in der Ufa-Kultur der bunte Abend über die kritische Filmgeschichte gesiegt. Seeßlen leidet, und alle leiden mit. Nun haben wir das schlechte Gewissen. Sollen wir auf die populäre Kultur, die regressive, vor allem aber auf Hans

Albers und H. C. Blumenberg verzichten, um uns nicht der Gefahr faschistischer Infizierung auszusetzen? Will Seeßlen uns das lehren? Er macht erfreulicherweise, wie stets, beim Fragezeichen halt. Denn vor gefeiten Saubermännern und -frauen bewahre uns die populäre Kultur. *Tanz den Adolf Hitler* sagt, warum. Nämlich warum gerade dort, wo wir uns am sichersten wähnen durften, der Faschismus lauert. »Der neue Faschismus kann sich ... auf jene Zensur und Verbotskultur beziehen, welche von der offiziellen Wahrnehmung als ›Antifaschismus‹ angeboten wurde. Das Ritual der leeren Distanzierung trug selber den Kern des neuen Faschismus in sich.«

Heute, da der Ruf nach Zensur und Bildverbot zum populär-populistischen Volkssport geworden ist, kommt Seeßlens Buch gerade recht. Vielleicht kriegt der eine oder andere Volkspädagoge rote Ohren, wenn er sich sagen lassen muß: selber Faschist.

Georg Seeßlen: *Tanz den Adolf Hitler / Faschismus in der populären Kultur,* Edition Tiamat, Berlin 1994, 190 Seiten, 28 Mark

**Dietrich Kuhlbrodt schrieb in KONKRET 2/95 über die Dreharbeiten zum neuen Film von Christof Schlingensief**

Konkret 03/95. S. 58

**Ingrid Strobl**

# Wahl der Waffen

**Ist Alfred Hrdlicka ein Antisemit? Eine Entgegnung auf Klaus Bittermanns und Rudolf Burgers Beitr□ ge □ ur Hrdlicka/Broder-Debatte in KONKRET 2/95**

Haut der Biermann den Gysi, haut der Hrdlicka den Biermann, haut der Broder den Hrdlicka, haut der Bittermann den Broder. Der Grund für die Aufregung: Wolf Biermann hatte Gregor Gysi und Stefan Heym als Verbrecher beziehungsweise Feigling bezeichnet und erklärt, er wolle nicht mit Gesetzen leben, die von den beiden (mit)beschlossen würden. Alfred Hrdlicka hatte daraufhin Biermann in einem offenen Brief im »Neuen Deutschland« mitgeteilt, wenn dem so sei, dann wünsche er dem »angepaßten Trottel« Biermann die Nürnberger Rassegesetze an den Hals. Worauf nun wieder Henryk M. Broder erklärte, Hrdlicka sei ein »linker Nazi«. Nachdem zuerst längere Zeit niemandem etwas aufgefallen war, brach nach Broders Angriff auf Hrdlicka ein Sturm los, der sich inzwischen wieder beruhigt hat, da es zu wenig wirkliche Interessenten an der »Affaire« gibt. Ein Teil der Linken aber fühlt sich seither persönlich beleidigt – durch Broder, nicht durch Hrdlicka.

Rudolf Burger eilte dem Kollegen Hrdlicka als Interpret zur Seite und erklärte in einem Artikel im Wiener »Standard« (nachgedruckt in KONKRET 2/95), so, wie es dargestellt werde, habe der Mann es nicht gemeint, sein Gebrüll künde von enttäuschter Liebe, antisemitisch sei das nicht. (Als Motto stellt Burger seinem Artikel einen Satz von – ausgerechnet – Ernst Jünger voran.) Klaus Bittermann fällt in derselben KONKRET-Ausgabe erbittert über all diejenigen her, die Hrdlicka als »linken Nazi« oder einfach »nur« als Antisemiten verdächtigen, kann dann aber auch nicht so genau sagen, warum das seiner Meinung nach nicht stimmt. Seine Argumentation läuft darauf hinaus, daß böse Rechte und Renegaten an dem guten Linken Hrdlicka ihr antikommunistisches Mütchen kühlen, woraus folgt, daß Linke sich offenbar bedingungslos hinter Hrdlicka zu stellen haben. Tun sie es nicht, werden sie des Opportunismus bezichtigt.

Ansonsten ist noch zu hören und zu lesen: Der Hrdlicka sei doch eh ständig besoffen, man könne doch nicht ernstnehmen, was der so im Suff erzähle; er sei ein alter Linker, deshalb könne er gar kein Antisemit sein; er habe doch das »Judendenkmal« gemacht, deshalb könne er ... siehe oben. Es hat sich offenbar noch immer nicht herumgesprochen, daß jemand sich antisemitisch äußern kann, obwohl er oder sie links ist. (Und das Denkmal wurde nicht nur von Rechten abgelehnt. Im Zentrum von Hrdlickas »Mahnmal gegen Faschismus und Krieg« liegt ein alter Mann, Jude, auf den Knien und schrubbt den Bürgersteig: Nach dem »Anschluß« wurden Wiener Juden von ihren lieben Nachbarn und anderen Nazis gezwungen, mit Zahnbürsten das Pflaster von politischen Parolen zu säubern. Eine besonders perfide österreichisch-antisemitische Variante der Erniedrigung. Ruth Beckermann kritisierte bereits 1989 Hrdlickas Skulptur scharf: »Was immer dieses Denkmal den Wienern sagen will, mir sagt es: Im Staub seid ihr gelegen. Auf dem Bauch seid ihr gerutscht. Und das ist heute unser Bild von euch. Fünfzig Jahre danach formen wir euch nach diesem Bild. ... Und wehe, wenn ihr aus der Rolle fallt.«*)

Ein prominenter Linker äußert sich antisemitisch, und ein Teil der Linken erschrickt nicht darüber, sondern regt sich über Broder und die »Anti-Hrdlicka-Fronde« auf sowie darüber, daß diese »sogar Bundesgenossen von links bekam« (Bittermann). Da stellen Leute einen kollektiven Persilschein in Sachen Antisemitismus aus und lassen sich auch durch die eindeutigsten Ausfälle ihres Schützlings nicht irritieren. Dabei war schon die erste Bemerkung Hrdlickas antisemitisch (auch wenn sie vielleicht »nicht so gemeint« war). Doran Rabinovici schrieb dazu in seiner Antwort auf Burger im »Standard«: »Der Rassengesetze-Satz richtet sich ... nicht an einen politischen Gegner, sondern nur gegen einen Juden, gegen ›den Juden‹. ... Spräche ich solch eine Verwünschung etwa gegen Burger aus, ginge sogleich ein Raunen, ein Staunen durch den Raum; einer würde den anderen fragen: ›Ist Burger Jude?‹« Hrdlicka hat den Satz auch nicht, wie Burger es hinstellt, gebrüllt, sondern er hat ihn geschrieben. Nicht in einem privaten, sondern in einem Offenen Brief. Da kann man doch selbstvon einer »rabelaisschen Figur« (Burger) wie Hrdlicka erwarten, daß er erst denkt und dann schreibt. Der Suff erklärt hier gar nichts, es sei denn, man wolle den Mann – und damit notgedrungen auch den Künstler – für unzurechnungsfähig erklären.

Hrdlicka hätte sich für den Satz in dem Offenen Brief an Biermann entschuldigen können. Er hätte, nach der Vorgabe von Burger, erklären können, er sei tatsächlich falsch verstanden worden. Die Angelegenheit wäre damit vermutlich als »Ausrutscher« beigelegt worden, und nicht wenige hätten erleichtert aufgeatmet. Er hat sich aber weder entschuldigt noch revidiert. Es gibt im Österreichischen den Ausdruck »Er redt sich in an Strudel«. Hrdlicka hat sich seit Broders Angriff auf ihn in einen immer heftigeren Strudel geredet. Er spricht seither von »den jüdischen Rassengesetzen«, erklärt, Gysi und Heym säßen mit Biermann »im gleichen rassischen Boot«, und: »Ich kann jo dem Biermann net schreiben: ›Liebes Wolferl, sei nicht so häßlich zu Deinen Artgenossen‹«. »Die Juden«, findet Hrdlicka inzwischen, müßten sich bei ihm entschuldigen. Überhaupt redet er gerne von »den Juden«.

Da entlarvt sich einer durch seine Sprache, durch das, was ihm in der Wut hochkommt, mehr, als seine Gegner es könnten. Das ist umso entsetzlicher, als Hrdlicka eben kein Rechter und schon gar kein Nazi ist. Er ist ein »gestandener« Linker, er hat seine Verdienste, nicht nur um die Anti-Waldheim-Kampagne. Doch auch im aufrechtesten Antifaschisten kann dumpfer Antisemitismus schlummern, und der bricht sich (nicht nur bei Antifaschisten) gerne Bahn, wenn sich einer von »den Juden« beleidigt fühlt. Nach dem Motto: Wo ich doch immer zu den Juden gehalten hab! Und jetzt sind die so undankbar! Verhält sich ein Jude oder eine Jüdin unfreundlich zu einem Nichtjuden oder einer Nichtjüdin, überschwemmt bei letzteren nicht selten das unbewußte (und unreflektierte) Ressentiment aus »dem Bauch« die linken und antirassistischen Ansprüche im Kopf.

Man kann sich mit vollem Recht gegen Biermanns Ausfälle im speziellen und den grassierenden Polit-Opportunismus im allgemeinen empören, man kann auch, wie Burger es ausdrücken würde, die Retourkutsche fahren. Es kommt nur darauf an, womit man argumentiert und welches Vokabular man für seine Beschimpfungen verwendet. Es kommt darauf an, aus welchem Arsenal man seine argumentativen und verbalen Waffen holt. Hrdlicka ist kein »linker Nazi«. Man muß, um es noch einmal zu sagen, kein Nazi sein, um Antisemit/in zu sein. Daß einige von Hrdlickas Gegnern in dieser Affaire ihr eigenes Süppchen kochen, ist nicht besonders nett. Beunruhigender ist aber, wie dankbar Linke dies als Ablenkungsmanöver nutzen, anstatt darüber nachzudenken, wie es möglich ist, daß einer wie Hrdlicka sich so verhält, wie er sich verhält.

*Ruth Beckermann: *Unzugehörig. Österreicher und Juden nach 1945,* Wien 1989

**Ingrid Strobl schrieb in KONKRET 12/94 über Isaak Babels Erzählzyklus »Die Reiterarmee«**

Konkret 03/95. S. 59

**Franz Xaver Kroetz**

# Deutschland erwacht

Arschloch Andersen, sehr geehrter Herr Biermann, Verbrecher Gysi, lieber Herr Biermann, senile, feige Supersau Heym, sehr geehrter, lieber Herr Biermann, undankbares, altersblödes Arschloch Kopelew, sehr verehrter, allerliebster Herr Biermann, Drecksau Honecker, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, Stalinistensau Margot, sehr geehrte Frau Süßmuth, Drecksau Fassbinder, sehr geehrter Herr Bubis, Arschloch Herzfelde, lieber Herr Kishon, Volldepp Oskar Maria Graf, sehr geehrter Herr Vesper, Speichellecker Erpenbeck, sehr geehr-ter Herr Johst, Kommunistensau Eisler, sehr geehrter Herr Dr. Richard Strauß, Arschloch Friedrich Wolf, sehr geehrter Herr Bronnen, Drecksau Toller, lieber, sehr geehrter Ludwig Thoma, Kommunistenschwein Lukács, verehrter Herr Prof. Spengler, alter Depp Bloch, sehr geehrter Herr Prof. Heidegger, Kommunistensau Seghers, sehr geehrte Frau Riefenstahl, Matz Gisela May, sehr geehrte Frau Rökk, Kommunistenratte Piscator, sehr geehrter Herr Prof. Gründgens, Pinscher Plivier, sehr geehrter Herr Prof. Golo Mann, Arschloch Horkheimer, sehr geehrter Herr Prof. Scholz, Scheißhaufen Benjamin, sehr geehrter Herr Prof. Nolte, Untergrundsau Wehner, sehr geehrter Herr Dr. Filbinger, Arschloch Joschka Fischer, sehr geehrter Herr Dr. Stoiber, Drecksau Modrow, lieber Herr Dr. Schäuble, Massenmörder Karadzic, lieber Herr Jelzin, Drecksau Breschnew, lieber Ronald, Drecksau Liebknecht, sehr geehrter Herr Heß, Drecksau Dimitrow, lieber Herr Mussolini, Kommunistensau Marcuse, sehr geehrter HerrProf. Popper, Austroantifaschistennazisau Hrdlicka, lieber Herr Dr. Waldheim, Massenmörder Milosevic, sehr geehrter Herr Tudjman, Diktatorensau Castro, dear Mr. President, Diktatorenhure Garcia Marquez, sehr geehrter Herr Vargas Llosa, Arschloch Grass, lieber, großer Ezra Pound, Saukopf Scholochow, sehr geehrter Herr Borges, Kommunistenarsch Kresnik, sehr verehrter Herr Jünger, Drecksau Neruda, lieber, armer Botho Strauß, Arschloch Kipphardt, verehrter, teuerster Herr Handke, Saukopf Deschner, lieber Herr Gauweiler, Drecksau Zwerenz, sehr geehrter Herr Walser, Kommunistenschwein Engelmann, sehr geehrter Herr Broder, rotlackierter Trottel von Einsiedel, sehr geehrter Herr Zitelmann, Kommunistensau Gremliza, lieber Herr Augstein, Betonkommunistenschwein Bisky, lieber Herr Dregger, Verbrecher Thälmann, achja der arme Goebbels, Schreibtischverbrecher Kant, sehr geehrter Herr Orlet, Kommunistenarsch Brecht, sehr geehrter, lieber Herr Axel Springer, Kommunistensau Becher, sehr geehrter Herr Dr. Benn, Arschloch Weinert, sehr geehrter Herr Koestler, Arschloch Kracauer, sehr geehrter Herr Prof. Baring, BILD-Sau Wallraff, sehr geehrter Herr Loest, Chaotenpinscher Beuys, sehr geehrter Herr Breker, Trottel Ernst Busch, sehr geehrter, lieber Herr Hesters, feige Sau Christa Wolf, verehrte Gräfin Dönhoff, Kommunistenschnalle Helene Weigel, liebe, verehrte Frau Flickenschildt, Ratte Ulbricht, sehr geehrter, lieber Herr Adenauer, Judensau Marx, lieber Herr Rosenberg, Kommunistentrottel Cardenal, hochverehrter Herr Ratzinger, rauschgiftkranke Kommunistensau Feltrinelli, sehr geehrter Herr Berlusconi, Arschloch Jesus, sehr geehrter Herr Papst, Kommunistenarschkriecher Hetterle, sehr verehrter Herr Prof. Everding, Kommunistenschwein Mückenberger, sehr geehrter Herr Lambsdorff, Pfadfindertrottelkommunist Che, sehr geehrter Herr Pinochet, Arschloch Allende, lieber Herr Stroessner, Arschloch Bastian, sehr geehrter Herr Rudel, Drecksau Keßler, sehr geehrter Herr Rühe, Schwein von Strelitz, lieber Herr Kupinski, Drecksau Harry Tisch, sehr geehrter Herr Kinkel, linke Sau Bednarz, sehr geehrter Herr Mertes, Verbrechersau Mielke, sehr geehrter Herr Udet, Drecksau Kurt Hager, sehr geehrter Herr von Brentano, Drecksau Albert Norden, sehr geehrter Herr Ehrhard, Schwein Ossietzky, lieber, sehr verehrter Herr Trenker, dumme Sau Iris Berben, liebe verehrte Frau Glas, Verbrecherin Klarsfeld, liebe Frau Wöhrl, Pornopolithexe Ulrike Meinhof, sehr verehrte, liebe Frau Noelle-Neumann, Flintenweib Kelly, sehr geehrte Frau Breuel, Stalinistensau Sahra Wagenknecht, liebe, sehr geehrte Frau Seebacher-Brandt, RAF-Sau Ensslin, sehr geehrte Frau Merkel, Drecksau Schwarzer, sehr geehrte Frau Min. Nolte, RAF-Hexe Möller, sehr verehrte, liebe Claudia Schiffer, Drecksau Stolpe, lieber Herr Rexrodt, Sau Engels, lieber Goebbels, Drecksau Heine usw.

Zum Schluß möchte ich Sie bitten, diese Zeilen an Sie als Privatsache zu betrachten und daraus nichts zu veröffentlichen.

Mit einem freundlichen Gruß

*Franz Xaver Kroetz*

Konkret 03/95. S. 60

**Stefan Ripplinger**

# Eine Affäre

**Zur neuesten Ausgabe von Petra und Uwe Nettelbecks »Die Republik«**

Dominikanerpater Basilius Streithofen findet, sie habe »Pfiff«. Für Heiner Geißler ist sie eine »Bereicherung«, für Eberhard Diepgen ein »Gewinn«. Den Intendanten Friedrich Nowottny lädt sie »zum Verweilen ein, ohne alle Zeitzwänge zu sprengen«. Lea Rosh' »Referent hat sie schon quergelesen, jetzt liegt sie auf dem Tisch der Sekretärin. Jeder will sie haben.« Auch Joschka Fischer liest sie »gerne«, und Vadim Glowna »seufzt«, wenn er »schon wieder durch« ist. Rezzo Schlauch und Robert Gernhardt rufen unisono: »›Die Woche‹ – so viel Zeit muß sein.« Freimut Duve aber bittet inständig: »Macht ›Die Woche‹ noch besser, macht sie zur Wache.«

Seit die »Spiegel-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG« zum 70. Geburtstag des Alten die Schmocks strammstehen ließ, hat kein deutsches Blatt so mit billigen Komplimenten geaast wie »Die Woche« in ihrer siebenseitigen »Sonderbeilage zum ›Woche‹-Jubiläum« (20.1.95). Und selten hat sich die deutsche Bourgeoisie in einem trüberen Licht präsentiert. Tatsächlich, von Gysi bis Markwort haben sich alle versammelt zum Lobpreis von Bissingers buntem Blatt, so daß sich die Frage aufdrängt, wer denn *nicht* dabei ist? Ob denn in einem Land, in dem die bloße Aussicht, seinen Namen neben der eigenen Visage in der »Woche« gedruckt zu sehen, genügt, die gesamte Prominenz zu bestechen, überhaupt eine Gegenstimme zu erwarten ist?

Als ob er »nie die Fackel gelesen, die Republik lediglich aus Jux gemacht, und nie den Spiegel in der Hand gehabt« hätte, notiert Uwe Nettelbeck in der neuesten Ausgabe von »Die Republik« (XX. Jg., Nr. 92-93), habe ihn im letzten Frühjahr die Lust überkommen, für das Hamburger Nachrichtenmagazin Fernsehkritiken zu schreiben. So unglaublich es klingt, daß ausgerechnet Uwe Nettelbeck, *the last of the independents*, der Mann, der als die Philosophie des Betriebs erkannte: »Autor wird, wer es sich gefallen läßt« (*Mainz wie es singt und lacht*, Salzhausen 1976), und der, nach einschlägigen Erfahrungen, der Kommunikationsindustrie für immer den Rücken gekehrt zu haben schien, daß ausgerechnet Nettelbeck auf so etwas verfiel, umso unglaublicher, ja geradezu bizarr mutet es an, daß derselbe, nachdem die »Spiegel«-Chefredaktion abgewinkt hatte, seine Fernsehkritiken der »Woche« anbot, die er damals »nicht kannte«. Ja, daß seine »Affäre mit der Woche« auch dann noch andauerte, als er der Braut bereits in die Augen geschaut hatte.

Wenn es nicht der Frühling war, müssen es seine Töchter, seine Frau gewesen sein, die den Unverführbaren zu dem Seitensprung verführten. Aus dem entstandenen Text jedenfalls geht hervor, daß seine Familie ihm, wann immer er dem Spuk ein Ende setzen wollte, Mut zusprach. Dafür ist ihr zu danken. Denn Nettelbecks amüsantes Protokoll einer unglücklichen Affäre bringt nicht nur Belege für die erschütternde Flachheit jenes Blattes, auf das sich nun alle einigen können, es enthält nicht nur transparenteAnalysen des aktuellen Fernsehgeschehens, es erlaubt erstmals auch einen Blick auf die Arbeitsweise des Stilisten Nettelbeck. Darüber hinaus stellt es eine wichtige Frage: Muß man »hinter dem Mond« leben, um sehen zu können, was los ist?

Kann einer, der den Betrieb von innen kannte, sich ihm aber schon so lange Zeit entzogen hat, daß dessen neueste Kapriolen ihn verblüffen müssen – »oh Gott, habe ich gedacht, und geblättert und geblättert« – , kann so einer diesen Betrieb angemessen beschreiben? Ist das abgeschiedene Anwesen La Pradelle bei Bordeaux, das gewiß geeignet ist, sich in Ruhe mit großen Einzelgängern der Literaturgeschichte zu beschäftigen, wie es Nettelbeck, gemeinsam mit seiner Frau Petra und Freunden, in den letzten Jahren getan hat, der richtige Standort, den avancierten Schwachsinn unserer Zeit in allen seinen Dimensionen zu erfassen?

Nun war »Die Republik«, zumindest in ihren Anfängen, eine Zeitschrift über öffentliche Kommunikation, die dezidiert außerhalb dieser entstand; die ersten Nummern führen in ihrem Impressum die Sätze: »Verlag und Redaktion behalten sich vor, Abonnements zu verweigern oder zu kündigen. Vom Bezug im Abonnement ausgeschlossen sind Firmen und Institutionen. Anzeigenaufträge werden nicht entgegengenommen; unverlangt eingesandte Manuskripte und Drucksachen nicht geprüft, sondern vernichtet, Briefe und Anfragen an die Redaktion nicht beantwortet.« Und natürlich war es genau diese Intransigenz, die Nettelbecks schonungslose Analysen und Dokumentationen erst ermöglichte.

Aber diesmal, vielleicht der immer größer gewordenen Distanz zwischen ihm und der Öffentlichkeit bewußt, einer Distanz, die nun auch ihren Tribut fordern könnte, scheint er sich seiner Sache nicht ganz sicher gewesen zu sein. Er bittet seinen Gewährsmann Felix (Reidenbach) um Aufklärung über »Die Woche«; der faxt zurück: »Ich finde das Blatt kriminell. Kennst du diese Männer, die in Partner-Suche-Sendungen in bunten Lamé-Westen auf Barhockern originelle Antworten geben und zur Belohnung rotkorkenzieherlockige Intimspray-Verwenderinnen umarmen? Solche lesen Die Woche und glauben auch Die Woche.«

Glücklicherweise läßt sich Nettelbeck nicht abschrecken – »Typen in Lamé-Westen oder Waffenschieber, wo ist der Unterschied« – , es reizt ihn zu sehr, seine Fernsehkritiken einem größeren Publikum vorzustellen. Bissinger verspricht ihm

das Blaue vom Himmel, und Nettelbeck stellt zu seinem Entzücken fest, daß einige der *t.v. personalities*, die ihn besonders aufregen, auch in der »Woche« ihre Auftritte haben: Roger Willemsen etwa, und Henryk M. Broder.

Im Folgenden sind nun parallele Entwicklungen gegeneinander angeordnet: Fernsehkritiken entstehen, werden entweder verworfen oder immer neu bearbeitet und umgruppiert, bis eine eigene, sorgfältig akzentuierte Dramaturgie für sie gefunden ist. Diese Dramaturgie und anderes versucht Nettelbeck in einem ebenfalls dokumentierten Briefwechsel Bissinger und seinen Redakteuren nahezubringen – völlig vergebens. Schließlich sind die Beobachtungen an den während der Arbeiten und Verhandlungen eintreffenden Exemplaren der »Woche« festgehalten.

Wenn in der Folge der Fernsehkritiken Juliane Bartel (»vorneweg Frau Bartel«) und Harald Schmidt (Talent, »so offen mit der Wahrheit über sich, das Medium und die Welt zu lügen, wie es vor fünfundvierzig weder technisch drin noch nötig war«) als Lachnummern figurieren, so daß ihr bloßes Erscheinen im Text bereits Heiterkeit erregt, ist in der fortlaufenden »Woche«-Beobachtung der »nebenher noch ein Printmedium« bedienende Showmaster Roger Willemsen ein *running gag*; dazu genügt es Nettelbeck meist, aussagefähige Proben des Willemsenschen Schaffens zu geben.

Nettelbecks Souveränität erweist sich nicht zuletzt darin, wie unbefangen er den Leser am Entstehen seiner Arbeiten teilhaben läßt. Man verfolgt, wie sich die Texte mehr und mehr verdichten; und was er in den Papierkorb wirft, sticht lässig aus, was andere für ihr Bestes zu halten geneigt sind. Hier ein Text, den er liegenläßt: »Abgesehen davon, daß sie das Resultat und der Nachweis eines ausgebufften, über Jahrzehnte zäh geführten, wenn auch von Anfang an verlorenen Kulturkampfs sind, in dem er ergraut ist, aber auch Gegner und Mitverschwörer Haare lassen mußten, und der sich, abgesehen von der dabei erzielten Altersversorgung, verdientermaßen nicht gelohnt hat, lassen die Schnipsel, die der TV-Unternehmer Alexander Kluge nebenberuflich in den Programmen verstreut, an die vor allem unter Zahnärzten verbreitete Marotte denken, die Wände ihrer Wartezimmer mit von der Steuer abgesetztem Kunstgewerbe nach ihrem Privatgeschmack zu dekorieren.«

Hinzu kommen private Erlebnisse und Entdeckungen. (Das erste Wort des Textes ist Programm: »Ich«.) Dazwischen solche Momentaufnahmen: »Telephon, Bissinger: Muß noch mit der Graphik, usw, aber kann mich nach der Besprechung nicht mehr melden, muß nach Stuttgart, sofort zum Flughafen, kann Ihnen darum erst übermorgen, usw.« So geht es eine geraume Zeit. Die »frischfröhlichfreche« Bildredakteurin weiß nicht, was der Textredakteur vereinbart hat, der Textredakteur weilt nicht im Hause, hält sich aber, als er wieder da ist, auch nicht an die Abmachung. Diese Woche könne man nicht mit der Kolumne beginnen, die Woche darauf klappt es wieder nicht. Schließlich, als niemand in La Pradelle damit rechnet, schickt die Redaktion die Fahne der falschen Kolumne. Der Text, eine feine Komposition aus Zitat und Kommentar, ist in Hamburg zu einem einzigen Brei verrührt worden. Vollkommen entsetzt kündigt Nettelbeck den Vertrag und lebt noch tagelang in der Furcht, er werde in der »Woche« doch noch »etwas unter meinem Namen abgedruckt« finden.

Man könnte denken, daß dies lustige Spiel einfach auf einem Mißverständnis beruht. Einer will mitmachen, sich aber nicht den Regeln unterwerfen. Er untersagt also ausgerechnet dem Bilderbogen »Woche« den Abdruck eines Autorenfotos neben der geplanten Kolumne und bietet dem Überfliegerblatt ausgerechnet kunstvolle Aphorismen an. Möglich, daß da ein Mißverständnis beiderseits vorliegt – bei Licht betrachtet, hätte aus dem Vorhaben niemals etwas werden können – , aber indem die unvereinbaren Welten aufeinanderprallen, wird einiges schockartig klar.

Etwa waren alle Wohlmeinenden (den Verfasser eingeschlossen) im letzten Frühjahr davon überzeugt, daß Will Trempers Rezension von »Schindler's List« faschistoid sei. Der Film, der inzwischen auch als »Antifa-Video« (»junge Welt«, 2.2.95) läuft, wurde enthusiastisch gefeiert, während Tremper in Zitelmanns »Geistiger Welt« einen Verriß veröffentlichte. Nettelbeck, völlig unberührt von den darüber geführten Diskussionen, glaubt der »Woche« nicht, die Tremper eine »Ehrenrettung der SS« unterstellt. Er läßt sich den Tremper-Text schicken. Und wirklich, die Kritik an Tremper erweist sich, was diesen Aufsatz betrifft, als haltlos. Der Witz, schreibt Nettelbeck an Bissinger, ist der, daß, während niemand Spielberg zu kritisieren wagte, »*jemand wie Tremper* gegen den Film etwas Richtiges gesagt hat« – nämlich unter anderem, man solle über den Holocaust keine Spielfilme drehen, weil die filmische Phantasie nicht hinreicht, die industrielle Vernichtung von Menschen auszumalen, und außerdem zu emotionalen Zuspitzungen verleitet, die dem historischen Geschehen nicht gerecht werden.

Es zeigt sich, daß die Abkoppelung von den aufgeregten Diskussionen des Tages nicht notwendig zu kulturpessimistischer Verstocktheit führt. Wenn einer sich mit solcher Hingabe der »Goldmillion« und Harald Schmidt widmet, muß er mehr in ihnen sehen als das belanglose Vergnügen der Fernsehnation. Und Neil Postman ist für ihn nichts als ein Reaktionär. Aber die Haßliebe zum Trivialen, die man hinter seiner Arbeit vermuten darf, verbindet Nettelbeck, der alte Pop-Autor, immer mit aristokratischer Unbedingtheit. Sie äußert sich etwa in dem Eigensinn, den Herausgeber dieser Zeitschrift, Hermann L. Gremliza, an den »von ihm gelegentlich so folgenlos verehrten Meister« zu erinnern.

Nettelbeck führt in den den Band beschließenden »Notizen« seinen Brief an Gremliza an, in dem er diesen darauf stößt, »daß das ›Schweinische‹ zur Qualifizierung des Wirkens doch ganz andrer Kreaturen ... eine Phrase ist«. Wie der in seinem

»express« mit Tieren umspringt! Doch Gremliza will sich seiner Tierfeindlichkeit nicht entschlagen, die gewiß die Kehrseite einer großen Menschenfreundlichkeit ist. Hingegen bestand der »gelegentlich so folgenlos verehrte Meister«, Karl Kraus, darauf, einen Hund »persönlich gekannt« zu haben, und Kraus mochte die Tiere umso mehr, je mehr ihn die Menschen abstießen. Was Tierliebe betrifft, hat Nettelbeck den Karl-Kraus-Ähnlichkeits-Wettbewerb bereits gewonnen.

Offensichtlich gibt es aber auch in Nettelbecks Leben Momente, in denen es so aussieht, als ob er »Die Fackel« nie gelesen und »Die Republik« nur zum Jux gemacht hätte. Wenn sie in so aufschlußreichen und schönen Texten wie »Meine Affäre mit der Woche« resultieren, sind sie dem Leser hochwillkommen.

*»Die Republik«, Nr. 92-93 (XX. Jg., Februar 1995), hg. von Petra und Uwe Nettelbeck. Bezug über: Stop Over Press, Johanniterstr. 10, Aufgang 9, D-10961 Berlin*

**Stefan Ripplinger schrieb in KONKRET 9/94 über das Sarajevo-Tagebuch der Zlata Filipovic**

Konkret 03/95. S. 62

**Hermann L. Gremliza**

# Gremlizas express

Der Sender Eurosport beschäftigt Reporter aus alten DDR-Beständen, die in irgendeiner Fakultät darauf gedrillt worden sein müssen, zu jedem Ort und jeder Zeit Bezüge aus der Welt des Konversationslexikons herzustellen, weswegen einer über einen Boxkampf in Worchester weiß, er werde

*in der Soßenstadt*

ausgetragen. Jetzt bebt Kassel, und Kaliningrad zittert – in der Furcht vor einem Eurosportereignis, das die eine zur Karbonadencity, die andere zur Klopsmetropole befördert.

Wie muß eine Partei beschaffen sein, die sich den Rudolf Scharping zum Vorsitzenden auserwählt?

*Iserlohn. Der SPD-Ortsverein Nordwest lädt am Samstag, 28. Januar, 19.30 Uhr im Café Hilbrand, Bremke 1, zu seinem traditionellen Neujahrsfest ein. Auf der Veranstaltung werden einige langjährige Mitglieder für Zugehörigkeit und Treue geehrt. Für die musikalische Untermalung sorgt der »singende Malermeister« Manfred Scheller aus Hennen. Mit einer Büttenrede läutet Herr Ständeke den Karneval ein. Anmeldungen werden im Parteibüro, Viktoriastraße 24 bis 26 entgegengenommen. Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge des Einganges berücksichtigt.«*

So und kein bißchen anders muß eine Partei beschaffen sein, die sich den Rudolf Scharping zum Vorsitzenden auserwählt. Ohne musikalische Untermalung durch den singenden Malermeister Manfred Scheller aus Hennen wäre der nicht auszuhalten.

Daß die »Hamburger Morgenpost« einmal der SPD gehört hat, ist schon beinah nicht mehr wahr, aber wenn das Blatt meldet, daß ein Model sich für 4.000 Mark nicht fotografieren lassen will, bricht bei seinen ältesten Lesern noch die proletarische Weltanschauung furchtbar durch:

*Der Artikel schlug dem Faß den Boden aus. Warum lassen sich Designer auf solche unverschämten Forderungen wie die von Linda Evangelista ein? Ich finde es unverschämt, was sich solche Mädel einbilden.*

*Manfred Ponick, Hamburg*

Da wäre er gern dabei und würd noch eimmal jung, wenn die Jagd freigegeben wäre auf das feile Gesindel, auf die Vorlagen der Vorlagen, die er nicht mal im feuchten Traum bezahlen kann, der einfache deutsche Arbeitsmann, der in der Firma und bei Irma keine 4.000 Mark am Tag hat und in der Woche keine zwier, sondern nichts als das Nachsehen bzw. seiner Hände Tüchtigkeit.

Leser der »Frankfurter Allgemeinen« heißen meist nicht Manfred Ponick sondern eher Josef M. Memmel und helfen ihrer sittlichen Erregung auf nicht so direkte Weise ab:

*Gerade wir Deutschen haben Harry S. Truman aufgrund der richtigen Weichenstellung nach dem Tod Roosevelts (Verzicht auf Morgenthau) viel, ja ich möchte sagen, mehr als jedem anderen Präsidenten der Vereinigten Staaten zu danken. Truman hat auch privat ein tadelloses Leben geführt. Werte, die leider heute nicht gefragt sind.*

Einst, als Roosevelt und Morgenthau uns noch übel wollten, waren sie gefragt, in jenem Gestern, da die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« noch keine Allgemeine war und nichts uns Grenzen zog als Etsch und Belt, Maaß und Männer wie Memmel.

Zwei Wochen vor Weihnachten druckte die »Welt« den ganzseitigen Beitrag:

*Das Kind in der Krippe, ein Schlachtopfer des Diktators/ Unter dem Zwang der Gottlosen: Wie in Rußland nach der Oktoberrevolution Weihnachten abgeschafft wurde*

Zwei Textstellen lauteten:

*Nachdem die Sowjetunion 1945 die Länder Osteuropas vom Faschismus »befreit« hatte, war sie bemüht, den zwangsbekehrten Völkern ihre atheistischen Rituale aufzuzwingen... Am letzten Montag vor Weihnachten im Wendejahr 1989 bildeten mehr als hunderttausend Leipziger Bürger auf den Straßen und Plätzen ihrer Stadt einen «Adventskranz aus brennenden Herzen«.*

Zwei Tage vor Weihnachten druckte die »Frankfurter Allgemeine« den ganzseitigen Beitrag:

*»Und sie empfing ihn und zog sich zurück« / Das Weihnachtsevangelium nach dem Koran.*

Zwei Textstellen lauteten:

*Auch wenn der Koran die Lehre, Jesus sei der leibhaftige Sohn Gottes, eindeutig verwirft, so bestätigt er doch die christliche Überzeugung von der Jungfrauengeburt des Messias und hebt seinen besonderen Rang unter den von Gott zu den Menschen entsandten Propheten hervor... Die Jungfrau Maria ist also keine rein katholische Angelegenheit, so wenig wie das Weihnachsfest allein die Sache der Christen ist.*

Richtig geraten: der Autor, der bei Reißmüller ein Geschenk für die bosnischen Muslime ablegte, war derselbe, der Springer die hausgeschlachteten Gottlosen opferte. Es ist noch keine zehn Jahre her, da wollte der Vorstandsdichter Dr. Peter Schütt jeden exkommunizieren, nämlich aus seiner DKP ausschließen, der nicht an Josef Stalins unbefleckte Empfängnis glaubte. Was ihn entschuldigen kann, ist allein seine Jugend: Er war damals erst fünfzig Jahre alt. Inzwischen ist er älter und reifer geworden. Ein ideeller Gesamtaufguß seines Schaffens könnte nun mit der Grußformel beginnen und enden: Es begab sich aber zu der Zeit, daß ein Gespenst umging in Europa. Freundschaft! Amen! Allah Walhalla!

Die Leserbriefe zu seinem Auschwitz-Titel eröffnete der »Spiegel« mit diesem schönen Exemplar:

*Man kann nicht oft genug daran erinnert werden, was vor über 50 Jahren auf deutschem Boden an Greueltaten geschehen ist.*

*Torsten Früh, Ellwangen*

Ein Dankeschön aus dem Unbewußten der Redaktion und des Archivs an einen Leser, der bei aller Zerknirschung nicht vergessen hat, wo das Kaff, das die Polen Oswiecim nennen, liegt: auf deutschem Boden.

Zurecht ist die Redaktion der »Frankfurter Rundschau« der Meinung, daß es bei einer Seite, die »Forum Humanwissenschaft« heißt, sowieso nicht mehr drauf ankommt, weshalb dort ruhig stehen kann:

*Harald Atmanspacher: Brücken über den kartesischen Schnitt/ Die Themen »Komplexität« und »Bedeutung« hinterfragen die Disziplinarität ihrer Disziplinen*

und geben, ganz nebenbei, auf die Hinterfrage nach der Komplexität der Komplexe der Frankfurter Bedeutungsgeräuschmacher Antwort bzw., Atmanspachisch gesprochen: Hinterantwort.

Bericht von einer Akademie:

*Der Knackpunkt unter den Diskutanten war das Verhältnis zu einer Gesellschaftsalternative zum bürgerlichen bundesdeutschen Staat. Leider wurde um den heißen Brei herumgeredet. Es war an diesem Abend nicht möglich, verschiedene Erfahrungen im Raum stehenzulassen.*

Der Knackpunkt des heißen Breis im Raum war aber diesmal keiner der Unfälle, die den Ruf des »Neuen Deutschland« ausmachen, sondern der sprachlich kongeniale erfaßte Odeur einer geschlossenen Gesellschaft, in der die Damen und Herren Bohley, Ullmann, Ströbele und Seiffert ihre Erfahrungen haben ziehen lassen.

Die Demoskopin Noelle-Neumann hat ermittelt, daß nach dem Erscheinen eines Buches, in dem Richard von Weizsäcker über die Parteien geschimpft hat, die Parteienverdrossenheit um 50 Prozent angestiegen sei. Der Herausgeber des Buches, ein Redakteur der Wochenzeitung »Zeit«, war darob ganz baff:

*Ich dachte immer, politische Literatur bewirke nichts.*

Das habe ich nie gedacht, sondern immer gewußt, daß politische Literatur die entscheidende Wirkung auf die Ergebnisse der Noelle-Neumannschen Demoskopie ausübt.